



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 28 – 12. Juli 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Sieg Macrons über Merkel
Frankreichs Präsident war bei der Neubesetzung der EU-Spitzenposten erfolgreich **2**

Deutschland

Probleme machen Schule
Städte und Kommunen kriegen Schulsanierungen nicht gemeistert **3**

Hintergrund

Opfer einer US-amerikanischen False-Flag-Aktion?
Der Iran wäre nicht das erste Opfer **4**

Preußen / Berlin

Berlin setzt auf Hochhäuser
Doch strenge Auflagen könnten Investoren abschrecken **5**

Ausland

Legitimierter Terror
Die Folgen des Friedensabkommens von Khartoum **6**

Kultur

Alle Register gezogen
Vor 300 Jahren starb der Orgelbauer Arp Schnitger **9**

Geschichte

Blutige dritte Halbzeit
Der Fußball- oder 100-Stunden-Krieg 1969 **10**



Dreiste Manöver der Politik: Bei vielen Bürgern ist die Stimmung explosiv

Bild: action press

Zu weit gegangen

Sachsen, EU: Die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie erleidet schwere Schläge

Einmal wird der Wählerwille übergangen, ein anderes Mal soll er gar nicht erst zum Zuge kommen – ein Spiel mit dem Feuer.

Die Glaubwürdigkeit unseres demokratischen Systems hat dieser Tage Schläge zu verkraften, die befürchten lassen, dass nachhaltige Schäden zurückbleiben. Der jüngste Schlag war die Verkürzung der AfD-Kandidatenliste zur sächsischen Landtagswahl am 1. September wegen eines angeblichen Formfehlers. Die Partei, so der Landeswahlleiter, habe ihre Kandidaten nicht in einem, sondern in zwei Parteitag aufgestellt, was unzulässig sei (siehe Seite 8).

Ob der Vorwurf trifft, ist umstritten. Die PAZ-Autorin Vera Lengsfeld, von 1990 bis 2005 im Bundestag, erst für Bündnis 90/Die Grünen, dann für die CDU, erinnert an einen anderen Fall:

Zur Bundestagswahl im Jahr 1990 hätten die Grünen in Nordrhein-Westfalen zwei Kandidaten aus der ehemaligen DDR erst nachträglich auf ihre Liste gehievt für den Fall, dass das Bündnis 90 in den Neuen Ländern die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen könnte. Alte Bundesrepublik und Ex-DDR bildeten damals noch zwei getrennte Wahlgebiete. Obwohl dieser Vorgang weit über alles hinausgeht, was man der AfD derzeit vorwirft, sei kein Anstoß daran genommen worden, so Lengsfeld.

Es bleibt also der drückende Verdacht, dass das Recht aus parteipolitischen Gründen mal so, mal anders ausgelegt wird. Dies ist Gift für das Vertrauen der Bürger.

Kurz zuvor hatte Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth für einen Skandal im Reichstag gesorgt. Zudem hat der Umgang mit den vermeintlichen Spitzenkandidaten zur EU-Wahl für beträchtlichen Unmut bei den Wählern gesorgt. So hatte es geheißt, über das Spitzenkandidaten-Modell könnten die Wahlbürger mitbestimmen, wer EU-Kommissionspräsident wird. Nach dem Urnengang scher-

ten sich die alten Kungelrunden einen Dreck um diese Zusage und kürten, wen sie wollten. Kungelrunden-Favoritin Ursula von der Leyen hat nun beteuert, dass sie das System der demokratischen Teilhabe über das Spitzenkandidaten-Modell befürworte und bei der nächsten EU-Wahl in

fünf Jahren wieder einführen wolle. Meint sie im Ernst, dass ihr das nach diesen Erfahrungen noch irgendwer glauben wird?

Bei den Bürgern entsteht der Eindruck einer Politikerkaste, die ihre Macht notfalls mit Tricks und Kniffen verteidigt, sobald ihr der demokratische Rückhalt schrumpft. Das aber bestärkt jene, die unser demokratisches System als schein-demokratisches Blendwerk verurteilen.

Es droht ein verhängnisvoller Abwärtsstrudel: Weil der etablierten Politik-Elite die demokratische Basis von der Fahne läuft, greift sie zu immer dreisteren Winkelzügen. Dies wiederum verschärft Groll und Misstrauen im Volk nur weiter, was von oben mit noch trickreicheren Manövern pariert wird – und so weiter. Dieser Strudel muss gestoppt werden, bevor es zu spät ist.

Hans Heckel

Verdacht: Recht wird so ausgelegt, wie es den Etablierten nützt

MANUEL RUOFF:

Henne oder Ei?

Es ist die Frage nach der Henne oder dem Ei: Was war zuerst da? Oder um es weniger sprichwörtlich zu formulieren: Was ist Ursache und was Wirkung?

Fakt ist, dass Nichtregierungsorganisationen mit hochseetauglichen Schiffen Afrikaner, die illegal nach Europa einreisen wollen, von nicht hochseetauglichen Booten vor der afrikanischen Küste aufsammeln. Sie könnten sie an die afrikanische Küste zurückbringen, was buchstäblich naheliegender wäre und abschreckend wirken würde. Stattdessen werden die Migranten nach Europa gebracht und damit für den riskanten Versuch einer illegalen Einwanderung belohnt.

Kritiker sagen, dass die Afrikaner von ihrem Kontinent aus mit Booten in See stechen, weil sie davon ausgehen, vor der Küste aufgesammelt und nach Europa gebracht zu werden. Die sogenannten Seenotretter und deren Lobby hingegen behaupten, die sogenannten Bootsflüchtlinge würden dieses auch so tun.

Fakt ist, dass selbst die Leitmedien nicht bestreiten, dass die Schlepper die Methode „Mutterschiff“ entwickelt haben für den Fall, dass Italien erfolgreich Widerstand leistet gegen die illegale Einwanderung nach Europa mittels sogenannter Seenotrettungsschiffe. Gemäß dieser Methode werden die Migranten eben nicht mehr von Afrikas Küste aus mit Nusschalen auf das Meer geschickt, sondern von den Schleppern selbst mit hochseetüchtige Schiffe über das Mittelmeer gebracht, um sie dann vor der europäischen Küste auszubooten. Aber warum sollen die Schlepper den Transfer vornehmen, solange Nichtregierungsorganisationen oder – wie jetzt sogar gefordert – EU-Staaten dieses kostenlos für sie machen?

Nicht Staatenbund, sondern Bundesstaat

Was von der Ministerpräsidententochter Ursula von der Leyen zu erwarten ist, sollte sie zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt werden

Schon zu Zeiten des Königreiches Hannover gehörten die Albrechts zu den sogenannten hübschen Familien, einer Schicht von Patriziern, die hohe Beamtenstellen bekleideten und im sozialen Gefüge knapp unter dem Adel rangierten. Viel Wert wurde auf eine akademische Ausbildung und Standesbewusstsein gelegt.

Auch Ursula von der Leyen studierte. Mehrfach wechselte die Tochter des niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht die Studiengänge, bis sie sich schließlich für das Fach Medizin entschied. Nach über 20 Hochschulesemestern legte sie schließlich das Staatsexamen ab. Gearbeitet hat sie als Ärztin nur einige Jahre. Trotz

späterem Abbruch der Facharzt Ausbildung bezeichnete sich von der Leyen gerne als Gynäkologin. Auch ansonsten ließ sie es bei ihrer Selbstdarstellung häufiger an Redlichkeit fehlen. In einem auf ihrer Internetseite hochgeladenen Lebenslauf erweckte sie den Eindruck, als habe sie an der US-Universität Stanford gelehrt. Tatsächlich hat sie dort nur einige Seminare besucht. Ihre Promotionsarbeit wies zahlreiche Fehler auf, sodass sie 2015 nur knapp dem Entzug ihres Dokortitels entging.

Mit ihrer politischen Karriere startete von der Leyen erst spät. 2001 begann sie mit einer kurzen Stippvisite in der Kommunalpolitik, doch die übliche Ochsentour blieb ihr erspart.

Da die Abstammung von einem prominenten ehemaligen Parteiführer in der CDU nach wie vor als Ausweis eigener Qualifikation gelten kann und Albrecht im Hintergrund die Strippen für sein „Röschchen“, so der Kosenamen der Ministerin, zog, konnte sich von der Leyen im ehemaligen Wahlkreis des Vaters gegen den langjährigen Landtagsabgeordneten Lutz von der Heide in einer innerparteilichen Kampfabstimmung mit einer Stimme Mehrheit unter dubiosen Umständen durchsetzen.

Doch diese Stimme war manipuliert. Von der Heide focht die Nominierung in dem für die CDU sicheren Wahlkreis erfolgreich vor einem Schiedsgericht an. Bis zu dem

dann notwendigen erneuten Wahlparteitag wurde er von den Unterstützern von der Leyens systematisch demontiert und galt schließlich als Nestbeschmutzer. Die wiederholte Abstimmung wurde von ihr deutlich gewonnen und der Weg in den niedersächsischen Landtag war damit eröffnet. Der neue Ministerpräsident Christian Wulff machte sie direkt zu seiner Sozialministerin. Eng begleitet wurde der Aufstieg von der Leyens von der Springer-Presse. In der „Bild“-Zeitung erhielt sie sogar eine eigene Kolumne.

Nur zwei Jahre später wurde sie von Kanzlerin Angela Merkel an den Berliner Kabinetttisch geholt. Bis heute übernahm sie drei verschiedene Bundesministerämter. Beson-

ders erfolgreich war sie nirgends. In den ihr unterstellten Dienststellen witzelte man gerne über fehlende Fachkompetenz der Chefin. Diese bediente sich denn auch lieber externen Sachverständigen und engagierte – meist unter Umgehung der gesetzlich vorgeschriebenen Vergabeverfahren – internationale Beraterfirmen, wie das Consulting-Unternehmen McKinsey. Nachdem zuletzt Strafanzeigen gegen von der Leyen gestellt wurden und eine Untersuchung ihrer Amtsführung eingeleitet wurde, ist sie innenpolitisch angezählt.

Ihre jetzige Kandidatur für das Amt der Kommissionspräsidentin wirkt daher wie eine Flucht, kann Kenner der Materie aber nicht über-

raschen, denn sie ist gut vernetzt und gilt als willige Erfüllungsgeliebte westlicher Eliten. Noch Anfang Juni war sie Gast auf der Bilderberg-Konferenz in Montreux. Mit dabei waren Springer-Chef Mathias Döpfner und McKinsey-Manager Dominic Barton. Schon früh sprach sie gerne von den „Vereinigten Staaten von Europa“. 2017 wirkte sie am Pesco-Abkommen mit, das eine gemeinsame Entwicklung von Rüstungsgütern der EU-Staaten vorsieht und den Grundstein für eine künftige europäische Armee legte. Von Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin wäre nicht das Streben nach einem Staatenbund, sondern nach einem Bundesstaat zu erwarten.

Dirk Pelster



MELDUNGEN

Visa-Warndatei ausgewertet

Berlin – Die Bundesregierung hat im Zeitraum vom 1. Juni 2013 bis 31. Juli 2016 Daten in einer sogenannten Visa-Warndatei (VWD) erhoben. In ihrem jüngst vorgelegten Bericht hat sie die Ergebnisse der Auswertung der VWD veröffentlicht. In erster Linie sollen die erhobenen Daten der Vermeidung von Visummissbrauch dienen, sie macht darüber hinaus aber auch auf Personen aufmerksam, die mit rechtswidrigem Verhalten im Zusammenhang mit einem Visumverfahren oder bestimmten Straftaten mit Auslandsbezug auffällig geworden sind. Die Einrichtung und der Betrieb der VWD sollen nicht zu Verzögerungen des Visabetriebs geführt haben. Das Abfrageverfahren gilt als unkompliziert und zeitnah. Dennoch dürfen Staatsanwaltschaften nicht unmittelbar in das Register einspeichern, sondern müssen den Bedarf erst bei der Registerbehörde anmelden. **MRK**

Datenbank für Zwangsadoption

Berlin – Betroffene von Zwangsadoptionen in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und der DDR sollen nach Vorschlägen der CDU/CSU- und SPD-Koalition die Möglichkeit bekommen, sich in einer noch zu schaffenden Datenbank registrieren zu lassen. Die Bundesregierung beabsichtigt, eine zentrale Vermittlungsstelle einzurichten, an die sich die betroffenen Eltern und zwangsadoptierte Kinder wenden können. Unter Einbeziehung des Bundesbeauftragten für Datenschutz soll eine DNA-Datenbank eingerichtet werden, in der sich leibliche Eltern, deren Kind zwischen 1945 und 1990 zwangsadoptiert wurden, auf freiwilliger Basis registrieren lassen können. Auch diejenigen Eltern, deren Kind angeblich verstorben ist, könnten auf diese Weise Klarheit darüber erhalten, ob ihnen ihr Kind nicht einfach entzogen und zur Adoption freigegeben wurde. **MRK**

Stasi-Akten bleiben offen

Berlin – Der Kulturausschuss des deutschen Bundestags hat vergangene Woche einen Entschließungsantrag zur Zukunft der Stasi-Unterlagen beschlossen. Diese sollen künftig in die Verantwortung des Bundesarchivs überführt werden. Dabei soll das Stasi-Unterlagengesetz als eigenständiges Gesetz erhalten bleiben und der Zugang zu den Akten für Bürger und Gesellschaft sowie die politische Bildung wie bisher erhalten bleiben. Das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen soll zu einem Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur weiterentwickelt werden. Dafür müssen notwendige Änderungen im Stasi-Unterlagengesetz und im Bundesarchivgesetz, das die „besondere Sensibilität der Stasi-Akten“ berücksichtigt, vorgenommen werden. Die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg soll zu einem „Ort der Diktatur und Demokratiegeschichte“ mit Bildungs- und Informationsangeboten ausgebaut werden. Noch heute leiden viele Menschen unter den Folgen von erlittener Willkür, Repression, Haft und Verfolgung in der DDR. **MRK**

Sieg Macrons über Merkel

Frankreichs Präsident war bei der Neubesetzung der EU-Spitzenposten erfolgreich

Die Nominierung einer deutschen Kandidatin für den Chefposten der EU-Kommission wurde hierzulande von einigen Leitmedien als „Geniestreich“ und „Husarenstück“ der Bundeskanzlerin gefeiert. Als eigentlichen Gewinner des Pokers um die EU-Spitzenpositionen kann sich jedoch Frankreichs Präsident fühlen.

Mit gutem Grund feiert die französische Presse Emmanuel Macron für seinen Erfolg bei den Verhandlungen. Verzichten musste der französische Staatspräsident zwar auf das Vorhaben, den Brexit-Chefverhandler Michel Barnier zum Nachfolger von Jean-Claude Juncker zu machen. Auf der Haben-Seite stehen dafür allerdings gleich mehrere Punkte. Erfolgreich verhindert hat Macron, dass der von ihm abgelehnte Chef der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), an die Spitze der EU-Kommission rückt. Damit verbunden war Macrons Torpedierung des Spitzenkandidatenmodells. Fast alle großen Fraktionen im Europaparlament und auch die Bundesregierung hatten sich dafür ausgesprochen, dass der Wahlsieger der Europawahl an die Spitze der EU-Kommission rücken soll.

Mit seiner Blockade des Spitzenkandidatenmodells hat Macron die Macht des Europäischen Rats gestärkt. Im Rat der Mitgliedsstaaten kann Frankreich sein Gewicht wesentlich effektiver einsetzen als im EU-Parlament. Nach dem Brexit wird die Bedeutung der Grande Nation unter den dann 27 EU-Staaten sogar noch weiter wachsen. Frankreich wird dann das einzige Mitgliedsland der EU sein, das ständig im UN-Sicherheitsrat sitzt und dort über ein Vetorecht verfügt. Nach dem britischen Ausstieg wird Frankreich zudem auch das EU-Land mit den stärksten Streitkräften sein. Vor diesem Hintergrund muss die Nominierung der deutschen Bundesverteidigungsministerin als diplomatischer Coup des Élysée-Palasts gesehen werden.

Wie kaum ein anderer Politiker steht Ursula von der Leyen für die Idee einer gemeinsamen „Armee der Europäer“. Sehr deutlich hat sich die Deutsche auch für gemeinsame Rüstungsprojek-

tschenkchen' von Macron“ für Merkel.

Teil des ausgehandelten Personalpakets ist auch die Nominierung von Christine Lagarde für den Spitzenposten bei der Euro-

tenbank gearbeitet, sie verfügt nicht einmal über ein volkswirtschaftliches Studium. Mit ihrer Berufung ist nicht nur eine bloße Fortsetzung der ultralockeren Geldpolitik des bisherigen EZB-

ein Zeichen der Politisierung der Europäischen Zentralbank. Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentierte: „Wenn nun eine Ex-Finanzministerin ohne geldpolitische Expertise an die Spitze der formell unabhängigen Währungsbehörde stößt, erhält diese Politisierung des Euro gleichsam ein Gesicht.“ Auch Steen Jakobsen, der Chefvolkswirt der dänischen Saxobank, bezeichnet Lagarde als eine „politische Kandidatin“. Aus Sicht des Volkswirts Jakobsen wird Lagardes Wahl zur EZB-Chefin „den Club Med stützen, vor allem Italien“.

Schon jetzt kann die Regierung in Rom einen Erfolg verbuchen. Zeitnah zum jüngsten EU-Gipfel entschied die EU-Kommission, auf ein Defizitverfahren gegen Italien zu verzichten. Der aus Frankreich stammende Währungskommissar Pierre Moscovici führte als Begründung an, die Regierung in Rom habe zusätzliche Sparmaßnahmen zugesagt. Moscovici bestritt, dass es bei der Entscheidung einen Zusammenhang mit der Einigung des EU-Rats über die Neubesetzung der Spitzenposten gegeben hat.

Gut leben kann Macron vermutlich auch mit dem wallonischen Liberalen Charles Michel, der als Nachfolger für Donald Tusk als künftiger EU-Ratspräsidenten vorgesehen ist. Nach dem flämischen Christdemokraten Herman Van Rompuy soll damit zum zweiten Mal ein Belgier auf diesem Posten zum Zuge kommen. Das Amt des ständigen EU-Ratspräsidenten ist erst vor zehn Jahren geschaffen worden. Der 43-jährige Michel kommt aus dem französischsprachigen Teil Belgiens. Seine Partei „Mouvement Réformateur“, (MR, Reformbewegung) gehört ebenso wie Macrons Partei „La République en Marche!“ (Die Republik in Bewegung!) in der 9. Wahlperiode des Europäischen Parlaments zur liberalen und zentralistischen Fraktion „Renew Europe“ (Europa erneuern). Auf der europäischen Ebene hat sich Michel bislang als geschickter Netzwerker gezeigt. **Norman Hanert**



Mit ihrer Nominierung ist ihm ein besonderer Coup gelungen: Lagarde und Macron (v.l.)

te und europäische Militäreinsätze ausgesprochen. Mit diesen Ideen befindet sich von der Leyen in Übereinstimmung mit Macron. Mit einiger Berechtigung bewertet die niederländische Zeitung „De Volkskrant“ die Nominierung von der Leyens als EU-Kommissionspräsidentin als „eine bittere Pille, ein ‚Ge-

päischen Zentralbank. Das Antreten der bisherigen Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) verhindert nicht nur, dass Bundesbankchef Jens Weidmann an die Spitze der EZB rückt. Mit der Nominierung von Lagarde ist Macron sogar ein besonderer Coup gelungen. Die Wirtschaftsjuristin hat noch nie bei einer No-

chefs Mario Draghi wahrscheinlich. Als Nicht-Ökonomin und ehemalige Politikerin könnte Lagarde auch weniger Bedenken haben, wenn es um Fragen wie die einer Staatsfinanzierung über die EZB geht.

Tatsächlich sehen Beobachter in der Nominierung der ehemaligen französischen Finanzministerin

Washington setzt Ankara massiv unter Druck

Die USA stören der Kauf des sowjetischen Raketenabwehrsystems S-400 durch den NATO-Partner Türkei

Das Verhältnis der beiden NATO-Partner USA und Türkei ist seit Monaten von einem heftigen Streit geprägt. Es geht um die Entscheidung Ankaras, in Russland das Raketenabwehrsystem S-400 zu kaufen. Washington übt einen enormen Druck aus, damit der Handel unterbleibt.

Doch die türkische Regierung zeigt sich gegenüber den amerikanischen Drohungen völlig unbeeindruckt. Außenminister Mevlüt Cavusoglu erklärte vor der Presse, auch ein Brief des noch amtierenden Chefs des Pentagon, Patrick Shanahan, könne seine Regierung nicht dazu bewegen, auf den Erwerb des russischen Systems zu verzichten. „Wir sagen nicht, dass wir die S-400 kaufen wollen“, so Cavusoglu, „wir haben sie schon gekauft.“

Die türkische Entscheidung muss nicht nur als Anerkennung der Leistungsfähigkeit der russischen Wehrtechnik verstanden werden, sondern könnte auch eine Geringschätzung der NATO und damit der gemeinsamen Politik gegenüber Russland bedeuten. Kein Wunder, dass die USA unfroh reagieren.

In dieser Sache hat daher die Regierung Trump, was nicht immer der Fall ist, die Unterstützung des

Repräsentantenhauses. Dieses verabschiedete Mitte Juni eine Resolution, in der die Türkei aufgefordert wurde, auf die S-400 zu verzichten. Doch den Türken scheint der Ton nicht gefallen zu haben, denn der Außenminister erklärte daraufhin: „Niemand darf mit der Türkei in einer ultimativen Sprache reden.“

In einer Verlautbarung des türkischen Außenministeriums heißt es: „Die Resolution des Repräsentantenhauses des US-Kongresses ist ein Schlag gegen das Vertrauen zwischen unseren Ländern. Die in dem Dokument enthaltenen sowie unbegründeten und ungerechten Angriffe auf die Außenpolitik der Türkei sind inakzeptabel. Unzulässig sind auch die Erklärungen in Bezug auf die Bereitschaft, Sanktionen einzuführen, sowie Drohungen und die Schaffung von Hindernissen für die bilateralen Beziehungen.“

Was die Sanktionen angeht, so hatten die USA schon im Vorfeld betont, dass sie im Falle einer russisch-türkischen Einigung einen verabschiedeten Verkauf von Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeugen des Typs Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ an die Türkei verzögern oder ganz einstellen könnten. Jetzt erklärte Shanahan, die Ausbildung türkischer Piloten

an diesen Flugzeugen werde eingestellt und es würden auch keine neuen Piloten mehr zur Ausbildung zugelassen.

Folgeschwerer allerdings wäre es, wenn die USA die Drohung wahr machten, an die Türkei keine F-35 mehr zu verkaufen. Die Auslieferung ist derzeit bereits gestoppt. Doch die Türkei lässt sich auch davon nicht beeindrucken. Schließlich ist sie nicht nur Kunde, sondern Co-Produzent, weil sie mehrere Komponenten der F-35 im Auftrag des US-Rüstungskonzerns Lockheed Martin herstellt.

Doch nicht nur deswegen ist die Drohung der USA mit dem F-35-Embargo eine zweischneidige Sache. Die Türkei könnte sehr schnell Ersatz bekommen, und zwar in Form von russischen Kampfflugzeugen, von denen jedenfalls die Suchoi Su-35 und die Su-57 der US-Konkurrenz ebenso überlegen sind wie die S-400 dem bodengestützten Kurzstreckenflugabwehrsystem zur Abwehr von Flugzeugen, Marschflugkörpern und taktischen ballistischen Mittelstreckenraketen MIM-104 Patriot.

Dennoch brachten als letztes Argument die USA ihr Flugabwehrsystem ins Spiel. Washington sei bereit, es an die Türkei zu liefern, wenn diese dafür auf die S-

400 verzichte. Die türkische Antwort lässt ein gewisses Misstrauen in die Verlässlichkeit des US-Systems erkennen: „Diese Lieferungen werden den Bedarf der Türkei im Bereich der Luftverteidigung nicht decken können“, so der ehemalige Generalleutnant Erdogan Karakus. „Aus diesem Grund besteht Ankara darauf, die S-400-Komplexe zu erhalten.“ Außerdem setzte er noch eines drauf: „Diese Situation zeigt noch einmal, dass die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Russland in diesem Bereich weiter gestärkt werden muss.“

Eine solche Entwicklung können die USA nicht ernsthaft wollen. Das wissen auch die Türken. Deshalb können sie auf die Drohungen der USA gelassen reagieren. Gleichwohl haben die USA neue Sanktionen vorbereitet. Der Nationale Sicherheitsrat, das Außenministerium und das Finanzministerium erörtern derzeit Möglichkeiten, welche „die Wirtschaft der Türkei erschüttern, die ohnehin schwere Zeiten durchmacht“. Im Wesentlichen soll dadurch der Zugang der Türkei zum US-Finanzsystem gekappt werden.

Der türkische Außenminister aber warnt vor Vergeltungsmaßnahmen. „Ein Land kann einem anderen nicht Anweisungen dafür ge-

ben, wie es zu handeln hat“, so Cavusoglu, wohl wissend, dass er so den Kern der US-Außenpolitik beschrieben hat. „Die USA sollten von diesem Verhalten Abstand nehmen. Es bereitet allen Sorgen. Wie weit kann das noch gehen? Wenn die USA Schritte gegen uns unternehmen, müssen wir dasselbe tun. Natürlich wird niemand einfach tatenlos zusehen.“

In Moskau ist Sergej Tschemosow, Direktor der Konzerns Rostec, der die S-400 entwickelt hat und baut, sehr zufrieden. „Alles ist in Ordnung, ich denke, ungefähr in zwei Monaten beginnen wir mit den Lieferungen“, sagte er am Rande des diesjährigen Wirtschaftsforums in St. Petersburg. Die Finanzierung stehe, und außerdem habe man „die Schulung aller Militärs bereits durchgeführt“.

Die S-400 kann bis zu 300 Ziele gleichzeitig erfassen und in einer Entfernung von bis zu 400 Kilometern und einer Flughöhe von 27 Kilometern bekämpfen. Die Türkei soll vier S-400 Divisionen erhalten, was einem Gesamtwert von 2,5 Milliarden US-Dollar entspricht. Auch hier können die Russen ein gutes Argument für ihr Produkt anführen. Es ist nur halb so teuer wie das amerikanische Konkurrenzsystem. **Florian Stumfall**

Probleme machen Schule

Lehrinrichtungen verfallen zusehends – Städte und Kommunen kriegen Schulsanierungen nicht gemeistert

Schimmel, kaputte Fenster, Wasserschäden – unzählige Schulen im Land sind marode. Lehrer beklagen einen riesigen Investitionsstau, am Ende scheitern die Renovierungen auch an der Bürokratie.

Wie sich die Bilder gleichen: Die Gebäude sind marode, die Toiletten heruntergekommen, es gibt Schimmel in Klassenräumen, Risse in Fassaden und Hohlräume in Wänden. Die Förderbank KfW hat bereits 2018 berechnet, dass den Städten und Gemeinden fast 48 Milliarden Euro für die Sanierung von Schulen fehlen. Das ist angesichts der Tatsache, dass in Zeiten von Ganztagschulen immer mehr Zeit in den Lehranstalten verbracht wird, ein Problem.

Aktuelle Zahlen zeigen, dass mittlerweile zwar etwas mehr Geld im Umlauf ist, aber die großen Probleme nicht gelöst sind. Laut dem KfW-Kommunalpanel 2019, einer hochgerechneten Befragung von Stadtkämmerern, lag der Investitionsrückstand in Bezug auf Schulen bundesweit im Vorjahr bei 42,8 Milliarden Euro. Viele Gebäude stammten aus den 70er Jahren und seien sanierungsbedürftig, sagt der Kommunalexperte der KfW, Stephan Brand. Auch neue Herausforderungen wie der Ausbau von Ganztagschulen sowie wachsende Städte machten Investitionen notwendig. Vor allem in größeren Kommunen gebe es Nachholbedarf. Für Kindertagesstätten fehlen den Kommunen bundesweit demnach weitere 7,6 Milliarden Euro.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Hans-Günter Henneke, erklärte im „Spiegel“, der Investitionsrückstand liege auch darin begründet, dass an die Kommunen immer neue Aufgaben gestellt würden: „Die Kommunen tragen fast ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, während ihr Steueranteil nur gut halb so groß ist.“

Die Aufgaben sind dabei vielfältig. Einerseits müssen bestehende Gebäude renoviert oder saniert werden. Gleichzeitig müssen viele Schulgebäude erweitert werden.

Denn zum einen brauchen Schulen mehr Platz, um neue Lehrkonzepte wie Inklusion umzusetzen. Andererseits hat die massive Einwanderung seit 2015 ebenfalls zu Engpässen beigetragen.

Zwar investieren Städte und Gemeinden seit einigen Jahren allmählich wieder mehr in Schulen und Kitas, jedoch werde ein Großteil der Ausgaben durch steigende Baupreise regelrecht „aufgefressen“, erklärte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner im „Handelsblatt“: „Darüber hinaus behindern Kapazitätsengpässe in der Kommunalverwaltung und besonders der Bauwirtschaft die Planung und Umsetzung weiterer Investitionen.“

Um die Problematik zu beheben, fordern die Experten, dass Förderprogramme entfristet werden. Dies würde dazu führen, dass man konjunkturellen Besonderheiten wie dem „Bauboom“ aus dem Weg gehen könnte. Vor allem

aber sollten die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen neu geregelt werden, fordert die KfW-Bank. Kommunen sollten finanziell besser ausgestattet werden, um Aufgaben wie Schulsanierungen dauerhaft vorantreiben zu können.

Recherchen der Tageszeitung „Die Welt“ haben kürzlich zutage gebracht, dass teilweise auch absurde bürokratische Vorgänge die

Schulsanierung, die der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vorsehe, seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Kontrolleure haben bundesweit erhebliche Mängel in Sachen Hygiene festgestellt. In mehr als der Hälfte der kontrollierten Schulen seien die sanitären Anlagen mangelhaft und renovierungsbedürftig. „Wir dürfen die Kommunen nicht alleine lassen“, sagt KfW-

Schulsanierung, die der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vorsehe, seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Kontrolleure haben bundesweit erhebliche Mängel in Sachen Hygiene festgestellt. In mehr als der Hälfte der kontrollierten Schulen seien die sanitären Anlagen mangelhaft und renovierungsbedürftig. „Wir dürfen die Kommunen nicht alleine lassen“, sagt KfW-



Kein schöner Ort: Diese Umkleidekabine einer deutschen Schulturnhalle ist schlimmer als in einem Entwicklungsland

Bild: pa

Probleme noch verschärfen. Als klassisches Beispiel dient dazu die Hauptstadt Berlin. Vor rund einem Jahr kündigte der Senat den Bau von bis zu 35 sogenannten Schnellbau-Kitas an, um der wachsenden Zahl von betreuungsbedürftigen Kindern gerecht zu werden. Schon im Frühjahr 2019 sollten die ersten der insgesamt 3000 Plätze zur Verfügung stehen. Vor drei Monaten folgte dann das bittere Eingeständnis, dass sich das Projekt verzögern werde. Es habe sich keine Baufirma gefun-

den. Schuld sei offenbar der Bauboom. Öffentliche Ausschreibungen sind hochkomplex und in Zeiten, in denen die Nachfrage groß ist, unattraktiv. „Wir hätten die Kitas gerne errichtet“, sagt Klaus Dieter Fischer von der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg: „Aber die Ausschreibung war so kompliziert, dass es kein Unternehmen aus unserer Region durchführen konnte.“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist alarmiert. Bereits vor einem Jahr hat sie ihre Mitglieder befragt. Das Resultat ist erschreckend. „Die Lehrkräfte sind sehr unzufrieden mit dem Zustand der Schulgebäude, den räumlichen Möglichkeiten, insbesondere für Ganztagsangebote, und der Hygiene“, erklärte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. „Es braucht einen Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen.“ Die 3,5 Milliarden Euro für die

Experte Zöllner. Denn zu den Kosten für die Renovierungen kämen immer mehr Schäden durch mutwillige Zerstörung. Dies gilt besonders für die Metropolen. Für die Beseitigung von Schäden durch mutwillige Zerstörung an Schulen musste Hamburg im vergangenen Jahr rund 2,1 Millionen Euro ausgeben. In Berlin lag die Zahl sogar noch höher: „Wir dürfen die Probleme nicht mehr auf die lange Bank schieben“, fordert die Gewerkschaft GEW.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Länder in die Pflicht nehmen

Berlin – Die Bundesregierung will die Länder beim sozialen Wohnungsbau stärker in die Pflicht nehmen. Laut Marco Wanderwitz (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, sollen die Länder nachweisen, dass sie mit den Bundesmitteln auch „das tun, was sie sollen“. Zwar wurden 2018 mit 27 040 neuen geförderten Mietwohnungen 809 mehr gebaut als im Vorjahr, doch ist die Zahl der Sozialwohnungen laut dem Bauausschuss weiter gesunken. Laut der Fraktion Die Linke reichen die anbehaltenen Mittel von 1,5 Milliarden Euro jährlich nicht aus, um den Bedarf an Wohnungen zu decken, während die FDP-Fraktion darauf hinwies, dass die Kosten pro geförderter Einheit gestiegen seien und ein ständiges Erhöhen der Mittel wirkungslos sei, wenn man die Baukosten nicht begrenze. **MRK**

Kosten der Volkszählung

Berlin – Bund und Länder streiten über das vom Bundestag verabschiedete „Gesetz zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021“. Laut dem Gesetzestext soll der Bund 238,4 Millionen Euro übernehmen, während die Länder mit 722 Millionen Euro den Großteil der Kosten tragen sollen. Dagegen wehren diese sich und wollen das Gesetz über den Bundesrat stoppen. Der hat inzwischen den Vermittlungsausschuss angerufen. In der Volkszählung werden neben einer Bevölkerungs- eine Gebäude- und Wohnungszählung sowie eine Haushaltsbefragung auf Stichprobenbasis durchgeführt. Die Ergebnisse werden für politische Planungen und Entscheidungen genutzt, etwa wo Schulen, Studienplätze oder Altersheime benötigt werden. Mit geplanten Kosten in Höhe von insgesamt 994 Millionen Euro würde die Volkszählung deutlich teurer als die letzte von 2011 mit 667 Millionen Euro. **MRK**



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche Orientierung in der Medienflut Klartext für Deutschland

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Zeitzeugen



Bild: imago/United Archives International

John F. Kennedy – Im März 1962 untersagte der US-Präsident die Durchführung der False-Flag-Operation „Northwoods“. In deren Rahmen waren auch Terroranschläge gegen Ziele in den USA vorgesehen, die dann Kuba angelastet werden sollten. Damit stellte er sich gegen die Vereinigten Stabschefs der US-Teilstreitkräfte, die auf eine Umsetzung der Planungen drängten. Für manche Kritiker der Einzelträger-These liegt hier das Motiv für den späteren Mord an dem Präsidenten.

Habib Souaïdia – Der frühere Fallschirmjägeroffizier der algerischen Armee enthüllte 2001 in seinem Buch „La sale guerre“ (Der schmutzige Krieg), dass Geheimagenten der Regierung während des algerischen Bürgerkrieges in den 1990er Jahren Terroranschläge gegen Soldaten und Zivilisten verübten, für die dann die radikalen Moslems verantwortlich gemacht wurden.



Gustav III. – Um seinen lange geplanten Krieg gegen Russland zu bekommen, befahl der König von Schweden eine klassische False-Flag-Operation. Schwedische Soldaten in eigens von der Stockholmer Oper geschneiderten russischen Uniformen mussten am 28. Juni 1788 den schwedischen Stützpunkt Puumala beschießen. Kurz darauf griffen die Russen wirklich an. Damit war der Krieg da.

Sabri Yirmibesoglu – Wie der türkische General und ehemalige Kommandeur der Spezialeinheiten seines Landes 2010 in einem Interview mit dem Fernsehsender Habertürk TV zugab, führte die türkische Armee 1974 während der Invasion auf Zypern mehrere False-Flag-Operationen zur Diskreditierung der griechischen Zyprioten durch. Ob darunter auch die Ermordung von Zyperntürken in Maratha, Santalaris und Aloda fällt, ließ er dabei aber offen.



Tan Daoji – Die früheste Erwähnung von False-Flag-Operationen findet sich in den „36 Strategemen“ des Generals der südlichen Song-Dynastie im China der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts n. Chr.: „Töte mit dem Messer eines anderen!“ Dabei war Daoji offenbar von dem Philosophen Sunzi inspiriert worden, der schon 1000 Jahre früher gelehrt hatte: „Alle Kriegshandlung beruht auf Täuschung.“

Opfer einer False-Flag-Aktion?

Der Iran wäre nicht der erste, dem ein anderer dessen Tat in die Schuhe schiebt

Nach den insgesamt sechs Sprengstoffanschlägen auf Tanker vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate und im Golf von Oman im Mai/Juni dieses Jahres, für welche die USA die Iranische Revolutionsgarde verantwortlich machten, war oft von „False-Flag-Operationen“ die Rede. Und tatsächlich gehören solche Unternehmen zum üblichen Instrumentarium vieler Geheimdienste.

Wie der Name schon sagt, agieren die Angreifer bei einer False-Flag-Aktion „unter falscher Flagge“. Das heißt, sie tarnen sich als Vertreter einer dritten Partei, die dann vor aller Welt als der Schuldige dasteht. Das ist zwar völkerrechtswidrig, aber im höchsten Maße effektiv – wenn das Ganze geheim bleibt.

Besonders gerne greifen Staaten auf diesen schmutzigen Trick zurück, die nach einem Kriegsgrund suchen. In der Vergangenheit nutzten dabei jedoch keineswegs nur die USA, welche nun im Falle der Tankerattentate als der wahr-

scheinlichste alternative Drahtzieher dastehen, die False-Flag-Methode. Davon zeugen zahlreiche Beispiele aus den letzten 100 Jahren, in denen solche Operationen besonders häufig stattfanden.

So verübten japanische Offiziere 1931 einen Sprengstoffanschlag auf die von ihrem Land betriebene Südmandschurische Eisenbahn, der dann den Chinesen angelastet wurde und als Vorwand für die Annexion der Mandschurei und die Errichtung des Marionettenstaates Mandschukuo diente.

Ganz ähnlich agierte 1939 die stalinistische UdSSR. Um einen Vorwand zu haben, trotz eines bestehenden Nichtangriffsvertrages Krieg mit seinem Nachbarn Finnland vom Zaun zu brechen, tarnen sich Artilleristen der Roten Armee als finnische Soldaten und nahmen den sowjetischen Grenzort Mainila unter Beschuss.

Vergleichbar hinterhältig agierte die britische Regierung 1947/48, als sie den Geheimdienst MI6 Bombenanschläge auf Schiffe verübte, mit denen vom Holocaust verschont gebliebene Juden von Italien nach Palästina übersetzen wollten. Denn anschließend machte London eine komplett erfundene Gruppe namens „Verteidiger des arabischen Palästina“ für diese Taten verantwortlich.

Aber auch die Israelis kämpften später oft mit harten Bandagen, wenn es um ihre Interessen ging. Beispielsweise führten Agenten des Militärgeheimdienstes Aman 1954 terroristische Aktionen gegen öffentliche Einrichtungen und britisch-amerikanische Ziele in Ägypten durch, die den Muslimbrüdern und Kommunisten in die Schuhe geschoben werden sollten. Ziel dieser – letztlich aufgefliegenen – Operation „Susannah“ war die Sabotage der Verhandlungen zwi-

schen London und Kairo über den Abzug der Briten vom Suezkanal.

Ebenso startete die Türkei diverse False-Flag-Aktionen, um den verhassten Kontrahenten Griechenland zu diskreditieren und Muslime gegen Christen aufzuhetzen. So zündeten Agenten Ankaras 1955 einen Sprengsatz im Geburtshaus des türkischen Nationalhelden Kemal Atatürk in Thessaloniki. Und während des Zypernkonfliktes 1974 brannten Sondereinheiten der Türken Moscheen auf der Insel nieder.

Zu Unternehmen unter falscher Flagge kam es zudem auch im algerischen Bürgerkrieg von 1991 bis 2002. Hinter vielen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung steckten nicht, wie von der Regierung in Algier behauptet, islamische Terrorgruppen, sondern das eigene Militär.

Diese Liste von False-Flag-Operationen ließe sich noch um zahlreiche ähnlich skrupellose Aktionen verlängern, denn sie gehören quasi zum „Tagesgeschäft“ der Geheimdienste. *Wolfgang Kaufmann*

Stecken hinter den Anschlägen auf die Tanker die USA?



Die Schuldfrage ist ungeklärt: Einer der brennenden Öltanker im Golf von Oman

Bild: pa

»Glaubhafte Abstreitbarkeit«

Die USA perfektionierten die False-Flag-Methode

Im Verlauf seiner über 70-jährigen Geschichte führte der US-Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) eine Vielzahl von False-Flag-Operationen durch. So beispielsweise 1954 in Nicaragua, als er im Rahmen der Operation „Washtub“ Depots voller Waffen anlegte, die den Anschein erwecken sollten, aus der UdSSR zu stammen.

Oder in Indonesien – dort kam es 1958 zur San-Flaviano-Affäre, die Parallelen zu den aktuellen Vorgängen im Golf von Oman aufweist. Um die den USA nicht genehme Regierung Sukarno zu destabilisieren und neutrale Handelsschiffe vom Befahren indonesischer Gewässer abzuhalten, bombardierte eine angeblich von „Rebellen“ gesteuerte CIA-Maschine zwei britische Tanker im Hafen von Balikpapan an der Ostküste Borneos.

Dabei folgte die CIA stets dem in den 1950er Jahren in den USA entwickelten Prinzip der „Plausible Deniability“ (Glaubhaften Abstreitbarkeit). Alle ihre False-Flag-Operationen hat die CIA so konzipiert und durchgeführt, dass sie ihre Urheberschaft problemlos abstreiten

Die »Plausible Deniability« fördert Skrupellosigkeit

konnte. Dabei setzte sie insbesondere auf informelle Führungsstrukturen und Befehlsketten, die es schwer machten, den Beteiligten eine Verstrickung, Beteiligung oder Verantwortung nachzuweisen. Das erklärt dann auch die Skrupellosigkeit vieler Aktionen, die nicht selten Menschenleben kosteten.

Letztlich nicht realisiert wurden die von führenden US-Militärs eingebrachten Vorschläge aus dem Jahr 1962, den Abschluss einer US-amerikanischen Zivilmaschine durch ein kubanisches Kampfflugzeug vorzutauschen sowie Terrorakte auf dem Boden der Vereinigten Staaten zu inszenieren und diese Agenten des Castro-Regimes in die Schuhe zu schieben. Ziel dieser sogenannten Operation „Northwoods“ war es, eine Rechtfertigung für einen Angriff auf Kuba zu erhalten. Wie 1997/98 freigegebene Geheimdokumente zeigen, war im Falle des Passagierflugzeuges vorgesehen, die Originalmaschine durch ein unbemanntes ferngesteuertes Fluggerät auszutauschen – genau so sehen die alternativen Szenarien derer aus, die nicht an die offizielle Version der Ereignisse des 11. September 2001 glauben. *W.K.*

Selbst die GSG 9 hat mitgemacht

Auch die bundesdeutschen Geheim- und Sicherheitsdienste haben bereits False-Flag-Operationen durchgeführt. Dabei sind diejenigen, die aufflogen, wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Die bisher bekannt gewordenen Aktionen richteten sich stets gegen politisch missliebige Parteien oder links- oder rechtsterroristische Gruppierungen im Inland. Diese wurden systematisch von V-Leuten der Staatsorgane unterwandert, die sich dann verfassungsfeindlich äußerten oder gar Straftaten begingen.

Da das ein Agieren unter falscher Flagge ist, scheiterte das Verbotverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Das Bundesverfassungsgericht gelangte im März 2003 zu der Überzeugung, dass die Führungsebene der NPD von V-Leuten des Verfassungsschutzes durchsetzt sei, was auf „fehlende Staatsferne“ hindeute.

Eine weitere bekannt gewordene False-Flag-Operation ist das Wirken des Agent Provocateur

Ein Loch kann ein Symbol sein

des Berliner Verfassungsschutzes Peter Urbach. „S-Bahn-Peter“ gab sich als Sympathisant der links-terroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) aus und belieferte diese mit Sprengstoff und Waffen.

1986 wurde zudem noch die „Aktion Feuerzauber“ des niedersächsischen Verfassungsschutzes publik. Zwei Kriminelle namens Klaus-Dieter Loudil und Manfred Berger sollten einen Bombenanschlag zur Befreiung des verurteilten RAF-Terroristen Sigurd Debus vortäuschen, der im Hochsicherheitstrakt der Justizvollzugsanstalt Celle einsaß. Das Ganze diente dem Zweck, die beiden V-Leute als „Informanten“ in die Terrororganisation einzuschleusen. Bei der Detonation des heimlich von Angehörigen der GSG 9 gezündeten Sprengsatzes entstand am 25. Juli 1978 ein 40 mal 40 Zentimeter großes Loch in der Außenmauer des Gefängnisses. Dieses blieb bis heute erhalten – und ist das wohl markanteste Symbol für den False-Flag-Staatsterrorismus à la Bundesrepublik Deutschland. *W.K.*

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATTChefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Berlin setzt auf Hochhäuser

Senat will höher hinaus – Doch strenge Auflagen könnten Investoren abschrecken



In den Himmel über Berlin: Hochhäuser in der Kantstraße

Bild: Mauritius

Gemessen an anderen Millionenmetropolen sind Hochhäuser in Berlin bislang noch immer Einzelfälle. Allerdings planen Investoren derzeit mehr als 20 solcher Gebäude in der Stadt. Schon im Frühjahr 2017 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus den Senat beauftragt, einen Hochhausentwicklungsplan zu entwickeln.

Nach mehr als zwei Jahren hat Senatsbaudirektorin Regula Lüscher einen Entwurf für ein Hochhaus-Leitbild vorgelegt. Dabei handelt es sich um Kernpunkte, die aus Sicht des Berliner Senats Mindestanforderungen bei künftigen Hochhausprojekten darstellen.

Offiziell gilt ein Gebäude ab einer Höhe von 35 Metern als Hochhaus. In Berlin ragen nur 1300 der insgesamt 370 000 Gebäude im Stadtgebiet so hoch hinauf. Standard für die meisten Gebäude in der deutschen Hauptstadt ist die „Berliner Traufhöhe“ von 22 Metern.

In ihrem Hochhauskonzept hat Lüscher auf die Nennung einer maximal zulässigen Höhe verzichtet. Um die Bodenspekulation nicht noch zu befeuern, verzichtet die Senatsbaudirektorin in ihrem Konzept auch ganz bewusst auf die Festlegung von einzelnen Standorten für Hochhäuser. Grundsätzlich sollen neue Hochhäuser im gesamten Stadtgebiet gebaut werden dürfen, wenn bestimmte Kriterien eingehalten werden. Lüscher machte

allerdings deutlich, dass Gebiete wie etwa Naturschutzflächen, denkmalgeschützte Siedlungen oder Einfamilienhaussiedlungen per se für den Hochhausbau ungeeignet seien.

Auch müssen sich Investoren bei ihren Projekten auf recht rigide Vorgaben und Einschränkungen gefasst machen. Jedes Vorhaben für ein Hochhaus soll nur mit einem Bebauungsplanverfahren und einem Architekturwettbewerb genehmigt werden. Ab einer Gebäudehöhe von 60 Metern will der Senat künftig zudem eine Mischnutzung vorschreiben. Dabei sollen maximal 70 Prozent der Fläche der Hauptnutzung, etwa als Bürogebäude, dienen.

Sollten in Berlin Wolkenkratzer gebaut werden, dann werden dies also künftig keine reinen Bürotürme oder Wohnhochhäuser sein. Der Anspruch auf Mischung geht allerdings noch weiter. Die Senatsbaudirektorin sagte bei der Präsentation des Leitbildentwurfs: „Wir wollen die gemischte Stadt auch vertikal.“

Vorschreiben will der Senat bei Hochhäusern eine öffentliche Nutzung des obersten Geschosses, etwa für Gastronomie oder Aussichtsplattformen. Ziel dieser Auflage ist es offenbar, exklusive und hochpreisige Wohnungen auf den Dächern, so genannte Penthäuser, zu verhindern. Auch die Erd-

geschosszonen von Wolkenkratzern will die Senatsbaudirektorin künftig generell der Öffentlichkeit zugänglich machen. Gemäß dem Berliner Modell will der Senat überdies bei Hochhäusern einen Anteil von 30 Prozent geförderter Sozialwohnungen durchsetzen.

Der von der Senatsbaudirektorin Lüscher vorgelegte Entwurf für ein Hochhaus-Leitbild wird in den kommenden Wochen noch in den Bezirken, aber auch von Verbänden diskutiert werden. Ende des Jahres wird sich dann auch das Berliner Abgeordnetenhaus mit dem Entwurf beschäftigen.

Exklusive Wohnungen in der Endetage sollen verhindert werden

Welche Konsequenzen Investoren aus den angedachten Auflagen zu einer Mischnutzung oder zum Anteil an Sozialwohnungen ziehen werden, muss abgewartet werden. Der Bau und auch der laufende Unterhalt von Hochhäusern ist im Vergleich zu herkömmlichen Gebäuden relativ kostspielig.

Rigorose Auflagen könnten daher dazu führen, dass Investoren von Projekten wieder Abstand nehmen, oder aber die Kalkulation ändern. Dies könnte am Ende noch höhere Büro- und Gewerbemieten bedeuten. Denkbar ist aber ebenso, dass die Projektentwickler verstärkt echte Wolkenkratzer, also extrem hohe Gebäude, bauen. Diese sind in Berlin bislang kaum vor-

handen. Die damit einhergehende höhere Bebauungsdichte würde allerdings die Infrastruktur Berlins vor neue Herausforderungen stellen. Schon jetzt müssen sich viele Autofahrer durch permanent überfüllte Straßen quälen.

Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr wäre keine wirkliche Lösung. Denn auch Berlins öffentliche Verkehrsmittel sind oft überlastet. Dem gegenüber steht ein starkes Interesse von Investoren, die in Berlin Hochhäuser bauen wollen. Derzeit sind bereits mehr als 20 Hochhausprojekte in der Planung.

Schwerpunkte sind die City West und der Alexanderplatz. Für den „Alex“ hat der französische Baukonzern Covivio bereits einen Bauantrag für ein 130 Meter hohes Haus gestellt. Das Gebäude wird das benachbarte Park-Inn-Hotel mit seinen 125 Metern nur knapp an Höhe übertreffen. Die russische Monarch-Gruppe plant neben dem Alexa-Einkaufszentrum ein Haus, das sogar 150 Meter hoch werden soll. Ebenfalls direkt neben dem Alexa wurde vor Kurzem bereits Richtfest beim Wohnhochhaus „Grandaire“ gefeiert.

Relativ weit fortgeschritten ist auch das Vorhaben eines Anbaus am Estrel-Hotel in Neukölln. Das geplante Hochhaus mit 175 Metern wird bei seiner Fertigstellung das höchste Hotelgebäude Deutschlands sein.

Norman Hanert

Prügelsommer

Von VERA LENGSELD

Pack die Badehose ein, nimm dein kleines Schwesterlein – und dann nisch wie raus nach Wannsee ... lautet der Refrain eines Berliner Ohrwurms. Bis in die 2000er Jahre hinein bot Berlin jede Menge unbeschwertes Badevergnügen. Getrübt wurde es höchstens etwas, wenn das Becken, das Ufer oder die Liegewiese zu voll war. In der Regel rückte man aber zusammen, nahm Rücksicht aufeinander – und alle hatten ihren Spaß.

Diese Zeiten sind vorbei und kommen wohl nicht so schnell wieder. Der öffentliche Raum wird immer mehr zur Kampfzone – und das auch am helllichten Tag. Mein Freibad Pankow, in den 70er Jahren von einer Bürgerinitiative der SED-Bezirksleitung abgerungen, war jahrzehntelang an jedem schönen Sommermorgen mein Ziel. Ab 8 Uhr konnte ich hier meine Bahnen schwimmen, anschließend eine Tasse Kaffee auf der Terrasse trinken, ehe ich in den Tag startete. Nachmittags konnte ich mit den Kindern, später den Enkeln, zurückkehren, um dem Nachwuchs beim nassen Vergnügen zuzuschauen. Das Nichtschwimmerbecken blieb selbstverständlich den Kindern vorbehalten. Belästigungen von Kindern, Mädchen, Erwachsenen waren unbekannt, Prügeleien gab es keine, Messer dienten höchstens dem Aufschneiden von Obst.

Seit drei Jahren wird das Bad von jungen Männern mit dem bekannten Hintergrund aufgesucht. Nun gibt es strenge Einlasskontrollen. Selbstverständlich wird die Oma mit ihren Enkeln genauso gründlich unter die Lupe genommen, wie die Jungmänner aus dem Wedding. Alles andere wäre ja Diskriminierung. Trotzdem kommt es immer wieder zu unliebsamen Vorfällen. Die jungen Männer sind unangemessen laut, aggressiv und lassen sich weder vom Bademeister noch von der Security oder der Polizei etwas sagen. Immer wieder muss das Bad geräumt werden, weil die Ordnung nicht mehr hergestellt werden kann.

Pankow ist kein Einzelfall, sondern typisch dafür, was sich in den Bädern und an den Stränden Berlins mittlerweile abspielt. In den Medien werden nur noch die krassen Fälle gemeldet, so weit reicht die schleichende Gewöhnung schon. Manche Kommentatoren behaupten gar, Prügeleien hätte es schon immer gegeben, sexuelle Belästigungen auch. Das stimmt schon, aber jetzt beherrscht es unseren Alltag. Oft enden die Auseinandersetzungen für die Angegriffenen im Krankenhaus. Wie kürzlich nach einem Vorfall an einem Badese. Weil eine Gruppe Erwachsener eine kleine Gruppe Jugendlicher um etwas mehr Ruhe gebeten hatte, eskalierte die Situation sofort. Die Jugendlichen fingen an, loszuprügeln. Auch Messer und Glasflaschen wurden eingesetzt. Mehrere Menschen, darunter Frauen und Kinder, wurden verletzt. Berlin will ein sicherer Hafen für Flüchtlinge sein.

Kritik an Senatsplänen

»Solidarisches Grundeinkommen«: Lösung oder Etikettenschwindel?

Berlin will für Arbeitslosengeldempfänger spätestens ab 2020 ein „Solidarisches Grundeinkommen“ einführen. Eigentlich sollte das Projekt schon im zweiten Quartal 2019 starten, aber die Finanzierung ist noch nicht gesichert. Der Senat hofft und erwartet, dass der Bund fünf Jahre lang 88 Prozent der Kosten trägt. Eine Zustimmung der Bundesregierung will das Land erreichen, indem es Druck über den Bundesrat ausübt. Bisher zeigte der Bundessozialminister aber wenig Neigung, das Vorhaben zu unterstützen.

Das „Solidarische Grundeinkommen“ ist eine Variante des „Bedingungslosen Grundeinkommens“, das vom linken Lager seit Jahren propagiert wird, nur eben mit anderer Bezeichnung. Profitieren würden diesmal aber nur Menschen, die tatsächlich einer Beschäftigung nachgehen.

Es soll längerfristige Jobs für Langzeitarbeitslose schaffen und

ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. Pro Person kostet das im Jahr etwa 30 000 Euro. Ein Teil davon fließt als Einkommensteuer und in Form von Sozialversicherungsbeiträgen zurück in öffentliche Haushalte. Von 28 000 gemeldeten Langzeitarbeitslosen sollen

Der Bund soll den Großteil des Projekts finanzieren

zunächst 250, später 1000 gefördert werden.

Die Oppositionsparteien halten nichts von dem Vorhaben. Jörn Jakob Schultze-Berndt, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, spricht von „Etikettenschwindel“. Schon jetzt gebe es in Berlin öffentlich geförderte Beschäftigung: „Sogar die jetzt vorgeschlagenen Tätigkeitsfelder

entsprechen der seit Jahren gültigen ‚Positivliste‘ in Berlin.“

Florian Swyter (FDP) bemängelte, das sogenannte solidarische Grundeinkommen sei nur eine neue Bezeichnung für eine bereits bestehende Maßnahme: „Ansonsten handelt es sich bei diesem Test schlicht um öffentlich bezahlte Beschäftigungen im zweiten Arbeitsmarkt, die aus guten Gründen 2011 abgeschafft wurden.“ Berlin solle eher „alles daran setzen, Menschen ohne Job für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Unsere Stadt braucht eine Bildungsoffensive, die jeden dazu befähigt, sein Leben selbst zu gestalten, statt ihn einfach mit Ersatzbeschäftigungen ruhig zu stellen.“

Auch von der AfD gab es Kritik. Die haushaltspolitische Sprecherin Kristin Brinker: „Offensichtlich hat der Senat nicht einmal mehr den Anspruch, Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen.“ Frank Bucker

Mäzen gestorben

Unternehmer Hans Wall wurde 77 Jahre alt

Hans Wall, prominenter Unternehmer, Mäzen und zeitweiliges AfD-Mitglied, ist in Berlin im Alter von 77 Jahren gestorben. Mit öffentlichen Toilettenhäuschen und Außenwerbung wurde er reich.

1984 verlagerte der gebürtige Süddeutsche seinen Wohnsitz nach Berlin. Der Durchbruch kam in Zusammenarbeit mit dem städtischen Nahverkehrsanbieter BVG. Er bezahlte die Aufstellung von Warthehäuschen und durfte dort Werbeflächen vermieten.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums expandierte seine Firma nach Osteuropa. Inzwischen ist Wall in 50 europäischen Städten vertreten. Er war Vorsitzender des Vereins „Denkmal an Berlin“ und finanzierte die Sanierung des Mahnmals unter dem Bebelplatz (Mitte), das an die Bücherverbrennung während der

NS-Zeit erinnert. Im Jahr 2000 erhielt Wall das Bundesverdienstkreuz und 2004 eine Auszeichnung der Jüdischen Gemeinde Berlin. Wall beobachtete tragische Unglücksfälle und bot bedürftigen Eltern an, die Beisetzungskosten von Kindern zu übernehmen.

Zufällig wurde er auf die vergammelte Grabstelle von Ernst Litfaß auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof aufmerksam.

Kurzerhand stellte er damals 180 000 Mark, die zur Wiederherstellung des Grabes nötig waren, zur Verfügung.

Bis 2013 gehörte Wall der FDP an und trat dann der AfD bei, die er aber später wieder verließ. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller: „Mit seinem Werdegang vom Schlosser zum Unternehmer und großen Mäzen hat er vorgelebt, dass ein Aufstieg gelingen kann.“ F.B.

Politik diskutiert marode Brücken

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause hat sich das Berliner Abgeordnetenhaus in einer aktuellen Stunde mit dem Zustand der Infrastruktur in der Hauptstadt beschäftigt. Einer der Schwerpunkte war dabei der Sanierungsbedarf an Brücken. Berlin verfügt über rund 830 Brücken. Lediglich bei einem Viertel wird der Zustand als gut oder sehr gut eingeschätzt. Etwa 100 Bauwerke weisen Mängel auf, in sieben Fällen gilt der Zustand als kritisch. Wegen Einsturzgefahr mussten einige Brücken inzwischen sogar teilweise oder komplett gesperrt werden. Bereits seit Januar ist in Köpenick die Salvador-Allende-Brücke wegen starker Schäden für Autos nicht mehr befahrbar. Bei der verkehrswichtigen Eisenbrücke zwischen Trepptow und Friedrichshain sind die Schäden so stark, dass sie sogar abgerissen werden muss. Ein völliger Neubau steht auch bei der Mühlendammbrücke in Mitte und bei der Rudolf-Wissel-Brücke in Charlottenburg an. N.H.

MELDUNGEN

Gelbwesten in Portugal

Porto – Die Proteste der französischen Gelbwesten haben sich flächendeckend auch nach Portugal ausgedehnt. In der rund 238 000 Einwohner zählenden galizischen Metropole Porto, der nach der Hauptstadt Lissabon zweitgrößten Stadt des Landes, blockierten Einheimische die Hauptverkehrsstraßen und die wichtigste Nord-Süd-Autobahn. Hauptforderungen der Demonstranten waren Maßnahmen gegen die seit jeher im Lande wuchernde Korruption sowie Steuersenkungen, aber auch eine Anhebung des Mindestlohns auf 700 Euro und damit eine Anpassung an die durch die EU-Angleichung zuletzt rapide gestiegenen Lebenshaltungskosten. T.W.W.

Vorgehen wie bei »Kursk«

Seweromorsk – Nach der Havarie eines Tiefsee-U-Boots der russischen Nordflotte mit 14 Toten setzt die russische Regierung wie vor 19 Jahren beim Unglück der »Kursk« auf Geheimhaltung. Erst einen Tag nach dem Unfall wurde bekannt, dass die Seeleute an Rauchvergiftung infolge eines Brands starben. Gerüchten zufolge handelt es sich um ein »Loschik« genanntes Spezial-U-Boot des Typs AS-12, das für spezielle Missionen wie dem Aufspüren von Abhörsensoren, aber auch dem Einsammeln von Teilen abgestürzter Flugzeuge oder Satelliten vom Meeresgrund eingesetzt wird. Sieben der Toten sollen hochrangige Kapitäne gewesen sein. Bekannt wurde das Unglück nur durch Internetblogger. Vom Katastrophenschutzministerium kamen keinerlei Informationen. Jewgenij Karpow, der auf seiner Netzseite als Erster von der Katastrophe mit Toten berichtet hatte, erhielt einen Anruf, bei dem er aufgefordert wurde, die Information wieder von seiner Seite zu entfernen. MRK

Sidiki Abass, ein Bandenführer aus Nigeria, der für einen Großteil des Terrors in Zentralafrika verantwortlich ist, wurde durch das Friedensabkommen von Khartum vom Februar dieses Jahres Berater des Premierministers der Zentralafrikanische Republik. Jetzt kann er dort nach Belieben morden.

Als am 21. Mai in den zentralafrikanischen Dörfern Koundjili, Lémouna, Djoumdjoun et Bohong in Sichtweite der UN-Truppen der »Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik« (MINUSCA) mehr als 50 christliche Dorfbewohner massakriert und 2700 Menschen obdachlos wurden, schworen sich viele Zentralafrikaner, dass dieses Verbrechen nicht ungesühnt bleiben sollte. Verantwortlich für das Massaker war eine berüchtigte islamistische Terrorgruppe, die »3R«, deren Chef Sidiki Abass seit dem Friedensvertrag von Khartum vom Februar dieses Jahres als Berater des Premierministers fungiert.

Die drei »R« stehen für die französischen Wörter »Retour« (Rückkehr), »Reclamation« (Protest) und »Rehabilitation« (Wiedergutmachung). Abass war einer der 14 Rebellenführer, die sich in der sudanesischen Hauptstadt unter der Federführung des mittlerweile gestürzten sudanesischen Präsidenten Omar el Bechir auf einen Friedensplan geeinigt hatten, der das Papier nicht wert war, auf dem er stand. Denn nach diesem Vertrag können vor allem die muslimischen Terrorgruppen jetzt offiziell ihr Herrschaftsgebiet ausweiten, weil die christlichen Anti-Balaka-Milizen in Khartum nicht anwesend waren, da zwei ihrer Führer kurze Zeit vorher verhaftet worden waren. Dadurch können die Terroristen schalten und walten, wie sie wollen.

Die Regierung des Landes ist ihnen auf Gedeih und Verderb aus-

geliefert. Die 3R-Terroristen gelten als mit die schlimmsten des Landes, sie haben ihren Schwerpunkt in der nordwestlichen Region der Zentralafrikanischen Republik, die an Kamerun angrenzt. Ihr Chef Sidiki Abass darf jetzt ungestraft seine eigenen Gesetze im Land diktieren, sogar Regierungstruppen müssen ihm gehorchen.

Auch der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Faustin Archange Touadéra, der vor Kurzem in Frankreich war und dort von Reportern des Fernsehsenders France24 interviewt wurde, wagt es nicht, Abass von seinem

UN-Generalsekretär António Guterres gewandt, der ihm geantwortet hatte, dass es ohne die MINUSCA noch schlimmer wäre. Schon vor dem Friedensschluss von Khartum gab es lokale Friedensabkommen, an denen auch die dörflichen Selbstverteidigungsmilizen der Anti-Balaka – der Name steht für »Anti-Macheete« – beteiligt waren. Aber auch an diese hält sich die 3R-Miliz nicht.

Aufgetaucht war die islamische 3R-Miliz im Jahre 2015, als nach einer vorwiegend französischen Militärintervention die muslimi-

tragen müssen. Träger dieses Dschihad ist vor allem die nomadische Fulbe-Bevölkerung, die in anderen Ländern auch als »Fulani« oder »Peul« bezeichnet wird. Dieses Hirtenvolk, das als erstes der Region schon von der Ankunft der europäischen Kolonialmächte islamisiert worden war, ist eine berberisch-afrikanische Mischbevölkerung, deren Hautfarbe wesentlich heller ist als die der eingeborenen sesshaften afrikanischen Völker, von denen viele nach der Ankunft europäischer Missionare das Christentum angenommen haben.

Seine Waffenlieferungen erhält Abass aus dem muslimischen Tschad. Schon oft wurden an den Grenzen des Tschad nach Zentralafrika, die allesamt von radikal-islamischen Milizen beherrscht werden, große Waffenkonvois gesichtet.

Präsident Touadéra beherrscht kaum noch mehr als die Hauptstadt Bangui, in der es in letzter Zeit öfters zu Protesten der Bevölkerung gegen ihn und seine Komplizenschaft mit den radikalen Moslems kam. Zwei französische Reporter wurden bei solchen Protesten letzte Woche blutig zusammengeschlagen.

Der Oppositionsplattform »E Zingo Biani« , was so viel heißt wie »Wacht auf – endlich«, haben sich jetzt Oppositionsparteien, Jugend- und Frauenorganisationen, Journalisten sowie Menschenrechtsaktivisten angeschlossen. Alle fordern sie vom Präsidenten die Verhaftung von Abass und seiner Komplizen. Der versteckt sich jedoch weiterhin hinter dem Friedensabkommen von Khartum.

Erzbischof Aguirre Muñoz sagte im Januar: »Zentralafrika ist ein fruchtbares, aber sehr verwundbares Land, das zweitärmste der Welt, ohne Armee, deshalb haben einige politische Schwergewichte in den arabischen Ländern wohl entschieden, die Peul im Osten Zentralafrikas anzusiedeln, sie sollen das bereits christliche Land islamisieren.«

Die UN scheinen diesem Treiben nicht nur nichts entgegenzusetzen, sondern es sogar zu unterstützen. Nach dem Zusammenbruch aller staatlichen Ordnungen und der öffentlichen Sicherheit ist die katholische Kirche oft an die Stelle der staatlichen Einrichtungen getreten. Die Kirche betreibt im Lande große Flüchtlingslager, Gesundheitsstationen und Schulen, nur eine Armee kann die Kirche nicht bilden, aber ohne Sicherheit kann es keine Entwicklung in diesem geschundenen Land an der Grenze zum Islam geben. Bodo Bost



Geht ohne bewaffnete Bewacher nirgendwohin: Sidiki Abass, der Chef der islamischen Terrororganisation »3R«

Bild: pa

Regierungsposten abzusetzen oder gar zur Verantwortung zu ziehen für das Massaker. Der Präsident steht auf Kriegsfuß mit der einstigen Schutzmacht Frankreich. Er wird beschützt von 140 russischen Söldnern und einer von diesen ausgebildeten Präsidialgarde. Im Rest des Landes sollen etwa 15 000 UN-Soldaten für Ordnung sorgen. Aber da diese zu meist aus muslimischen Ländern stammen, sehen diese auch nicht ein, warum sie gegen ihre Glaubensbrüder in Zentralafrika agieren sollen.

Deshalb hatte sich Erzbischof Juan-José Aguirre Muñoz vom Bistum Bangassou, wie er bei einem Kongress von Kirche in Not im Januar in Köln sagte, schon an

sche Séléka-Miliz aufgelöst worden war, nur um nach Abzug der Franzosen noch schlimmeren Milizen als Nachfolgemilizen zu dienen. Zentralafrika wird immer mehr einbezogen in den großen Dschihad, der sich von Westafrika – Mali, Burkina Faso – über Nigeria und Kamerun bis nach Zentralafrika ausgeweitet hat und von muslimischer Seite immer mehr generalstabsmässig geplant und organisiert wird.

Im Unterschied zu den anderen Ländern und Regionen, in denen die Moslems die große Mehrheit bilden, leben in Zentralafrika nur zehn Prozent Muslime, 80 Prozent der Bevölkerung sind Christen, die jetzt zumeist eine muslimische Terrorherrschaft er-

Da es in Zentralafrika kaum Fulbe-Angehörige gibt, bestehen die verschiedenen muslimischen Milizen in Zentralafrika zum großen Teil aus Ausländern, vor allem aus dem Tschad, Kamerun und Nordnigeria, wo die Terrorgruppe Boko Haram seit Jahrzehnten ihr Unwesen treibt.

Milizenchef Abass, der zuweilen behauptet, ein Halbbruder von Präsident Touadéra zu sein, gilt als Beschützer der Gemeinschaft der Fulbe. Er soll dafür sorgen, dass die Fulbe in Zukunft ihre Herden in der Trockenheit von Westafrika aus über Nordnigeria, das von Boko Haram kontrolliert wird, durch den von radikalen Moslems verunsicherten Norden Kameruns bis nach Zentralafrika treiben können.

»Pocahontas« prescht vor

US-Demokraten stottern sich zur Präsidentschaftskandidatur

Die Augen der Weltöffentlichkeit richten sich zunehmend gegen USA. Im kommenden Jahr stellt sich Präsident Donald Trump zur Wiederwahl. Seine Nominierung durch die Republikaner gilt als Formsache. Bei den Demokraten hat der Vorwahlkampf dagegen gerade erst Fahrt aufgenommen.

Bisher galt Joe Biden als Favorit. »Kann dieser Routinier des politischen Betriebs, der engste Weggefährte von Präsident Barack Obama, im kommenden Jahr tatsächlich gewinnen?«, frohlockte der »Spiegel«, als der Ex-Vizepräsident seine Kandidatur bekannt gab.

Doch nun kam der erste Rückschlag. Nach der TV-Debatte der demokratischen US-Präsidentschaftsbewerber hat der 76-jährige einer Umfrage zufolge stark an Beliebtheit eingebüßt. Nur noch 22 Prozent der Anhänger der Demokraten unterstützen eine Kandidatur Bidens gegen Trump. Das sind zehn Punkte weniger als einen Monat zuvor und sogar 17 Punkte weniger als noch im April.

Dreimal hat Biden bereits für das Präsidentschaftskandidat, bis zur Nominierung durch den Parteitag der Demokraten hat er es nie geschafft. Sein Wahlkampfauftakt im TV bezeichneten US-Kommentatoren gelinde gesagt »als Katastrophe«. Vor allem in ei-

ner Szene hinterließ Biden einen äußerst schlechten Eindruck. Als ihn die afroamerikanische Senatorin Kamala Harris scharf für seine Positionen zur Integration und die Diskriminierung von Schwarzen angriff, hatte er keine Antwort parat, geriet ins Stottern und versuchte das Thema abzuwürgen. Harris Umfragewerte gingen daraufhin nach oben.

Plötzlich gilt sie als Außenseiterin mit echten Chancen. Sollte sie sich im parteiinternen Wahlkampf durchsetzen, hätte Harris die

Schwarze Frau gegen alten, weißen Mann

Chance, als erste Frau US-Präsidentin zu werden. Von 2004 bis 2011 war sie Bezirksstaatsanwältin in San Francisco, von 2011 bis 2017 übernahm sie den Posten der Justizministerin in dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat. Sie war die erste Frau und die erste Schwarze in diesem Amt.

Seit 2017 sitzt sie für Kalifornien im Senat. Neben Harris gibt es mittlerweile eine weitere Frau, die Biden gefährlich werden könnte. Die linke Senatorin Elizabeth Warren hatte bereits im er-

sten TV-Duell einen überzeugenden Auftritt hingelegt. Sie liefert sich mit dem Linksaßen Bernie Sanders einen Schlagabtausch um die Deutungshoheit im sozialistischen Spektrum. In den Umfragen legt sie bereits seit einiger Zeit zu, während Sanders abbaut.

Noch ist es allerdings zu früh, um eine Prognose abzugeben, wer im übernächsten Oktober gegen Trump antritt. Die demokratischen Vorwahlen beginnen erst im Januar, bis dahin muss die Kriegskasse gefüllt werden. Denn die Kandidaten brauchen vor allem Geld. Sanders hat bereits viele Millionen von Kleinspendern eingesammelt, die seine Kandidatur unterstützen.

Biden weiß das demokratische Establishment hinter sich, zudem könnte sich seine Nähe zu Obama positiv auswirken. Doch Elizabeth Warren, von Trump konsequent »Pocahontas« genannt, gibt ihr Wahlkampfthema vor: »Das beste Mittel gegen einen alten, weißen Mann ist eine Frau.«

Ihre Ansichten haben es in sich. Sie ist dagegen, die Regulierung für Banken zu lockern, fordert höhere Steuern für reiche Amerikaner und nimmt keine Großspenden für ihren Wahlkampf an. Das schafft Sympathien, könnte aber für den anstehenden Marathon zu wenig sein. Peter Entinger

Mediziner wehren sich

Königsberger Perinatal-Spezialistin des Mordes beschuldigt

Die Chefarztin der Geburtsklinik in Königsberg, Jelena Belaja, und eine Kollegin stehen unter Hausarrest. Sie werden beschuldigt, ein zu früh geborenes Kind mit einer Überdosis Magnesiumsulfat getötet zu haben, um die Geburtenstatistik der Klinik zu schönen und die Kosten für die Behandlung des Kindes zu sparen. Anschließend sollen sie dokumentiert haben, das Kind sei bei der Geburt verstorben.

Was war passiert? Eine Immigrantin aus Aserbaidschan, die bereits zwei Fehlgeburten hatte, brachte in der 23. Schwangerschaftswoche einen Jungen in der Klinik zur Welt, der nur 700 Gramm wog. Nach Ansicht führender Perinatal-Spezialisten besteht erst ab der 24. (Deutschland) oder ab der 25. Woche (Frankreich) die Möglichkeit, lebenserhaltende Maßnahmen zu ergreifen. Selbst dann liegt die Überlebensrate nur bei sechs Prozent.

Ähnlich wie im Fall des bis vor Kurzem unter Hausarrest gestellten Journalisten Iwan Golunow, der eine Solidaritätswelle in ganz Russland auslöste, die schließlich zu seiner Freilassung führte, stellt sich nun russlandweit die Ärzteschaft hinter die Medizinerinnen. Auf der Internetplattform »change.org« starteten sie eine Petition mit der Forderung, den Fall objektiv zu

untersuchen. In einer bislang nie dagewesenen Solidarität posten sie in den sozialen Netzwerken unter #jaelinasuschkewisch (Ich bin Jelena Suschkewitsch) Unterstützung für die Kollegin, die beschuldigt wird, Belajas Komplizin zu sein.

Da die Ermittlungsbehörden weder Ross noch Reiter nennen, also nicht klar ist, wer den Fall zur Anzeige gebracht hat und aus welchen Gründen in Wirklichkeit ermittelt wird, vermuten viele, dass es sich um einen fingierten Fall handelt, weil jemand die Chefärz-

Der Fall verdeutlicht die riskante Lage russischer Ärzte

tin aus ihrem Amt verdrängen wollte.

Der Fall verdeutliche, wie fragil die Sicherheit russischer Ärzte sei, wenn, wie bei der 28-jährigen Jelena Suschkewitsch, eine engagierte und renommierte Spezialistin, die dem Rat der Perinatal-Gesellschaft angehört, wegen eines nicht nachgewiesenen Fehlverhaltens festgenommen werde, so Kollegen, deren Stellungnahmen das online-Portal »Lenta« zum Teil mit voller Namensnennung veröffentlicht hat. In ihren Kommentaren kritisieren sie

das Vorgehen der Ermittler scharf. Seien diese selbst überzeugt, dass ein Mordfall vorliege, hätten sie die Ärztinnen nicht unter Hausarrest gestellt, sondern gleich dem Haftrichter vorgeführt. Zudem sei die Anschuldigung völlig absurd: »Wie kann man denn die Sterblichkeitsrate senken, indem man mordet?«, fragt ein Kollege.

Mit dem Königsberger Fall könnten die Behörden unbeabsichtigt in ein Wespennest gestochen haben, verdeutlicht er doch die prekäre Lage russischer Mediziner im Vergleich zu ihren Kollegen im Westen. Schlecht bezahlt, ein niedriges Ansehen, der Mangel an Autorität sowie fehlende Achtung machen den Beruf unattraktiv.

Aus den Kommentaren wird deutlich, dass russische Klinikärzte nach dem Königsberger Fall nun eine Welle von Entlassungen befürchten. Eine Berufshaftpflichtversicherung, wie sie in Deutschland Pflicht ist, gibt es in Russland nicht. Dort müssen Ärzte bei nachgewiesenen Fehlern die Patienten aus eigener Tasche entschädigen. Sie wollen sich Willkür und Missachtung nicht länger gefallen lassen. Zwar werden sie nicht streiken, aber andere Mittel finden, um sich gegen Willkür zur Wehr zu setzen: Unterschriften sammeln, Petitionen schreiben und das Internet nutzen. MRK

Wenn in Europa die Lichter ausgehen

Immer wieder Engpässe im Stromnetz – Ein Werk von Spekulanten, um die Energiepreise hochzutreiben?

Im deutschen Stromnetz ist es in den vergangenen Wochen mehrmals zu schweren Krisen mit europaweiten Folgen gekommen. Experten sagen, dass sogar die Systemsicherheit gefährdet war.

In einer Erklärung teilten die vier Netzbetreiber Amprion, Tenet, 50Hertz und TransnetBW mit, dass die Situation mit Unterstützung europäischer Partner gemeistert wurde. Den Angaben zufolge habe die zu geringe Stromeinspeisung in das deutsche Netz zu einem Absinken der Frequenz im gesamten europäischen Verbundnetz geführt. Um das Ungleichgewicht zwischen Erzeugung und Stromverbrauch zu schließen, mussten die Netzbetreiber kurzfristig zusätzliche Kapazitäten beschaffen.

„Es bestand keine Gefahr für die sichere Stromversorgung in Deutschland“, teilte ein Sprecher der Netzagentur mit. Die Gründe für das starke Ungleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch seien noch nicht eindeutig geklärt, selbst stärkere Schwankungen bei der Einspeisung von Strom seien „nicht unnormal“.

Die Darstellung von Netzbetreiber Amprion liest sich dagegen weitaus dramatischer. „Die starke Unterspeisung ist im sogenannten Markt für Regelleistung aufgetreten“, sagte ein Amprion-Sprecher. „Dieser dient dazu, kurzfristige Schwankungen auszugleichen, die teils binnen Minuten auftreten. Die Vermeidung solcher Unregelmäßigkeiten ist für die Versorgungsstabilität essenziell wichtig.“ Geräte das System aus dem Gleichgewicht, schwankte auch die Stromfrequenz, was erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft haben könnte. „Die Lage war sehr angespannt und konnte nur mit Unterstützung der europäischen Partner gemeistert werden“, sagte der Amprion-Sprecher.

Co-Betreiber Tenet bestätigte diese Darstellung: „Um das Ungleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch zu schließen, mussten die Netzbetreiber zusätz-



Stromnetz war zu starken Schwankungen ausgesetzt: In der Schaltzentrale des Netzbetreibers 50Hertz in Neuenhagen bei Berlin

liche Kapazitäten organisieren. Neben Lieferungen aus dem Ausland ist zusätzlicher Strom an der Börse beschafft worden.“ Auch auf Angebote von Unternehmen, ihren Stromverbrauch gegen Bezahlung abzuschalten, habe man zurückgegriffen, teilte das Unternehmen mit. Das seien festgelegte Prozesse, die gegriffen hätten.

Branchenexperten sehen in den ungenauen Verbrauchs- und Erzeugungsprognosen einen Grund für die Probleme. Die Stromhändler hätten deshalb zu wenig Strom geordert, heißt es. Der „Spiegel“ bringt unter Berufung auf Wirtschaftskreise allerdings auch eine weitere Variante ins Spiel. Marktteilnehmer würden hinter den Engpässen das Werk von Spekulanten vermuten. Es bestehe demnach der Verdacht, dass Händler Versorgungslücken im Regelleistungsmarkt zunächst bewusst nicht ausgeglichen hätten, um später höhere Gewinne einzustreichen.

Möglicherweise hätten sich in den aktuellen Fällen aber auch Stromanbieter und Netzbetreiber verspekuliert, heißt es.

Mit Blick auf Wind- und Solarenergie könnten auch ungenaue Wettervorhersagen der Grund für die aktuellen Engpässe gewesen sein. Die Netzbetreiber teilten hingegen mit, sie wollten sich zu den Ursachen erst nach einer umfassenden Analyse äußern, die sie zusammen mit der Bundesnetzagentur erstellen würden. Dies könne bis zu acht Wochen in Anspruch nehmen, hieß es. „Ob es Konsequenzen für Marktteilnehmer geben wird, wäre zu diesem Zeitpunkt Spekulation.“

Klar ist auf jeden Fall, dass auf den Kosten die Verbraucher sitzen bleiben werden. „Die Kosten werden von allen Stromkunden getragen. Als wir die Mengen erhöht haben, musste sich der Markt erst mal darauf einstellen, dadurch ist es – Angebot und

Nachfrage regeln den Markt – kurzzeitig zu einer Erhöhung der Preise gekommen. Wir beobachten aber, dass sich die Preise wieder auf Marktniveau einpendeln“, teilte Tenet mit.

Wie komplex das Geschäft mit der Stromversorgung mittlerweile geworden ist, zeigt der Umgang der Europäischen Union mit der Schweiz. Seit Jahren streiten sich die EU-Kommission und die Regierung in Bern um einen Stromkompromiss. Denn die Leitungen machen eben nicht an den EU-Außengrenzen halt. „Die Situation ist heute ernst – und sie verschärft sich weiter“, teilt der Schweizer Netzbetreiber Swissgrid mit. Man werde immer öfter von der Marktentwicklung ausgeschlossen. Und der drohende Brexit, der Austritt der Briten aus der EU, verschärfe die Lage eher noch.

Alles was die Engländer jetzt nicht bekommen würden, würden später auch die Schweizer nicht

bekommen. Der Ausschluss der Schweiz werde dazu führen, dass die Stromtarife steigen und die Netzsicherheit zurückgehe. „Nur mit der Integration in den europäischen Strommarkt können nachhaltige Lösungen für die Versorgungssicherheit gefunden werden“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Das Strommarktabkommen mit der EU ist für die Drehscheibe Schweiz äußerst wichtig, aber seit Jahren ein richtiger Zankapfel. Die EU hatte den Abschluss dieses Abkommens, das den gleichberechtigten Zugang zum europäischen Strombinnenmarkt regelt, von weitreichenden Schweizer Zugeständnissen in infrastrukturellen Fragen abhängig gemacht. Das Nicht-EU-Land Schweiz verweist dagegen auf die Tatsache, dass es in Baden-Württemberg ohne Zugriff auf das Schweizer Netz jederzeit zu Engpässen kommen könnte. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Mehr Fusionen in Deutschland

Berlin – Das Bundeskartellamt hat einen Bericht veröffentlicht, demzufolge es 2017 und 2018 zehn Prozent mehr Firmenzusammenschlüsse gegeben hat als in den Vorjahren. Auch die Zahl der verhängten Bußgelder wegen unzulässiger Kartellabsprachen ist laut der Behörde gestiegen. Wurden 2017 etwa 127,3 Millionen Euro an Bußgeldern eingenommen, waren es 2018 zirka 459,2 Millionen. Eine besondere Herausforderung sieht das Bundeskartellamt zudem in der Digitalisierung und dem Schutz der Verbraucher vor Missbrauch seitens der Technologieunternehmen und Internet-Plattformen. *MRK*

Lada stoppt Produktion

Toljatti – Weil ein Zulieferer aus Nischnij Nowgorod seine Lieferpflichten verletzt habe, musste der russische Autokonzern AvtoVAZ, der Fahrzeuge der Marke Lada herstellt, in seinen Produktionsstätten Toljatti und Ischewsk die Produktion vorübergehend einstellen. Trotz des Produktionsstillstands sollen Fahrzeuge der Marke Lada im Händlernetz weiterhin erhältlich sein. Seit der Allianz mit Renault-Nissan-Mitsubishi konnte der Konzern sich konsolidieren. Der Nettogewinn betrug 2018 umgerechnet 82 Millionen Euro. *MRK*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.926.189.210.480 €

Vorwoche: 1.926.229.272.216 €

Verschuldung pro Kopf:

23.201 €

Vorwoche: 23.201 €

(Dienstag, 9. Juli 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Rinder gegen Autos

Das Freihandelsabkommen der EU mit Südamerika stößt auf Kritik

Als Ende Juni der G20-Gipfel im japanischen Osaka stattfand, einigten sich in Brüssel Vertreter der EU und ihres südamerikanischen Pendant Mercosur (Mercado Común del Sur, gemeinsamer Markt des Südens) über strittige Eckpunkte des bilateralen Freihandelsabkommens. Die Verhandlungen endeten damit zwei Jahrzehnte nach ihrem Beginn. Noch in Osaka wurde der Durchbruch verkündet. Zuletzt hatten neben Angela Merkel sechs weitere EU-Regierungschefs darauf gedrängt, das Zeitfenster für einen Abschluss zu nutzen.

Dementsprechend äußerten sich Vertreter aus Politik und Wirtschaft dieser Länder hochofret über den laut dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker „größten Deal in der Geschichte der EU“. Damit stellten sie sich gegen diejenigen EU-Länder, deren Forderungen zum Schutz der europäischen Landwirte nicht erfüllt wurden, darunter die Regierungen von Irland, Polen, Belgien und Frankreich. Geflügelfleisch, Zucker, Ethanol und Rindfleisch aus den Mercosur-Ländern soll in noch größeren Mengen nach Europa geliefert werden als von ihnen befürchtet. In der EU droht somit ein weiterer Spaltplatz aufzuwachsen.

Das Abkommen tritt erst in Kraft, wenn es von den 28 nationalen Parlamenten und vom EU-Parlament gebilligt worden ist. Der Ausgang erscheint derzeit ungewiss. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat bereits seine Ablehnung des ausgehandelten Vertrags erklärt. Sein Land verlangt zusätzliche Garantien, so für den Schutz des Amazonas-Regenwalds und die französischen Rinderzüchter.

Durch den Handelsvertrag entsteht ein gemeinsamer Markt mit

»Todesurteil für die Industrie Lateinamerikas«

rund 780 Millionen Einwohnern. Begünstigt würden vorrangig europäische Industrieunternehmen und lateinamerikanische Agrarproduzenten. So sollen in den Mercosur-Staaten binnen zehn bis 15 Jahren Zölle in Höhe von bis zu 35 Prozent auf Autos, Maschinen, Medizin und Chemikalien aus der EU abgeschafft werden. Zudem öffnen die Mercosur-Länder ihre öffentlichen Ausschreibungen für europäische Wettbewerber. Dies hätten in Brüssel multinationale europäische Unternehmen durchgesetzt, berich-

tet die argentinische Tageszeitung „Clarín“.

Für Lebensmittel aus der EU sollen in der Mercosur-Region geschützte Herkunftsbezeichnungen gelten, Zölle für Wein und Milchprodukte entfallen. Im Gegenzug erreichten die Südamerikaner eine wesentlich stärkere Öffnung des europäischen Marktes für ihre landwirtschaftlichen Produkte innerhalb von fünf Jahren. Die Unterzeichner verpflichten sich, das Pariser Abkommen zum Klimaschutz einzuhalten

Europäische Bauernverbände warnen vor den Auswirkungen durch einen starken Import von Fleisch in die EU. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied befürchtet das Aus für den hiesigen Zuckerrübenbau. Widerstand formiert sich wie erwartet auch auf Seiten der Umweltverbände und Verbraucherschützer. So würden Produkte nach Europa gelangen, die nicht den EU-Standards entsprechen. Gerade seien in Brasilien 33 neue Pflanzenschutzmittel teilweise ungeprüft zugelassen worden. Auch 20 Gewerkschaften aus Lateinamerika protestieren gegen das Abkommen. Aus ihrer Sicht bedeutet die Errichtung der Freihandelszone das Todesurteil für die heimische Industrie. *Dagmar Jestrzemska*

Krach um Batterieforschung

Entscheidung für Münster – Ministerin Karliczek stark in der Kritik

Die Entscheidung von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU), Münster zum Hauptstandort für eine „Forschungsfertigung Batteriezelle“ zu machen, hat scharfe Kritik ausgelöst. Die Ministerin hatte Ende Juni angekündigt, dass am Institut der Universität Münster „Münster Electrochemical Energy Technology“ (MEET) eine Forschungsfertigung für Batteriezellen eingerichtet werden soll.

Mit der Entscheidung sind 500 Millionen Euro an Fördergeldern des Bundes verbunden. Zusätzlich will das Land Nordrhein-Westfalen noch 200 Millionen Euro zur Forschung beisteuern. Träger der Forschungsfabrik wird die Fraunhofer-Gesellschaft sein.

Ein Interesse hatten auch Ulm, Salzgitter, Karlsruhe Augsburg und Dresden signalisiert. Daneben hatte sich auch die strukturschwache Lausitzregion Hoffnungen gemacht, Standort der Batterieforschung zu werden.

Von Politikern aus Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, aber auch aus Sachsen und Brandenburg kam teilweise heftige Kritik an der Entscheidung für Münster. Die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen beschwerten sich in einem Brief an Bundes-

kanzlerin Angela Merkel über die Entscheidung von Karliczek. In dem Schreiben von Markus Söder (CSU), Winfried Kretschmann (Grüne) und Stephan Weil (SPD) heißt es: „Mit der Entscheidung für Münster, die wohl einen langwierigen Aufbau neuer Strukturen nach sich zieht, wird wertvolle Zeit im Wettlauf gegen Deutschlands Wettbewerber verloren.“

Die drei Ministerpräsidenten forderten die Kanzlerin auf, die

Forschungsministerin stammt selbst aus dem Münsterland

Standortentscheidung nochmals zu prüfen sowie „transparent und nachvollziehbar“ die Gründe der Entscheidung aufzuzeigen.

Karliczek ist auch unter Rechtfertigungszwang geraten, weil sie selbst aus dem Münsterland stammt. Sie ist in Ibbenbüren geboren. Im Bundestag vertritt die CDU-Politikerin den Wahlkreis „Steinfurt III“, in dem Ibbenbüren liegt. Nach dem vorliegenden Konzept soll in Ibbenbüren ein Kompetenzzentrum Batterierecycling angesiedelt werden. *Norman Hanert*

Karliczek verteidigte die Entscheidung im ARD-„Mittagsmagazin“: „Das überzeugendste Konzept für Batterieforschungsproduktion und Recycling hat Münster vorgelegt.“ Die Ministerin räumte ein, dass die Wahl des Hauptstandortes für die Forschungsfabrik für sie eine sensible Entscheidung gewesen sei. Ferner wies sie darauf hin, ihr Haus habe deshalb den Vorsitz über die Kommission zur Entscheidungsfindung an das Wirtschaftsministerium abgegeben.

Inzwischen ging Karliczek auf ihre Kritiker mit dem Hinweis auf ein „Dachkonzept“ zur Batterieforschung zu. Dieses sieht laut der Bundesforschungsministerin neben dem Bau einer Batteriezellenforschungsfabrik auch die Stärkung aller anderen Standorte vor.

Im Vorfeld der Entscheidung hatte das baden-württembergische Ulm als Favorit für die neue Forschungsfabrik gegolten. In der Stadt ist bereits das Helmholtz-Institut für Energiespeicherung angesiedelt. Nicht weit entfernt von Ulm hat auch das Unternehmen Varta, Deutschlands größter Batteriezellenhersteller, seinen Sitz. Angesichts der Entwicklung von E-Mobilen gilt Batterieforschung als lukrative Zukunfts-technologie. *Norman Hanert*

Nicht vermittelbar

Von Erik Lommatzsch

Mit einem barschen „Was is'?!“ wandte sich Claudia Roth zu nächstlicher Stunde an AfD-Fraktionsgeschäftsführer Jürgen Braun. Es handelte sich nicht um eine zufällige Begegnung nach der Arbeit, wie der Tonfall vermuten lässt. Vielmehr war es die Reaktion der Parlamentsvizepräsidentin auf eine Wortmeldung Brauns während der langen 107. Sitzung der laufenden Bundestagslegislatur.

Bei einigen Abgeordneten kam Roths Ausdrucksweise gut an, es gab reichlich Gelächter. Gegenstand der Debatte war ein Gesetz zum Datenschutzrecht. Die AfD-Fraktion brachte vor, dass die Beschlussfähigkeit des Bundestages nicht gegeben sei. Anhand der dokumentierten Bilder ist ersichtlich, dass dies tatsächlich

der Fall war. Es hätte eine Überprüfung mittels „H a m e l - sprung“ – alle anwesenden Abgeordneten verlassen den Saal, treten einzeln wieder ein und werden gezählt – erfolgen müssen, sodann der Abbruch der Sitzung. Im Deutschen Bundestag wird die Geschäftsordnung sehr genau genommen.

Dies hatte im vorliegenden Fall eine – zumindest für die meisten Außenstehenden – überraschende Entwicklung zur Folge. War das durch Braun vorgetragene Ansinnen aus den Plenarreihen schon mit allgemeinem Parlamentsgepöbel quittiert worden, allerdings wohl kaum aus seiner eigenen Fraktion, so verkündete Roth nach kurzer Zeit, man habe sich im Sitzungsvorstand beraten. Zu diesem gehörten in besagter Debatte neben Roth die Abgeordneten Josef Oster (CDU) und Benjamin Strasser (FDP). Und im Vorstand sei man eben

einig gewesen, dass die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Sofern der Sitzungsvorstand diese „einmütig bejaht“, findet laut Geschäftsordnung keine Zählung statt.

Auch anderswo hält man sich streng an die Vorgaben. Der sächsische Wahlausschuss hat die 61 Positionen umfassende Liste der AfD zu der bevorstehenden Landtagswahl auf die ersten 18 Plätze verkürzt. Die lange Liste war an zwei verschiedenen Terminen beschlossen worden, dabei gab es zwei verschiedene Versammlungsleiter.

Formell handelte es sich nicht um einen fortgesetzten Parteitag, sondern um zwei Parteitage, womit die Kandidaten der zum zweiten Termin besetzten Listenplätze, also diejenigen ab Nummer 19, sich maximal noch Hoffnung auf ein Direktmandat machen können, sofern sie entsprechend aufgestellt sind.

Niemand befand sich im Irrtum darüber, dass es sich bei dem zweiten Termin des AfD-Parteitages um die Fortsetzung des ersten handelte. Niemand bezweifelt, dass die Beschlussfähigkeit des Bundestages in besagter Situation nicht gegeben war. Die Stoßrichtung der – immer Spielräume enthaltenden – Auslegung der jeweiligen Vorschrift hat auch der Letzte verstanden. Einem Demokraten, für den der faire Wettbewerb und die Auseinandersetzung in der Sache an erster Stelle stehen, sind die Entscheidungen nicht vermittelbar. Wie bei so vielen Ereignissen in der letzten Zeit ist auch hier die altväterliche Mahnfrage angebracht: Wo soll das alles enden?

Wo soll das alles enden?

Im Rahmen der großen traditionellen Flugschau im französischen Le Bourget, einer der wichtigsten Fachmessen weltweit, wurde das Luftkampfflugzeug FCAS vorgestellt. Das Kürzel steht für „Future Combat Air System“ (zukünftiges Luftkampfsystem), wobei die englische Bezeichnung verbirgt, dass es sich bei dem Jet um ein deutsch-französisches Produkt handelt.

Das FCAS soll eine Maschine der fünften Generation sein und die veralteten Typen Tornado und Eurofighter sowie die französische Rafale ersetzen. Das sind stolze Aussichten, allerdings derzeit noch Zukunftsmusik. In Le Bourget wurde denn auch nur ein lebensgroßes Modell vorgestellt, das den äußeren Eindruck des Jets so ungefähr vermitteln soll. In Dienst bringen will man ihn ohnehin erst im Jahr 2040 – wenn es keine Verspätung gibt. Bis dahin dürften die Russen bereits Kampfflugzeuge der siebten Generation fliegen, zumindest.

Die Tauglichkeit eines Flugzeugs, das es noch gar nicht gibt, ist von nachgeordnetem Belang. Wichtiger ist festzustellen, welche Organisation das Projekt betreibt. Das sind im Wesentlichen die beiden Luftfahrtkonzerne Airbus und Dassault. Bei Entwicklung und Fertigung der Airbus-Flugzeuge war es ähnlich: Deutsche und französische Industrie arbeitete zusammen, spanische und britische Firmen kamen dazu. Das Prinzip war: Die Industrie betreibt das Projekt, die beteiligten Nationalstaaten wirken als Wegbereiter.

Mit der EU hat das Ganze nichts zu tun. Die Zusammenarbeit geschieht auf der Ebene zwei- oder mehrseitiger Verbindungen der Nationalstaaten untereinander. Darum ist es auch wichtig, auf den entscheidenden Unterschied zwischen der EU und der Luftfahrt hinzuweisen:

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Gegenwind



Zentralismus oder die Diplomatie der Allianzen

Von FLORIAN STUMFALL

Die Luftfahrt ist zuverlässig und erfolgreich; Flugzeuge fliegen, wenn sie nicht gerade zur deutschen Luftwaffe gehören. Die EU dagegen feiert ihre Dauerkrisen in Festreden noch als Erfolgsgeschichte.

Das Prinzip der Zusammenarbeit zwischen Nationalstaaten beschränkt sich nicht allein auf die Luftfahrt. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist der Schengenraum. Es waren die Regierungen von

Deutschland, Frankreich und der Beneluxstaaten, die anno 1985 die uneingeschränkte Reisefreiheit untereinander vereinbarten – doch nicht etwa in der EU, denn Italien war nicht mit von der Partie. Heute gelten die leicht modifizierten Regeln freilich für die ganze EU, aber eben auch für die Nicht-Mitglieder Norwegen, Island, Schweiz und Liechtenstein.

Fragt man allerdings die Bürger nach den Vorteilen der EU, so wird in allen Fällen die Reisefreiheit genannt. Denn Schengen und seine Regeln wurden von der EU vereinnahmt und werden heute als hervorragendes Mittel der Brüsseler Propaganda hergenommen.

Man sieht: Legt man Wert darauf, dass ein Projekt erfolgreich wird, so tut man gut daran, es in die Hände nationaler Regierungen oder, wo angebracht, privater Unternehmen zu legen. Sie beide folgen einem seit Jahrtausenden bewährten

Vorbildliche Aufarbeitung

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Ungarn gedenkt als einziges der Länder, aus denen Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden, jährlich mit einem offiziellen Gedenktag der Deportation seiner deutschen Volksgruppe. Der Gedenktag zur Erinnerung an die „Schwabens“ genannten Ungarn-Deutschen wurde im Dezember 2012 in der ungarischen Nationalversammlung beschlossen und am 19. Januar 2013 zum ersten Mal feierlich begangen.

Anlässlich des 70. Jahrestags der Vertreibung fand auf dem „Alten Friedhof“ in Wudersch (Budaörs) eine Gedenkfeier der ungarischen Regierung im Beisein des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, und BdV-Präsident Bernd Fabritius sowie Otto Heinek, Chef der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, an

der Landesgedenkstätte zur Vertreibung der Ungarndeutschen statt. Am 19. Januar 1946 war von Wudersch aus der erste Deportationszug gestartet.

Nicht nur, dass die Gedenkfeier in deutscher Sprache abgehalten wurde, lässt aufhorchen, sondern auch die Ansprache des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der deutliche Worte fand für die als „Aussiedlung“ bezeichnete „Ausplünderung und Vertreibung der ungarischen Schwaben“ (siehe Seite 17). Orbán bezeichnete das Jahr 1946 als ein „schmerzhaftes, unwürdiges Jahr der ungarischen Geschichte“. Mit der Aufarbeitung der Geschichte hat das Land bereits 1990 begonnen. Unter Heinek gibt es 400 lokale Gliederungen der Deutschen

Minderheit. Seit 2014 können sich Bürger von Minderheiten in ihrer Muttersprache im ungarischen Parlament zu Wort melden.

Orbán lobte den positiven Beitrag der Deutschen in allen Bereichen des Lebens in Ungarn und betonte, dass sich die Zahl der deutschen Schulen verfünffacht und die Anzahl der dort lernenden Schüler verdreifacht habe. Die Gemeinschaft der Ungarndeutschen sei auf 200 000 angewachsen.

Ganz anders sieht die Aufarbeitung in Tschechien oder Polen aus. Zwar wird in Tschechien das Schweigen über die Verbrechen an Deutschen dank Regisseuren wie David Vondráček oder Autoren wie Katerina Tucková (siehe Seite 22) aufgebrochen, eine offizielle Aufklärung seitens der

tschechischen Regierung lässt jedoch auf sich warten.

In Polen hat die Deutsche Minderheit es schwerer als in Ungarn. Obwohl es zahlreiche Partnerschaften im kommunalen und regionalen Bereich sowie einen deutsch-polnischen Partnerschaftsvertrag gibt, und mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 Deutschland von sämtlichen weiteren Reparationszahlungen befreit wurde, fordert Jaroslaw Kaczyński nationalkonservative Regierung erneut Entschädigungen von Deutschland. Während Orbán, dessen Regierung eine vorbildliche Aufarbeitung des an Deutschen begangenen Unrechts vorzuweisen hat, wegen seiner beharrlichen Haltung gegenüber EU-Forderungen, etwa in der Asylkrise, scharf kritisiert wird, gilt Polen als strategisch wichtiger Verbündeter, mit dem man es sich nicht verderben darf.

Orbán verurteilt die Vertreibung der Deutschen scharf



Als Ministerpräsident mit autokratischen Zügen innerhalb der EU stigmatisiert: Der Ungar Viktor Orbán nennt das an den Deutschen verübte Unrecht beim Namen

Bild: Imago Images/Xinhua

sche Lösung befürworten und betreiben. Das ist für Europa, die historische Heimat der persönlichen Freiheit, ein böses Zeichen und stellt gleichzeitig den klaffenden Unterschied zwischen Europa und der EU dar. Denn so wie Brüssel agiert, vertritt es die große Tradition der europäischen Geistesgeschichte.

Das belegt ein Blick auf die von der EU eingeschlossene Schweiz. In Deutschland und weithin in Europa unbeachtet, übt Brüssel auf Bern einen anhaltenden und immer größer werdenden Druck aus. Es geht darum, die Schweizer dazu zu bringen, dass sie mehr und mehr EU-Recht übernehmen und auf diese Weise, wenn nicht formal, so doch funktional Mitglied der Gemeinschaft werden.

Derzeit ist der sogenannte Rahmenvertrag Gegenstand von Verhandlungen, der die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU regeln soll. Das konservative Magazin „Schweizerzeit“ sagt dazu: „Mit dem Rahmenvertrag verlangt Brüssel von der Schweiz einen Blankoscheck, zu dem die EU erst nach Unterzeichnung mitzuteilen bereit ist, wozu sich die Schweiz mit diesem Vertrag verpflichtet hat.“

Warum, so ist man geneigt zu fragen, kann Brüssel die Schweiz nicht in Frieden lassen? Warum ist der EU jede Souveränität ein Dorn im Auge? Wann und wo wird der Größenwahn gestillt sein? Am

Euphrat, in Sibirien oder in der Sahara? Bis heute gibt es keine Festlegung aus Brüssel, wo die Erweiterung beendet sein soll, aber es gibt nach wie vor einen Erweiterungskommissar.

Zentralismus oder die Diplomatie der Allianzen – das ist eine der strategischen Fragen für Europa. Es besteht wenig Hoffnung, dass sie im Sinne der freiheitlichen Tradition des Kontinents beantwortet werden wird.

kaum gehört und noch weniger beachtet. Länder wie Deutschland und Frankreich hatten mehr Gewicht in der Welt, als sie noch souverän waren.

Wie bei Krieg und Kriegsgeschichte, so auch beim Handel. Niemand außer dem kommunistischen China schränkt den freien Handel so stark ein wie Brüssel und Washington. Die USA haben als Modifikation ihres Zentralismus ein Vasallen-System errichtet, in dem sich zu ihrer Überraschung manche Staaten wiederfinden, die davon eigentlich nichts wissen wollen. Wenn etwa die USA Einspruch dagegen erheben, dass Japan im Iran Erdöl einkauft, dann ist das nichts anderes als der US-Anspruch darauf, in dieser

Welt eine starre, befehlsorientierte Ordnung durchzusetzen.

Dem aber steht der freie Handel entgegen, denn er stellt in Abertausenden von Fällen die Summe kleiner Allianzen dar, in denen die Interessen zweier Seiten festgestellt und ausgeglichen werden – ob militärisch oder wirtschaftlich. Die Welt steht vor der Wahl zwischen zwei Ordnungen des internationalen Austausches: Entweder es setzt sich das freiheitliche der Allianzen durch oder das zentralistisch-befehlsorientierte.

Bedenklich ist, dass sich die EU auf der Seite derer befindet, welche die zentralisti-

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltanschauung auf Korn genommen.

Alle Register gezogen

Zum 300. Todestag von Arp Schnitger, dem Meister des Orgelbaus, stehen die Orgelvirtuosen besonders in Pellworm Schlange

Vor 300 Jahren starb Arp Schnitger. Was er der Welt vermacht hat, war eine neue Generation Orgeln, die mit ihrem besonderen Klang heute noch so begehrt sind, dass sich Künstler auf Wartelisten eintragen, um auf einem vom Meister gefertigten Instrument ihre CDs aufzunehmen.

Die Insel Pellworm, in der Nordsee gelegen, ist flach. Sie liegt sogar einen Meter unter Normalnull und ist deshalb von einem acht Meter hohen Deich umgeben, der die Insel bei Sturmfluten davor schützen soll, dass sie wie eine Badewanne vollläuft. Badestrand sucht der Gast hier vergebens. Dafür gibt es eine auffällige Turmruine, die mit ihren trotzigen Mauern entfernt an Überreste einer walisches Burg erinnert.

Das Markenzeichen der Insel wurde als Kirchturm der Kirche St. Salvator erbaut. Diesem gegenüber Stürmen wehrhaften Turm, der bei seiner Erbauung vor mehr als 600 Jahren rund 52 Meter hoch war, ist es zum Teil zu verdanken, dass ein ganz besonderes Kleinod weitgehend unversehrt überdauern konnte.

Im Jahr 1711 hat Orgelbauer Arp Schnitger eine Orgel gebaut, die dafür sorgt, dass St. Salvator heute ein begehrtes Reiseziel auf Pellworm ist. Sie gilt als eine der besten Orgeln Europas. Nicht nur für Nordseetouristen, sondern auch für Musiker aus vielen verschiedenen Ländern, die Einspielungen für Tonaufnahmen mit großer Vorliebe genau hier aufnehmen. Wer einen Namen hat, reißt sich darum, auf dieser Orgel spielen zu dürfen.

Dass die Orgel so einzigartig und begehrt ist, liegt in ihrem Klang begründet. Schnitger hatte wohl ein besonderes Händchen

dafür, Orgelpfeifen zum Klingen zu bringen. Besucher von Orgelkonzerten berichten gerne, dass ihnen die Tränen gekommen seien, weil der Klang seiner Orgeln besonders berührende und bewegende Versionen von bekannten Musikstücken hervorbringen soll. Eine Gabe, die den Künstler vom Handwerker unterscheidet.

Niederlande, Portugal, Brasilien und Russland, aber auch im Alten Land und Hamburg.

So existiert heute noch eine original erhaltene Schnitger-Orgel in der Hervormde Kerk in Nordbroek, Provinz Groningen, in den Niederlande. Eine restaurierte Orgel findet sich in der Kathedrale von Faro (Portugal). Eine weitere Orgel, die Schnitger nach Lis-

Lehre und wurde dort mit dem Orgelbau vertraut gemacht. Nach dem Tod seines Lehrherrn führte er die Orgelwerkstatt als Meister weiter.

Eine gewisse Berühmtheit erlangte er mit dem Bau der weltweit größten Barockorgel seiner Zeit. 1682 erhielt er den Auftrag, eine Orgel für die St.-Nikolai-Kirche in Hamburg zu erschaffen.



Himmlicher Klang: Arp-Schnitger-Orgel in der St.-Salvator-Kirche auf Pellworm Bild: Imago stock & people

Mehr als 150 Orgeln hat Schnitger zu Lebzeiten gebaut oder maßgeblich umgebaut. Damit zählt der Meister der Orgelbauer zu den Produktivsten seiner Zunft. Etwa 30 seiner Kreationen sind erhalten. Die Orgel in der Kirche von Pellworm ist dabei die einzige erhaltene Schnitger-Orgel in Schleswig-Holstein.

Andere Orgeln aus der Werkstatt Schnitgers stehen in den

sabon lieferte, steht inzwischen in der Kathedrale von Mariana, Brasilien. In der Hamburger St.-Jacobi-Kirche ist die größte erhaltene Schnitger-Orgel mit 4000 Pfeifen zu sehen.

Im Jahr 1648 in Schmalenfleth im heutigen Bundesland Niedersachsen als Sohn eines Tischlermeisters geboren, ging Schnitger bei einem Verwandten in Glückstadt an der Unterelbe in die

Schnitger entwarf ein Instrument mit vier Manualen, 67 Registern und mehr als 4000 Pfeifen. Die größte der Pfeifen wog 860 Pfund.

Der große Brand in Hamburg im Jahr 1842 zerstörte die Orgel. Erhalten ist dagegen die 1693 fertiggestellte Schnitger-Orgel in der Hamburger St.-Jacobi-Kirche, die ebenfalls vier Manuale, aber nur 60 Register vorweisen kann. Die Orgel war so beeindruckend, dass

unter anderem Georg Friedrich Händel und Johann Sebastian Bach sie besuchten.

Der Ruhm dieser großen und großartigen Instrumente von Schnitger, die zur norddeutschen Orgelschule zählen, drang auch ins Ausland. So gab Zar Peter der Große von Russland eine Orgel bei dem deutschen Orgelbauer in Auftrag, die in Russland eine Heimat fand, deren Verbleib jedoch nicht bekannt ist. Andere Instrumente aus der Werkstatt Schnitger wurden nach Spanien, England und Dänemark geliefert.

Die Orgel auf Pellworm zählt zu Schnitgers Spätwerk. Da der Meister um den Jahrhundertwechsel sein Orgelkonzept veränderte, unterscheidet sich das Spätwerk in einigen Aspekten der Konstruktion deutlich von den frühen Schnitger-Orgeln.

Einfluss auf die Veränderungen hatte unter anderem Andreas Werckmeister, der Musiker und Musik-Theoretiker war, aber auch als Hoforganist in Quedlinburg und Halberstadt arbeitete. Seine komplexen Musiktheorien, die platonische Philosophie ebenso einbeziehen wie natürliche Theologie, inspirierten Schnitger zu einer Gestaltung, die auf traditionelle Konzepte mit Rückpositiv und Pedalturm verzichtete. Kennzeichnend sind dagegen große Flächen mit Prospektpfeifen.

Der herausragende Klang der Arp-Schnitger-Orgeln basiert zum einen auf hellerem und eleganterem Klang, der mit Klangreinheit einhergeht. Zum anderen zielt Schnitger auf herausragende Harmonie von Grund- und Ober-tönen ab. Den Zungenstimmen kommt bei Schnitger besonders viel Aufmerksamkeit zu. Er setzt auf einen vollen Zungenchor, der mit betonter Basslage den Gemeindechor unterstützen soll.

Die Wirkung ist herausragend und hat heute nichts von ihrer Strahlkraft verloren.

Auch heute wird der norddeutsche Orgelbauer als Virtuose seiner Kunst bezeichnet und der Vergleich herangezogen, er sei im Orgelbau, was Bach in der Musik ist. Auch als Stradivari der Orgelbauer wurde er bereits gelobt.

Da wundert es nicht, dass es auf der Nordseeinsel Pellworm eine Warteliste gibt, in die sich die Organisten eintragen müssen, wenn sie ihre Musik für Aufnahmen auf der zweimanualigen Schnitger-Orgel von St. Salvator einspielen wollen.

Wer sich als Laie den Genuss eines Konzerts auf dieser Orgel gönnen möchte, setzt sich mittwochs am Abend in das mit reichem Schnitzwerk verzierte Gebälk der kleinen, alten Kirche. Der Blick geht auf den Klappflügelaltar aus dem 15. Jahrhundert und den Beichtstuhl von 1691, während die Ohren den virtuosen Orgelklängen lauschen, die die weiß getünchte Kirche erfüllen.

Dass der deutsche Orgelbauer und die deutschen Orgeln seit 2018 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählen, ist auch dem Orgelbauer Schnitger zu verdanken. Den Meister, dessen 300. Todestag in diesem Jahr gedacht wird und von dem nur das Datum seines Begräbnisses in Hamburg-Neuenfelde, der 28. Juli 1719, bekannt ist, würde das gewiss freuen.

Zu Ehren des Orgelbauers gibt es in diesem Jahr in Hamburg eine Reihe von besonderen Veranstaltungen, darunter eine „Orgelnacht-Wanderung“ mit Freiluftkonzerten (www.orgelstadt-hamburg.de). Auch das wäre in Schnitgers Sinne. Das Instrument, das sein Leben geprägt hat, wird damit auf neue Weise erfahr- und erlebbar. *Stephanie Sieckmann*

Dauerbaustelle in Moll

Kölns Oper will nicht fertig werden – Wiedereröffnung erst 2024?

Tempel der Musik sind die Kathedralen der Neuzeit. Man lässt sich viel Zeit damit. Diese Erfahrung haben die Hamburger mit ihrer Elbphilharmonie gemacht. Und diese Erfahrung machen jetzt die Kölner mit ihrer Oper. Dort wird gebaut und gebaut und gebaut.

Offenbachplatz heißt die Stelle in der Mitte Kölns, an der sich Oper und Schauspielhaus befinden – benannt nach dem Komponisten Jacques Offenbach. Der wurde vor 200 Jahren in Köln geboren und wird deshalb zurzeit in der Stadt am Rhein groß gefeiert.

Weniger zu feiern gibt es in Köln, wenn es um die Sanierung des Operngebäudes geht. Hier plagt sich die Stadt seit 2005 in einer scheinbar unendlichen Geschichte mit Baumängeln und steigenden Baukosten herum und muss daher immer wieder den Termin für die Neueröffnung hinausschieben.

So auch kürzlich bei der Vorstellung des neuen Termin- und Kostenplans für die Opersanierung. Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Betriebsleiter der städtischen Bühnen, Bernd Streitberger, nannten Zahlen, die allerdings mit Vorsicht zu genießen sind. So prognostizierte Streitberger die Gesamtkosten nun auf 571 Millionen Euro. Das ist gerade einmal eine Million mehr als bei der letzten Schätzung im Juli 2017. Es könnten, so prophezeite der Betriebsleiter, sogar nur 554 Millionen werden.

Zur Erinnerung: Beim Beschluss im Oktober 2010, Oper und Schauspielhaus zu sanieren – statt Abriss und Neubau – war noch von 253 Millionen Euro Gesamtkosten die Rede. Die Zahlen kletterten immer weiter in die Höhe: 460 Millionen (2015) und schließlich 570 Millionen (2017).

Ähnlich verschoben sich die Termine für die Wiedereröffnung. Von November 2015 war im



Will einfach nicht fertig werden: Kölner Opernhaus Bild: action press

Herbst 2014 noch die Rede. Im Frühsommer 2015 wurde dann tatsächlich der Spielplan der Bühnen gedruckt und veröffentlicht, der am 7. November des Jahres starten sollte. Doch im Juli 2015 hieß es plötzlich, wie im legendären Fußball-WM-Endspiel 1954, „Aus, Aus, Aus. Das Spiel ist aus.“ Mängel in der Haustechnik, vor allem beim Brandschutz, machten dem Spiel ein Ende. Wegen der zahlreichen Baumängel hat die

Stadt Honorarzählungen ausgesetzt. Die Bühnen der Stadt Köln und ein Ingenieurbüro beklagen sich deshalb nun gegenseitig vor Gericht.

Im Juli 2017 wurde neben der Gesamtkostensumme von 570 Millionen Euro das Jahr 2023 als Datum für die neue Spielzeit an den Bühnen genannt. Da ging Streitberger noch von einem Bauende im Jahr 2022 aus.

Jetzt terminierte der Bühnen-Betriebsleiter das Ende der Bauarbeiten auf Mitte 2023. Ob dann bereits im Herbst des Jahres eine neue Spielzeit beginnen kann, erscheint allerdings vielen mehr als fraglich. Freunde der Kölner Oper glauben nicht an einen Spielbeginn vor 2024. Immerhin – dann wäre eine Feier zum 205. Geburtstag von Jacques Offenbach am Offenbachplatz möglich. *Siegfried Schmidtke*

Italien-Sehnsucht

»Wege des Barock« führen nach Potsdam

Zwei Jahre nach seiner Eröffnung schlägt das Potsdamer Museum Barberini eine Brücke zum gleichnamigen Palazzo in Rom, der eine der kostbarsten italienischen Kunstsammlungen beherbergt. Vom 13. Juli bis 6. Oktober werden in der Ausstellung „Wege des Barock. Die Nationalgalerien Barberini Corsini in Rom“ 54 Meisterwerke aus den Sammlungen der Palazzi Barberini und Corsini zu Gast in Potsdam sein, darunter eines der bedeutendsten Werke Caravaggios: sein 1589/99 entstandener „Narziss“.

Der römische Palazzo Barberini birgt eine der wichtigsten Sammlungen römischer Barockmalerei. Zusammen mit dem Palazzo Corsini beherbergt er heute die italienische Nationalgalerie. Die Ausstellung „Wege des Barock“ zeigt erstmals eine repräsentative Auswahl dieser Malerei. Sie zeichnet die von Caravaggio inspirierte Entstehungsgeschichte der römischen Barockmalerei nach und verfolgt deren Einflüsse nördlich der Alpen. Sichtbar wird das an der Sammeltätigkeit Friedrichs des Großen, der für das Neue Palais in Potsdam Werke von Artemisia Gentileschi, Guido Reni und Luca Giordano erwarb.

Maffeo Barberini, der spätere Papst Urban VIII., war der wichtigste Förderer dieses römischen Barock. Bereits vor Erlangung der Kardinalwürde ließ er sich von Caravaggio porträtieren. Als Papst wollte er in seinem Jahrhundert eine kulturelle Blüte in Malerei, Architektur, Literatur und Musik

initiierten, die den Vergleich mit der Renaissance nicht zu scheuen brauchte. In sein Pontifikat fiel die Einweihung des Petersdoms im Jahr 1626, dessen Bau über 100 Jahre zuvor begonnen hatte.

Weil von seinem Palazzo Barberini entscheidende Impulse für die Kunst des Barock ausgingen, nahm Friedrich der Große den Bau zum Vorbild für das Palais Barberini, das er den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts am Alten Markt in Potsdam bauen ließ. Der preußische König hatte sich eine italienische Piazza für Potsdam gewünscht und sich an einem Kupferstich Piranesis orientiert, der den Palazzo Barberini in Rom zeigt. Damit stellte Friedrich eine Beziehung zum Familiensitz der Barberini her und – durchaus ironisch – zum bedeutendsten Kunst-Papst des Barock.

Im Zweiten Weltkrieg zerstört, wurde das Palais von 2013 bis 2016 als moderner Museumsbau wiedererrichtet. Eine Kooperation mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg ermöglichte jetzt die Ausleihe zweier von Friedrich II. erworbener Gemälde von Artemisia Gentileschi, die sich seit 1769 im Neuen Palais befinden. Nach 250 Jahren verlassen sie, eigens für die Ausstellung restauriert, erstmals ihren Standort. Zur Ausstellung gibt es eine Barberini-App mit einem Audioführer, gesprochen vom TV-Moderator Günther Jauch. *H. Tews*

www.museum-barberini.com

MELDUNGEN

Neues Museum der Preußen

Minden – Das in der ehemaligen Defensionskaserne untergebrachte Preußen-Museum in Minden soll 2020 wiedereröffnet werden. Das kündigte der Landschaftsverband Westfalen-Lippe an, der das Museum 2016 übernommen hat. 2014 hatten Finanzierungsprobleme zur Schließung des Museums geführt (die PAZ berichtete). Ebenso mussten 2017 und 2018 angekündigte Wiedereröffnungen verschoben werden. Mit der Historikerin Sylvia Necker fand man nun eine Ausstellungsleiterin, der man zutraut, das Museum mit interaktiven Konzepten für junge Besucher attraktiv zu gestalten. *tws*

Dahlem erhält einen Campus

Berlin – Der Museumskomplex in Dahlem soll zu einem Forschungscampus ausgebaut werden. Das Institut für Museumsforschung und das Rathgen-Forschungslabor sollen dort einziehen. Grund der Veränderung ist das Humboldtforum, für welches 10 000 Objekte vom Dahlemer Ethnologischen Museum sowie vom Museum für Asiatische Kunst umziehen werden. Als neuer Stellvertreter Direktor von Lars-Christian Koch, der nun auch Direktor der Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin im Humboldtforum ist, soll Alexius von Poser den Campus mit aufbauen helfen. *tws*

Die dritte Halbzeit war blutig

Fußballspiel als Vorspiel zum Krieg – Massenimmigration führte vor 50 Jahren zum sogenannten Fußball- oder 100-Stunden-Krieg

Der sogenannte Fußballkrieg wird auch „100-Stunden-Krieg“ genannt, da die Kampfhandlungen nur rund 100 Stunden, nämlich vom 14. bis zum 18. Juli 1969, dauerten. Im Verhältnis zur Kürze ist die Zahl der Opfer mit 2100 Toten und 6000 Verwundeten hoch. Andere Quellen sprechen sogar von 6000 Toten, 15 000 Verletzten und 50 000 Ausgebombten.

Ungeachtet seiner Bezeichnung liegt die Ursache für den Fußballkrieg zwischen El Salvador und Honduras nicht in der schönsten Nebensache der Welt, sondern in einer Massenwanderung von 300 000 Armutsfüchtlingen von El Salvador nach Honduras, die im Zielland der Migration nicht als kulturelle Bereicherung betrachtet wurde.

Mehr noch als heute war vor fünf Jahrzehnten das mittelamerikanische El Salvador ungleich stärker besiedelt als dessen Nachbarstaat Honduras. Während in El Salvador rund 2,5 Millionen Menschen auf rund 21 000 Quadratkilometern lebten, teilten sich in Honduras nur 1,9 Millionen Einwohner etwa 112 000 Quadratkilometer. Zu diesem Ungleichgewicht kam eine Großgrundbesitzerfreundliche Politik des salvadorianischen Präsidenten General Fidel Sánchez Hernández. Das Ergebnis war eine Massenmigration von 300 000 Armutsfüchtlingen von El Salvador nach Honduras.

Über diese war die Regierung in San Salvador nicht unglücklich, nahm sie im eigenen Land doch Dampf aus dem Kessel. Dafür sorgte sie für sozialen Unmut in Honduras. Dort plante die Regierung eine Agrarreform, die zu einem Interessensausgleich zwischen den Großgrundbesitzern und den Kleinbauern des Landes auf Kosten der Einwanderer führen sollte. Am 30. April 1969 forderte Honduras' Regierung die Immigranten auf, innerhalb der nächsten 30 Tage in ihre Heimat zurückzu-

kehren. Ab Mitte des Jahres verschaffte die paramilitärische Gruppe „Macha Brava“ dieser Aufforderung der Regierung Nachdruck mit Angriffen auf die Einwanderer.

In dieser angespannten Lage kam der Fußball ins Spiel. Bei den Qualifikationsspielen zur Fußballweltmeisterschaft 1970 in Mexiko trafen vor 50 Jahren El Salvador und Honduras im Halbfinale aufeinander. Entsprechend dem Reglement gab es ein Hin- und ein Rückspiel sowie im Falle eines an-

lärm, sodass zumindest in El Salvador sich die Interpretation breit machte, Übermüdung der eigenen Mannschaft sei für deren Niederlage verantwortlich gewesen.

Eine Woche später kam es in El Salvador im doppelten Sinne zur Revanche. Nun ließen die Fußballanhänger aus El Salvador die Gäste aus Honduras kaum schlafen, und in der Tat gewann diesmal El Salvador, und zwar mit 3:0. Da die Tor-differenz laut Reglement keine Rolle spielte, herrschte also ein Patt

ners Mauricio „Pipo“ Rodríguez in der 101. Minute. El Salvador war im Finale der Qualifikation, Honduras ausgeschieden.

Wie schon nach dem zweiten kam es auch nach diesem dritten Spiel zu schweren Ausschreitungen und Auseinandersetzungen zwischen den Fans der Kontrahenten. Menschen verloren dabei ihr Leben.

In der Folge verschlechterte sich der ohnehin schon schwierige Stand der salvadorianischen Ein-

gen vorgeworfen. Zwei Tage nach dem Spiel wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen.

Am 14. Juli 1969 überfiel El Salvador Honduras. Ohne vorherige Kriegserklärung ließ Sánchez Hernández den Flughafen von Honduras' Hauptstadt Tegucigalpa durch alte Weltkriegsmaschinen und Cessnas bombardieren. Honduras schlug zurück. Die Luftstreitkräfte der beiden Entwicklungsländer waren von alten Weltkriegsmaschinen geprägt, und so

litische Lösung. Im Angesicht von Sanktionsdrohungen sah sich die salvadorianische Seite gezwungen, ihren Vormarsch abzubrechen und die Kampfhandlungen einzustellen. El Salvador wurde von der OAS als Aggressor eingestuft und aufgefordert, seine Truppen hinter die Grenze zurückziehen. Am 29. Juli stimmte die salvadorianische Regierung nolens volens zu. Am 4. August verließen die letzten Invasoren Honduras.

Seine Kernforderung, ein Bleibe-recht seiner Migranten in Honduras, konnte San Salvador nicht durchsetzen. Honduras konnte also die Ausweisung der Einwanderer fortführen.

Nicht nur, dass der militärisch erfolgreiche Aggressor sein Kriegsziel verfehlte, der Krieg brachte ihm abgesehen von den Kriegsoffern auch noch handfeste wirtschaftliche Nachteile. Honduras behinderte fortan den Export seines Nachbarn über eigenes Gebiet und zog sich aus dem Zentral-amerikanischen gemeinsamen Markt (MCCA) zurück, was diesen vorläufig bedeutungslos machte. Das traf El Salvador nicht unerheblich. Zum einen ist dieser Staat relativ klein, dicht besiedelt und stark industrialisiert, was zu einer entscheidenden Abhängigkeit von grenzüberschreitendem Handel führt. Zum anderen liegt Honduras nicht nur zwischen El Salvador und dem Atlantik, sondern auch zwischen El Salvador und den MCCA-Partnerstaaten Nicaragua und Costa Rica.

Mehr noch als diese Handelshemmnisse trug jedoch die durch den Fußballkrieg nicht gestoppte Rückführung von 300 000 Armutsfüchtlingen zur Verschärfung der sozialen und wirtschaftlichen Lage in El Salvador bei, die schließlich zum elfjährigen Bürgerkrieg führte. 1980 begann dieser Bürgerkrieg. Ebenfalls 1980 wurde der Fußballkrieg mit einem Friedensvertrag endlich auch formal beendet. *Manuel Ruoff*



Auf dem Weg zur Front: Truppen Honduras' am 18. Juli 1969 in Nueva Ocotepeque

Bild: Ullstein

schließenden Patts ein entscheidendes drittes Spiel in einem dritten Land.

Das erste Spiel fand am 8. Juni 1969 in Honduras statt. Die Gastgeber gewannen mit 1:0. Wie emotional aufgeladen das Duell war, zeigt die Tatsache, dass sich eine 18-jährige Generalstochter aus El Salvador nach der Niederlage der Mannschaft ihres Landes mit der Pistole ihres Vaters erschoss. Die Fans in Honduras hatten in der Nacht vor dem Spiel vor dem Hotel der Gäste aus El Salvador ge-

und ein Spiel in einem dritten Land musste die Entscheidung bringen. Am 26. Juni 1969 traten die beiden Mannschaften in Mexiko-Stadt an, und zwar im Aztekenstadion, in dem im Folgejahr das berühmte, legendäre „Jahrhundertspiel“ Bundesrepublik gegen Italien stattfand. Wie beim Jahrhundertspiel herrschte auch beim Spiel El Salvador gegen Honduras nach der regulären Spielzeit Gleichstand. Der Fußballkrimi ging in die Verlängerung. Die Entscheidung brachte schließlich das 3:2 des Salvadoria-

wanderer in Honduras. Die Regierung in San Salvador reagierte hierauf scharf. Einerseits gehörte es zu ihren Aufgaben, auch die Interessen von Bürgern im Ausland zu vertreten. Andererseits hatte sie kein Interesse daran, dass sich durch die Rückwanderung eigener Armutsfüchtlinge im großen Stil die soziale Lage im eigenen Land verschärfte. In El Salvador wurden dem Nachbarn im Zusammenhang mit der Behandlung der emigrierten Landsleute Völkermord, Folter, Kastrationen und Vergewaltigun-

gen kam es in diesem Krieg noch einmal zu Luftkämpfen zwischen Propellermaschinen, den letzten im längst angebrochenen Zeitalter des Düsenflugs.

Dem Luftschlag folgte zu Lande ein Vorrücken salvadorianischer Truppen. Diesem Vormarsch hatte Honduras kaum etwas entgegenzusetzen. Nachdem die Salvadorianer etwa 70 Kilometer tief ins Feindesland einmarschiert waren, forderten die Vereinten Nationen, vor allem aber die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), eine po-

Wie ein Passagierdampfer mit Flügeln

Das Flugboot Dornier Do X war das bis dahin größte Flugzeug der Welt – Der Jungfernflug vor 90 Jahren war nicht geplant

Die Dornier Do X ging als größtes Flugzeug ihrer Zeit in die Luftfahrtgeschichte ein. Sie hob am 12. Juli 1929 vom Bodensee zu ihrem ersten Flug ab. Zur damaligen Zeit waren nur die Luftschiffe des Zeppelin-Typs größer. Mit 40,9 Metern Rumpflänge und einer Spannweite von 48 Metern war sie damals einzigartig in der Luftfahrt. Sie sollte auf drei übereinanderliegenden Decks zahlende Passagiere mit bisher in Flugzeugen nicht gekanntem Luxus befördern.

Claude Dornier begann im Herbst 1925 mit den ersten Entwürfen. Seine ersten Studien für die spätere Do X datierten von 1924. Seinem Unternehmen, der Dornier Metallbauten GmbH, ging es Mitte der 1920er Jahre schlecht. Dornier hatte zwar mit seinen „Wal“-Flugbooten einen Welterfolg gelandet, aber die Produktionsauslastung des Werks war gering. In dieser angespannten Situation stand ein Darlehen des Reichsverkehrsministeriums über mehrere hunderttausend Reichsmark zur Rückzahlung an.

Da bot ihm die Reichsmarine, namentlich der Chef der Seetransportabteilung, Kapitän zur See Walter Lohmann, an, den Bau eines Groß-Flugbootes zu finanzieren. Allerdings floss das Geld nicht direkt aus dem Reichsetat an Dornier. Stattdessen stellte das Reichsverkehrsministerium

auf Vorschlag von Reichswehr- und Finanzministerium zunächst 3,5 Millionen Reichsmark bereit. Zwei Millionen Mark waren für den Bau eines neuen Flugzeugwerks bestimmt, 1,5 Millionen dann für den Bau des eigentlichen Flugzeugs. Die Reichsmarine förderte das Projekt, weil sie an einem Langstreckenflugzeug zum Einsatz als Aufklärer, Torpedoträger oder Minenleger interessiert war.

Um seine Do X zu bauen, musste Dornier ans andere Ufer des Bodensees in die Schweiz umziehen. Denn zum damaligen Zeitpunkt verbot das Versailler Diktat Deutschland noch den Bau von Flugzeugen in dieser Größe. Also entstand in Altenrhein am Schweizer Bodenseeufer ein neues Werksgelände.

Im April 1927 gab Erhard Milch, damals Luft-Hansa-Direktor, eine Rentabilitätsprüfung für die Do X in Auftrag. Die Studie ging dabei von sechs Flugbooten aus, die zwischen Lissabon und New York verkehren und dabei Zwischenstopps auf den Azoren und auf Neufundland einlegen sollten. Die Prüfung fiel positiv aus. Die Studie rechnete mit Anschaffungskosten von 3,2 Millionen Reichsmark pro Flugboot samt Motoren und bezifferte den Gesamtkapitalbedarf zum Aufbau des Linienbetriebs mit 30 Millionen Mark. Die wirtschaftliche Realität einige Jahre

später sah dann jedoch völlig anders aus.

1927 hing die Finanzierung des Projekts am seidenen Faden, als das „Berliner Tageblatt“ aufdeckte, dass die Reichsmarine den Bau der Do X aus schwarzen Konten förderte. Das Reichsverkehrsministerium jedoch sprang in die Bresche.



Bei der Landung: Eine Dornier Do X

Bild: Imago

Ende 1928 begann in Altenrhein der Bau der Do X-1. Im Sommer 1929 war das Flugboot fertig. Am 9. Juli 1929 wurde es erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Erstflug drei Tage später war hingegen nicht geplant gewesen. Die Besatzung hatte das Boot eigentlich nur zu einer Rollübung auf den See hinaus gebracht. Aber

beim Gleiten unter Vollgas hob die Do X vollständig ab. Pilot Richard Wagner hatte wohl ein wenig zu stark am Steuerhorn gezogen.

Den Antrieb bildeten zunächst zwölf Siemens-Jupiter-Motoren von je 525 PS in sechs Tandemgondeln auf der Tragfläche. Aber sie waren für das beim Start

stet als vorgesehen. Weil auch der zu erwartende Kaufpreis für die Serienflugboote höher ausfallen würde, entschied das Reichsverkehrsministerium, keine weiteren Exemplare zu bestellen.

Claude Dornier stellte die Leistungsfähigkeit der Do X mit einem Flug am 21. Oktober 1929 unter Beweis. Mit zehn Besatzungsmitgliedern und 159 Passagieren an Bord absolvierte das Flugboot einen 53 Minuten langen Rundflug über dem Bodensee. Trotzdem wollten sich keine Aufträge für weitere Flugboote einstellen. Also schickte Dornier die Do X im November 1930 auf eine Werbetour, die am Ende zwei Jahre dauern sollte. Nach Zwischenstationen in Europa, Westafrika und Südamerika erreichte sie am 27. August 1931 New York. Der Flug erregte große Aufmerksamkeit.

Aber in New York saßen Flugschiff und Besatzung über ein Jahr fest. Die Motoren mussten für Wartung und Reparaturen ausgebaut werden, am Flugzeug selbst waren Reparaturen nötig. Durch die Weltwirtschaftskrise ging Dornier das Geld aus, und auch die anderen Förderer waren plötzlich klamm. Hoffnungen, die Dornier in Vercharterung und Verkäufe weiterer Flugboote gesetzt hatte, zerschlugen sich. Zur Jahreswende 1931/32 war Dornier mit Lohnzahlungen im Rückstand, so-

50 Tonnen schwere Flugschiff nicht leistungsfähig genug. Anfang 1930 wurden sie gegen zwölf US-amerikanische Curtiss-Motoren von je 640 PS ausgetauscht.

Finanziell machte das Flugschiff Probleme. Sein Bau war wesentlich teurer als geplant. Bis zum Erstflug hatte die Do X bereits 900 000 Reichsmark mehr geko-

stet als vorgesehen. Weil auch der zu erwartende Kaufpreis für die Serienflugboote höher ausfallen würde, entschied das Reichsverkehrsministerium, keine weiteren Exemplare zu bestellen.

Claude Dornier stellte die Leistungsfähigkeit der Do X mit einem Flug am 21. Oktober 1929 unter Beweis. Mit zehn Besatzungsmitgliedern und 159 Passagieren an Bord absolvierte das Flugboot einen 53 Minuten langen Rundflug über dem Bodensee. Trotzdem wollten sich keine Aufträge für weitere Flugboote einstellen. Also schickte Dornier die Do X im November 1930 auf eine Werbetour, die am Ende zwei Jahre dauern sollte. Nach Zwischenstationen in Europa, Westafrika und Südamerika erreichte sie am 27. August 1931 New York. Der Flug erregte große Aufmerksamkeit. Aber in New York saßen Flugschiff und Besatzung über ein Jahr fest. Die Motoren mussten für Wartung und Reparaturen ausgebaut werden, am Flugzeug selbst waren Reparaturen nötig. Durch die Weltwirtschaftskrise ging Dornier das Geld aus, und auch die anderen Förderer waren plötzlich klamm. Hoffnungen, die Dornier in Vercharterung und Verkäufe weiterer Flugboote gesetzt hatte, zerschlugen sich. Zur Jahreswende 1931/32 war Dornier mit Lohnzahlungen im Rückstand, so-

Dornier baute 1931 noch zwei weitere Do X für die italienische Fluggesellschaft SANA. Beide waren kaum wirtschaftlich zu betreiben. Die X2 wurde 1935 verschrottet, die X3 zwei Jahre später. *Friedrich List*

Ein zweites Kuba auf dem Festland

Die sozialistischen Sandinisten stürzten vor 40 Jahren den von den USA protegierten Diktator Anastasio Somoza Debayle

Vor 40 Jahren stürzten die Rebellen der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) das Regime des seit 1933 über Nicaragua herrschenden Somoza-Clans. Dies war der zweite Sieg einer linksorientierten Befreiungsbewegung in Lateinamerika seit dem Triumph von Fidel Castros Guerilleros über den Diktator Fulgenico Batista. Allerdings führte er genau wie in Kuba nicht zur Schaffung demokratischer Verhältnisse.

Von 1927 bis 1933 herrschte in dem kleinen zentralamerikanischen Land Nicaragua Bürgerkrieg. In diesem obsiegte am Ende der Familienclan der Somozas – nicht zuletzt deshalb, weil Anastasio Somoza Garcia, der Oberbefehlshaber der Nationalgarde, den populären Anführer seiner sozialrevolutionären Gegner, Augusto César Sandino, ermorden ließ. Danach etablierten die Somozas ein zutiefst diktatorisches und korruptes System, das trotz seines undemokratischen Charakters großzügige Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfen aus den USA erhielt.

Das war auch 1967 noch so, als das Präsidentenamt an Anastasio Somoza Debayle ging. Unter der Herrschaft dieses Fast-Milliardärs und Fünf-Sterne-Generals der Nationalgarde verstärkte sich 1974 der Widerstand gegen das Somoza-Regime massiv. Dabei trat die 1961 gegründete, sozialistische Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN, Sandinistische Nationale Befreiungsfront) bald an dessen Spitze.

Am 27. Dezember 1974 nahm ein FSLN-Kommando in der Villa des Somoza-Ministers José María Castillo Quant um die 20 Geiseln und erzwang auf diesem Wege die Freilassung von acht inhaftierten Gesinnungsgenossen. Daraufhin rief Somoza den Ausnahmezustand aus, der bis zum 19. September 1977 andauerte. Danach begannen die Sandinisten eine Offensive gegen die Nationalgarde, die jedoch scheiterte. Wenig später befahl Somozas ältester Sohn die Ermordung des regierungskritischen Zeitungsverlegers und Vorsitzenden der oppositionellen Unión Democrática de Liberación (UDEL, Demokratische Union für die Befreiung), Pedro

Joaquín Chamorro Cardenal, der als potenzieller neuer Präsident Nicaraguas gehandelt wurde. Die Folge hiervon waren heftige Straßenkämpfe zwischen Demonstranten und der Guardia Nacion-

alen Forderungen der Sandinisten in allen Medien Nicaraguas publik gemacht wurden.

Für Somoza war dies die schwerste propagandistische Niederlage seiner gesamten Amts-

nun zunehmend von dem Diktator und stellten schließlich auch ihre Militärhilfe ein. In dieser Zeit kam es zu einer Einigung zwischen den konkurrierenden Flügeln der FSLN, woraufhin diese im Mai

sein Schwager Francisco Urcuyo als neuer Übergangspräsident fungieren und die Macht an die Sandinisten übergeben sollte. Allerdings bestand Urcuyo, zuvor Parlamentspräsident des Landes,

Letztgenannten bereits im August kaltgestellt wurden, sodass die Kontrolle über Nicaragua danach ausschließlich in den Händen der Sandinisten lag.

Diese waren zumeist wohlbehütet aufgewachsene und noch sehr junge Söhne oder Töchter vermöglicher Vertreter des Bürgertums, die gegen die Generation ihrer Eltern opponierten, weil diese sich in ihren Augen zu sehr an den USA orientiert und im Luxus geschwelgt habe. Deshalb sprach die kubanische Revolutionsikone Fidel Castro, eigentlich ein Erzfeind von Somoza, ernüchtert von „Kindern, die Revolution machen wollen, aber einen Fehler nach dem anderen begehen“. Und tatsächlich kam es in Nicaragua bald zur vollkommenen Desorganisation der Wirtschaft, während die Inflationsrate sukzessive auf 36 000 Prozent stieg. Das tägliche Leben unter den Sandinisten wurde durch Armut, Versorgungsgänge sowie eine ausufernde Bürokratie und Zensur geprägt. Außerdem erklärte das neue Regime in Managua den Miskito-Indianern den Krieg und deportierte diese aus ihren Siedlungen an der Karibik-Küste ins Landesinnere. Letztendlich herrschte in Nicaragua also genauso wenig Demokratie wie unter dem Somoza-Clan, weshalb die ersten wirklich freien Wahlen nach dem Sieg der Sandinisten auch erst im Jahre 1990 stattfanden. Das hinderte die damals schon sehr zahlreichen linken Romantiker im Westen sowie die Regierungen des Ostblocks nicht daran, sich mit der Ortega-Junta solidarisch zu zeigen. Und dann waren da noch derart berühmte Sympathisanten wie der PLO-Chef Jassir Arafat, Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi und die Mullahs in Teheran.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Bevölkerung Nicaraguas die Sandinisten am 25. Februar 1990 abwählte. Allerdings gelang Daniel Ortega 16 Jahre später erneut der Sprung ins Präsidentenamt. In dem hält er sich bis heute, indem er die zunehmenden Proteste der Bevölkerung gegen seine Politik in diktatorischer Manier mit Waffengewalt unterdrücken lässt.

Wolfgang Kaufmann

Jubel über den Sieg: Sandinistische Revolutionäre fahren Fahnen schwenkend auf einem gepanzerten Fahrzeug am 19. Juli 1979 durch Nicaraguas Hauptstadt Managua.

Bild: Imago images/Belga



Am 22. August 1978 besetzten zwei Dutzend Kämpfer der FSLN unter der Führung von Edén Pastora Gómez alias Comandante Zero den Nationalpalast in Managua. Dabei fielen ihnen nun sogar 1500 Geiseln in die Hände, darunter auch José Somoza Abrego und Luis Paillais Debayle, beides enge Verwandte von Präsident Somoza. Durch diese Aktion gelang es, weitere 60 FSLN-Mitglieder aus dem Gefängnis freizupressen und durchzusetzen, dass die politi-

zeit. Sie bildete das Startsignal für einen allgemeinen Aufstand im Lande, der am 9. September 1978 losbrach und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führte. Bei den heftigen Kämpfen zwischen der FSLN, anderen bewaffneten Zivilisten und der Nationalgarde kamen bis zu 30 000 Nicaraguaner ums Leben; weitere 150 000 flüchteten nach Costa Rica und Honduras. Zunächst behielten die Truppen Somozas die Oberhand – allerdings distanzieren sich die USA

und Juni 1979 die Kontrolle über 20 größere Städte erlangen konnten. Zu diesem Zeitpunkt war das Somoza-Regime international fast vollkommen isoliert und militärisch kaum noch handlungsfähig.

Deshalb floh Somoza am 17. Juli 1979 nach Florida – unter Mithilfe seiner Mätresse Dinorah Sampson, der Staatskassiererin, der Särge von Vater und Bruder, diverser Geheimakten und zweier Papegeien. Zuvor hatte er mit der US-Regierung ausgehandelt, dass

plötzlich darauf, das Amt bis 1981 auszuüben. Daraus wurde jedoch nichts, weil die in Auflösung befindliche Nationalgarde vor den Sandinisten kapituliert.

Am 19. Juli 1979 übernahm eine „Regierungsjunta des nationalen Wiederaufbaus“, bestehend aus den FSLN-Vertretern Daniel Ortega, Sergio Ramírez und Moisés Hassan Morales sowie den Unternehmern Alfonso Robelo Callejas und Violeta Barrios de Chamorro, die Herrschaft, wobei die beiden

Die Geschäfte liefen wie geschmiert

Warum mit der Margarine trotzdem nicht alles in Butter war

Wie jeder Heerführer wusste Kaiser Napoleon III., dass Schlachten nicht nur auf dem Feld, sondern auch in der Feldküche entschieden werden. Hunger in der Truppe ist ein gefährlicher Feind. Die Verpflegung der Soldaten war teuer, vor allem die Beschaffung von Butter ging ins Geld. 1867 beauftragte der Neffe von Napoleon Bonaparte den Chemiker Hippolyte Mège-Mouriès, eine künstliche Butter zu erfinden. Zwei Jahre lang mixte der Chemiker Wasser, Nierenfett und zerstoßene Kuhheute zu einem Brotaufstrich, der Butter ähnlich sah und wohl zumindest ähnlich schmeckte. Am 15. Juli 1869 reichte er die „Beurre économique“ (preiswerte Butter) zum Patent ein. Weil das Fett aus dem Labor weiß schimmerte, wurde der Name später klangvoll in „Margarin“ geändert, hergeleitet von dem griechischen Wort für Perle, „margarita“.

Geholfen hat die Margarine Napoleon nicht. Der Krieg 1870/71 gegen Deutschland lief für Frankreich nicht wie geschmiert. Er endete mit einer Niederlage und

der Gefangennahme des Kaisers, eine Schmach, welche die Franzosen den Deutschen lange nicht verzeihen. Die Margarine aber trat einen Siegeszug an. Mège-Mouriès verkaufte das Patent zur Herstellung an die holländische Firma Anton Jurgens, welche die „Kunstbrot“ auch nach Deutschland lieferte. Das Deutsche Reich schottete sich zwar zum Schutz seiner Landwirte und Molkereien mit Zöllen gegen die Einfuhr ab, doch Jurgens und sein Konkurrent Simon van den Bergh wussten sich zu wehren. Die Niederländer gründeten 1888 Unternehmen kurz hinter der Grenze zu Deutschland in Goch und Kleve am Niederrhein. Bald arbeiteten über 1200 Angestellte für die finnischen Holländer „op de Boter“. Die beiden Firmen schlossen sich später zur Margarine-Union zusammen, die 1929 mit dem britischen Seifenhersteller Lever Brothers zu Unilever fusionierte.

Zunächst wurde Margarine mit billigen Tierfetten aus Argentinien, Australien und Neuseeland produziert. Auch Tran vom Wal wurde beigemischt. Durch den Zu-

satz von gelben Ölen erreichten die Hersteller, dass das Produkt aus dem Labor von der Butter optisch nicht zu unterscheiden war. Auf den Wochenmärkten wurde geschummelt, was das Zeug hielt. Wo Butter dran stand, war nur Margarine oder ein Mix aus beiden Fetten drin.

Die Landwirte und Meieristen setzten durch, dass Margarine nur in Würfelform verkauft werden durfte und mit einer Banderole gekennzeichnet werden musste. Die Forderung, das Kunstfett blau, rot oder braun zu färben, ging dem Reichs- und preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft dann doch zu weit. Das „bunte Kleid“ wurde abgelehnt. Die sozialdemokratische Presse schrieb: „Das arme Schulkind will von dem wohlhabenden nicht auch dadurch unterschieden sein, dass die Butter auf seinem Butterbrot braun ist“.

Der Arm des Gesetzes reichte nicht bis an die Herde in Gaststätten. Dort war der Betrug weiter an der Tagesordnung. Die „Deutsche Apothekezeitung“ berichtete 1897: „Gegen die Verwendung von

Margarine bei der Herstellung der Butterbrote in Bahnhofswirtschaften richtet sich eine Verfügung der kgl. Eisenbahndirektion Berlin. Die heimliche Verwendung von Margarine statt Butter soll mit Vertragskündigung geahndet werden.“

Margarine und Butter teilten die Gesellschaft. Der billige Brot-aufstrich kam in den Familien von Arbeitern und kleinen Angestellten auf den Tisch, das Erzeugnis von der Kuh in den Speisekammern der „Herrschaften“. 1924 brachte Van den Bergh eine Sorte für den feineren Geschmack, die Delikatessmargarine „Schwan im Blauband“, auf den Markt, Jurgens hielt mit „Rahma“ dagegen. Coco aus Usambara machte Werbung für „Rahma buttergleich“. Das missfiel den Wettbewerbshütern. Jeder Hinweis auf Butter wurde verboten, und das „h“ musste verschwinden. In den 50er Jahren löste das rotbackige Ramamädchen in Tracht, umrahmt von Delfter Kacheln, den Jungen Coco als Werbeträger ab. Rama war und ist die meistverkaufte Margarine-sorte.

Ein Lebensmittelskandal verhängte dem Marktführer Unilever in den 50er Jahren die Bilanzen. Schätzungsweise 100 000 Holländer waren von einer rätselhaften fiebrigen Hautkrankheit betroffen. Auch Deutsche erkrankten. Die Ursache wurde in schädlichen Inhaltsstoffen in Margarine vermutet. Die Staatsanwaltschaft von Rotterdam verbot den Verkauf sämtlicher 56 von Unilever produzierten Sorten.

Der Palmölskandal ließ die Vorstandsetage 2010 abermals erbeben. Wegen des Imports von Palmöl aus Sumatra und Borneo geriet der Konzern in Konflikt mit Umweltschützern. Für den Anbau von Ölpalmen werden große Flächen des Regenwalds gerodet und Kleinbauern verjagt. Die Initiative „Rettet den Regenwald“ richtete einen flammenden Appell an das Gewissen der Margarine-Esser: „Haben Sie heute schon Rama aufs Brot gestrichen? Sie schmeckt wie immer, sieht aus wie immer – doch was sie enthält, will ihr Hersteller Unilever lieber verschweigen: Palmöl, und damit das Blut von Indigenen und Bau-

ern in Indonesien, die für dessen Anbau bedroht, beschossen, verhaftet und vertrieben werden. Bitte protestieren Sie mit uns!“ Das wirkte. Unilever verpflichtete sich, nur noch Palmöl aus nachhaltigem Anbau zu verwenden.

Ob Margarine gesünder ist als Butter, darüber streiten seit Jahrzehnten die Experten. Dass die gesättigten Fette in der Butter, die Transfette, generell dick machen und Herzinfarkte fördern, gilt inzwischen als widerlegt. Butter enthält natürliche Vitamine und Nährstoffe, in der Margarine werden künstliche zugesetzt. Bei der Kalorienzahl schneidet die Butter kaum schlechter ab als die Margarine. 100 Gramm Butter enthalten 750 Kilokalorien, die gleiche Menge Vollfettmargarine 720.

Unilever ist seit 2018 nicht mehr „op de Kunstbrot“. Der Umsatz war in den vergangenen Jahren erheblich geschrumpft, während der von Butter stabil blieb. Der Konzern hat die Margarinesparte, die ihn groß gemacht hat, an einen Finanzinvestor verkauft. Der hofft, noch viel fetten Gewinn einstreichen zu können. Klaus J. Groth

Frau aus der Mitte

Ex-Grüne Antje Hermenau will Sachsens »Freie Wähler« in den Landtag führen

Als Landesgeschäftsführerin der „Freien Wähler Sachsen“ ist Antje Hermenau optimistisch. Die auf kommunaler Ebene sehr erfolgreiche Gruppierung strebt bei der Wahl am 1. September den Einzug in den Landtag an. Die aktuellen Umfragewerte – gerade einmal drei Prozent – sind zwar nicht gerade dazu angetan, hoffnungsfroh in Richtung des entscheidenden Tages zu blicken, aber Hermenau strebt laut „Leipziger Volkszeitung“ sogar 15 Prozent an. Ur-

Sie hat auch auf AfD-Veranstaltung gelesen

sprünglich wollte sie nicht kandidieren, sondern nur beratend tätig bleiben. Nun steht sie auf Listenplatz 20. Um hier zum Zuge zu kommen, müsste das von ihr genannte Stimmenziel erreicht werden.

In Wahlkämpfen erfolgreich geschlagen hat sich Hermenau, die auf ein Vierteljahrhundert parlamentarische Erfahrung zurückblicken kann, durchaus, und zwar bei den Grünen. Die gebürtige Leipzigerin war als Lehrerin für Deutsch und Englisch tätig, bevor sie im Zuge der friedlichen Revolution zur Politik kam. 1990 zog

sie in den sächsischen Landtag ein. Von 1994 an saß sie im Bundestag. In dieser Zeit absolvierte sie ein zusätzliches Studium der Verwaltungswissenschaften. Hier handelt es sich um einen der wohl äußerst seltenen Fälle, in denen bereits etablierte Politiker sich nicht zu schade sind, zusätzliche Fachkompetenzen zu erwerben. 2004 kehrte sie als Spitzenkandidatin in den Landtag zurück, sie war Fraktionsvorsitzende und verteidigte ihr Mandat auch bei den beiden folgenden Wahlen. 2014 zog sie sich zurück. Als Grund gab sie an, dass sie die Blockade der Grünen gegen eine eventuelle Koalition mit der CDU nicht mittragen wollte. 2015 verließ sie die Partei schließlich ganz. In deren sich immer straffer ausformende linke Linie hatte sie ohnehin immer weniger gepasst.

Gesprächsverweigerer ihrer inzwischen ehemaligen Partei haben kritisiert, dass sie im Rahmen einer AfD-Veranstaltung aus einer von ihr verfassten Streitschrift las. Hermenau äußerte auch, dass eine Reihe von Fragen, die durch „Pegida“-Demonstrationen in den Fokus gerückt wurden, durchaus „berechtigt“ sei.

Nunmehr hat Hermenau ihre politische Heimat bei den „Freien Wählern“ gefunden, die von ihrer Bekanntheit profitieren. Heimat ist übrigens eines ihrer Stichwor-

te. Gegenüber der „Zeit“ erklärte sie: „Ich habe kein überhöhtes Verhältnis zu Europa. Aber ich habe eine Heimat.“ Auf Sachorientierung legt sie Wert und ist der Meinung, dass Demokratie offensichtlich in kleinen Einheiten besser funktioniert. Sie empfiehlt den „Mittelweg“: Es stehe ja nicht im Grundgesetz, „dass sich eine Partei links oder rechts verorten muss“.

Über ihre Heimat hat sie nun ein kleines Büchlein verfasst: „Ansichten aus der Mitte Europas. Wie Sachsen die Welt sehen“ (Evangelische Verlagsanstalt Leipzig). In einem angenehm augenzwinkernden Stil geht Hermenau den vielfach auch historisch erklärbaren Grundprägungen ihrer Landsleute nach. Etwa: „Die Sachsen möchten von jemandem regiert werden, der sich als Geschäftsführer der Sachsen GmbH versteht. Der soll den Leuten nicht mit erhobenem Zeigefinger in die Feierabendgestaltung reinquatschen und darf ihnen nicht zu viel vom sauer verdienten Geld per Steuer abknöpfen, sondern möchte bitte einfach dafür sorgen, dass alles ruhig und ordentlich läuft.“ Es geht unter anderem um die Leistungsbereitschaft der Sachsen und deren Unverständnis darüber, warum das zuvor wichtige staatliche Sparen bei der „Griechenlandrettung“ 2011 und ab 2015 „mit dem Einlass sehr



Antje Hermenau Bild: Imago

vieler Menschen in die sozialen Sicherungssysteme“ offenbar keine Rolle mehr spielte. Es geht um die unerwünschte „europäische Republik“. Um „Druck im Kessel“, wenn Probleme von oben negiert werden. Um den Blick zu den Visegrád-Staaten, die den Sachsen in vielerlei Hinsicht näher sind als der „Westen“. Und: „Dialekt ist Seele.“

Vor allem für Nicht-Sachsen gibt es in dem Büchlein viel zu lernen. Natürlich ist es auch ein Stück Wahlkampf. Man mag hinzufügen: Ein gelungenes. Ziehen die „Freien Wähler“ im Herbst tatsächlich in den sächsischen Landtag ein, mit oder ohne Antje Hermenau, dürften sie ein gefragter Koalitionspartner sein.

Errik Lommatzsch



Moment der Woche

Nach Beobachtungen der EU-Grenzschutz-Agentur Frontex ist er die neueste Masche der Schlepper-Organisationen auf dem Mittelmeer: der „Mutterschiff-Trick“.

Dabei werden die Asylsucher zunächst im Bauch eines größeren Schiffes von Afrika aufs offene Meer und in die Nähe der italienischen Küste gebracht. Das „Mutterschiff“ führt eines oder mehrere kleine Boote im Schlepptau.

Kurz von Italiens Küste steigen die Passagiere dann in die kleineren Boote um, wie in der Aufnahme oben zu sehen ist.

Auf den wenig hochseetüchtigen Booten geraten sie dann gezielt in Seenot. Danach ist die italienische Küstenwache laut Seerecht genötigt, sie aufzusammeln und in den nächsten Hafen zu bringen. Der ist dann kein libyscher oder tunesischer, sondern ein italienischer. H.H.

Der Trick mit dem »Mutterschiff«

Geständnisse eines alten weißen Mannes

Wie ich von Geburt an bevorzugt wurde und immer noch in Privilegien schwimme

Die Feministinnen haben Recht: Alte weiße Männer sind die mit Abstand privilegierteste Spezies auf Erden. Das muss auch der Verfasser dieser Zeilen eingestehen.

Ich erblickte Ende der 50er Jahre in der damaligen Deutschen Demokratischen Republik das Licht der Welt. Zwischen dem Zeitpunkt meiner Geburt und dem Tag, an dem ich erstmals die Schule besuchte, wurden elf große Atom- oder Wasserstoffbomben in der Atmosphäre gezündet. Der daraus resultierende radioaktive Fallout hat mich hoch aufschließen lassen und dafür gesorgt, dass ich heute deutlich gesünder herumlaufe als viele Jüngere, die permanent beim Arzt antichambrieren müssen.

Aufgewachsen bin ich in Dresden-Pieschen, einem Stadtteil, in dem man sich wie in Merry Old England fühlen konnte, weil er oft im dichten Elbnebel lag. An den übrigen Tagen sorgten Rauchschwaden aus den Schornsteinen für jede Menge produktiven Auswurf, denn natürlich gab es hier nur primitive Braunkohleheizungen. Und Außentoiletten eine Treppe tiefer. Und heimelige Aschegruben auf den Hinterhöfen, in denen jede Menge Ratten wohnten. In der Dritten Welt hatten die Kinder damals bestimmt keine solchen fetten Ratten zum Spielen – was mir heute noch die Schamesröte ins Gesicht treibt.

Außerdem waren da ja nicht nur die possierlichen Nager, welche für allerlei Kurzweil sorgten, sondern auch die vielen sowjetischen Soldaten, die uns zum einen beschützten und zum anderen ihr überzähliges Kriegsgerät unbewacht an der Peripherie unseres hochherrschaftlichen Quartiers vergammeln ließen – was für ein Paradies für jeden Mini-Militaristen!

Apropos Militär: Ich sah zwar nie eine „Kita“ von innen, weil es

schlicht und einfach keine gab, wurde aber zumindest zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingeschult. Das verschaffte mir ein weiteres Privileg: vormilitärische Ausbildung. Wie fast alle kleinen weißen Jungen meines Landes erlernte ich das Kriegshandwerk von der Pike auf, weshalb es eigentlich unnötig war, mir später auch noch einen anderthalbjährigen Ostseurlaub in Uniform zu spendieren.

Schießen, die Gasmasken überstülpen, den Freund im Osten und den Feind im Westen auseinanderhalten, durch den Schlamm robben, blind auch die allerhirnlosesten Befehle ausführen und ähnliche Künste wurden mir schon während der Schul- und Lehrzeit vermittelt. Deswegen könnte ich auch heute noch das Sturmgewehr AK 47 aus dem Hause Kalaschnikow bedienen – was mich spätestens dann gegenüber der Jugend und allen weiblichen Wesen privilegieren dürfte, wenn das die Hauptinfanteriewaffe in einem künftigen Bürgerkrieg

werden würde. In der Schule genoss ich aber noch sehr viel mehr Vergünstigungen: Der Unterricht verlief flott und effektiv, weil es weder jemanden zu integrieren noch zu inkludieren gab. Dadurch lernten wir das, was heute zum Geheimwissen alter weißer Männer zählt:

Ein ordentliches Deutsch, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geographie ... Das ging natürlich auf Kosten von Moschee-Besuchen und ersten Unterweisungen in Masturbationstechniken und Analverkehr.

Aber wir wussten ja nicht, was uns da entging! Das galt natürlich auch für die Prügel von Seiten heimweggeplagter Gastarbeiter-Kinder: Wenn eine DDR-Kartoffel auf dem Schulhof Dresche bezog, dann von einer anderen DDR-Kartoffel. Und es gab dabei strikte Regeln statt Messer – typisch kommunistischer Überwachungsstaat.

Ein weiteres Privileg war, dass wir noch Wörter benutzen durften, welche heute tabu sind. So

wie „Neger“. Zwar runzelte da der eine oder andere Lehrer die Stirn und murmelte etwas von „Afroamerikanern“, aber Ludwig Renns „Neger Nobi“ gehörte zur Pflichtlektüre, und die Bücher wurden auch dann nicht auf dem Scheiterhaufen der Politischen Korrektheit entsorgt, als man den Titel schließlich doch in „Nobi“ änderte.

Überhaupt: Afrika! Im Gegensatz zu den weniger privilegierten Deutschen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, die höchstens mal einen kurzen Urlaub ganz im Norden oder Süden des Schwarzen Kontinents verbrachten, erfuhren wir unendlich viel über diesen. Und lernten auch die Menschen von dort kennen. Wie den unterprivilegierten Häuptlings-Sohn aus Mali, der denselben Beruf im selben Betrieb lernte wie ich, aber dabei permanent diskriminiert wurde. Das ging so weit, dass man ihm sein Azubi-Gehalt nicht in DDR-Mark auszahlte, sondern in irgendwelchen komischen Devisen.

Und später war das Leben im Arbeiter-und-Bauern-Staat ebenfalls ein einziges Zuckerschlecken, denn ich zählte ja zu den Arbeitern. Mir gehörten nicht nur die Produktionsmittel, sondern auch die Zukunft – zumindest bis 1989. Das heißt aber nicht, dass das mit den Privilegien nach der „Wende“ aufgehört hätte. Jetzt wurde ich von Heerscharen von Menschen umschwärmt, die alle nur mein Bestes wollten: Anlageberater, Versicherungsmakler, Gebrauchtwagenverkäufer und Versandhändler, welche mich unablässig mit „bequemen Raten“ zu beglücken versuchten. Bei dem einen oder anderen konnte ich mich für seine Bemühungen mit etwas Nachhilfe in Mathematik revanchieren – also das „Herrschaftswissen“ eines nun schon langsam alternden weißen Mannes teilen.

Dem folgte mein gewagtester Coup: Studieren unter lauter deutlich jüngeren Menschen, die sehr viel weniger privilegiert waren als ich, weil ihnen all meine wunderbaren Erfahrungen fehlten. Deshalb tendierten sie auch meist zu einer extrem linken Weltanschauung und versuchten mir nicht nur diese, sondern auch die Welt insgesamt zu erklären. Eine derartige Chance hatten garantiert nicht allzu viele Angehörige meiner Generation.

Nach dem Studium war ich wieder ein Stück älter geworden und natürlich immer noch weiß. Deshalb versiegt das Füllhorn der Wohltaten auch nicht. So habe ich bis zum heutigen Tag das Glück, Gutes tun zu dürfen. Beispielsweise durch meine Steuern, über deren Verwendung ich zwar kaum mitbestimmen kann, die ich aber dennoch gerne zahle, weil sie den zu uns „geflüchteten“ weniger weißen jungen Männern ein angemessenes Auskommen sichern, obwohl ihnen das Privileg verwehrt bleibt, so wie ich in aller Herrgottsfrühe zur Arbeit zu het-

zen. Oder durch meine Krankenversicherungsbeiträge, welche mir inzwischen nur noch eine arg abgespeckte medizinische Versorgung garantieren, aber dafür helfen, die vielen importierten Zipperlein zu kurieren. Außer natürlich jene, welche zu den Abschiebungshindernissen zählen.

Das ist aber noch gar nichts gegen das größte Privileg, das mir in meiner nunmehr bereits 20 Jahre währenden Karriere in der Erwachsenenbildung permanent zuteil wird: Immer, wenn eine forsche Nachwuchskraft mit ausgeprägtem Sinn für die richtige

Manchmal darf ich einen Teil der Schuld abtragen

Work-Life-Balance die Karre total in den Dreck gefahren hat und daraufhin ein „Burnout-Syndrom“ entwickelt, darf ich mich dem Chaos entgegenstellen. Das gilt besonders für die überproportional häufigen Fälle, wo der Versager weiblichen Geschlechts ist und entweder wegen der Quote oder seiner Zugehörigkeit zu den allgegenwärtigen Frauenseilschaften in Amt und Würden kam.

Dann kann ich all die Tätigkeiten wieder ausüben, die man mir vorher zugunsten genau dieser Person entzogen hat. Es versteht sich von selbst, dass ich in solchen Situationen die Mehrarbeit voll freudiger Demut verrichte. Gibt mir das Ganze doch die Möglichkeit, einen Teil der Schuld abzutragen, die ich in meinem stets privilegierten Leben gegenüber den weniger Bevorzugten angehäuft habe. Leider werde ich das aber nicht ewig tun können, denn ein weiteres Privileg des arbeitenden alten weißen Mannes ist ja sein vergleichsweise zeitiges Ableben. Wolfgang Kaufmann



Blick in eine merkwürdige Welt: Der alte weiße Mann

Bild: Imago/Science Photo Library



MELDUNG

Südümgehung fertiggestellt

Allenstein – Seit dem 2. Juli können Autofahrer Allensteins komplette südliche Umgehungsstraße S 51 nutzen, um die Stadt bequem zu umfahren. Die Eröffnung des letzten Abschnittes dieser Trasse zwischen den Kreuzungen Allenstein-Süd und Allenstein-Jomendorf wurde durch den Vizeminister für Infrastruktur, Ralf Weber, vorgenommen. Der nun freigegebene Teil der S 51 verbindet die schon früher freigegebenen Abschnitte der Umgehungsstraße Allensteins mit der Staatsstraße 16. Er gewährleistet eine problemlose Verbindung der Stadt zur Schnellstraße 7, die nach Danzig führt. Der fertiggestellte Abschnitt gilt auch als Umgehungsstraße für Bertung. Die südliche Umgehungsstraße Allensteins ist auf der gesamten Strecke als vierspurige Schnellstraße ausgebaut. Die ausführende Baufirma war das Unternehmen Budimex AG. Die Länge des neuen Abschnittes beläuft sich auf fünf Kilometer. Die Investition wurde durch die Europäische Union gefördert. Die Kosten der Bauarbeiten betragen mehr als 236 Millionen Euro. Der Wert der gesamten Maßnahme einschließlich der Planungskosten, des Grunderwerbs, der archäologischen Arbeiten und der Bauaufsicht belaufen sich auf zirka 275 Millionen Euro. Der Zuschuss der EU beträgt 125 Millionen Euro. **PAZ**

Kostenlose Visa für Nordostpreußen

Russland ermöglicht elektronische Anträge für 53 Länder – USA, Kanada und England ausgeschlossen

Seit dem 1. Juli ist eine Regelung in Kraft getreten, derzufolge ausländische Bürger das Königsberger Gebiet mit einem kostenlosen elektronischen Visum bereisen können.

Diese vereinfachte Regelung soll ausländische Touristen anziehen. Da es jetzt viel einfacher ist, ein kurzfristiges Visum zu erhalten, hofft die russische Regierung auf eine Belebung der Tourismusbranche in der Königsberger Exklave.

Die Regionalregierung hat bereits die Gültigkeit solcher Visa bestätigt. Ein elektronisches Visum gilt vom Tag der Ausstellung 30 Tage und berechtigt zum Aufenthalt im Königsberger Gebiet für die Dauer von acht Tagen. Um ein solches Visum zu erhalten, muss man ein Formular auf der Konsularseite des russischen Ministeriums für Auslandsangelegenheiten im Internet nicht später als vier Tage vor der geplanten Reise ausfüllen.

Dem Antrag muss eine Fotodatei angehängt werden. Man kann das Formular in deutscher und in russischer Sprache aufrufen. Es ist geplant, in Zukunft weitere Sprachen hinzuzufügen. Nach Prüfung des Antrags erhält man eine Bestätigung-E-Mail an die in der Erklärung angegebene Adresse. Der Brief enthält eine Identifikationsnummer, die zusammen mit dem Reisepass beim Passieren der Grenze am russischen Kontrollpunkt vorgelegt werden muss. Neben dem Reisepass und dem Visum wird bei der Einreise der Nachweis einer Krankenversicherung



Hier erhält man Hilfe bei allen Fragen rund ums Visum: Büro in Königsberg

Bild: J.T.

verlangt. Bei der Einreise per Flugzeug muss das Rückreiseticket oder dessen Buchungsbestätigung und das Datum des geplanten Rückflugs vorgelegt werden. Die Bearbeitungszeit des elektronischen Antrags beträgt vier Tage. Wenn man möchte, kann man 20 Tage vor der geplanten Reise das Visum beantragen.

Das kostenlose elektronische Visum hat nur für das Königsberger Gebiet Gültigkeit. Ein großer Vorteil dieser Neuerung besteht darin, dass für die Erteilung eines solchen Visums keine Einladung und

kein persönlicher Besuch beim Konsulat erforderlich sind. Die Ein- und Ausreise mit einem

Tourismus soll belebt werden

elektronischen Visum kann über alle Autokontrollstellen, über den Hafen und den Königsberger Flughafen erfolgen.

Eine vereinfachte Einreise in Form eines 72-Stunden-Visums hat es schon bis 2017 für das Königs-

berger Gebiet gegeben. Die Einführung solcher kostenlosen elektronischen Visa war zuvor in der neuen Gesetzesvorlage für die Sonderwirtschaftszone „Kaliningradskaja oblast“ enthalten.

Allerdings können nicht die Bürger aller Länder diese Möglichkeit nutzen. Erst vor wenigen Tagen hat die russische Regierung eine Liste der Länder veröffentlicht, die das nördliche Ostpreußen mit elektronischem Visum besuchen können. Darauf befinden sich 53 Länder. Bei der Erstellung der Liste wurde die geografische Nähe

der Exklave zu den Ländern der Europäischen Union berücksichtigt, sodass die Regelung für 38 europäische Länder gilt. Zu den Ländern, für die diese nicht gilt, gehören die USA, Kanada und Großbritannien.

Es ist erwähnenswert, dass im vergangenen Jahr bereits elektronische Visa für Reisen in die fernöstlichen Regionen Russlands eingeführt wurden, hier aber nur 18 Länder in die Liste aufgenommen wurden. Die polnische Generalkonsulin in Königsberg, Anna Novakowska, ist der Ansicht, dass die Einführung elektronischer Visa dazu beitragen werde, vermehrt polnische Touristen anzulocken: „Wenn jeder Pole sich im Internet registrieren lassen und die polnisch-russische Grenze ohne Probleme passieren kann, wie es während der Fußball-Weltmeisterschaft war, dann wird das ein guter Anreiz für diejenigen sein, die aus touristischen Gründen fahren.“

Um die polnischen Touristen besser über die Möglichkeit eines kostenlosen elektronischen Visums zu informieren, planen die regionalen Behörden, ein Informationsbüro in Danzig zu eröffnen, in dem sie das nördliche Ostpreußen vorstellen und bei der Beantragung elektronischer Visa behilflich sind.

Jurij Tschernyschew

Visanträge können im Internet unter folgender Adresse gestellt werden:

www.electronic-visa.kdmd.ru/klgd_home.html

Treffen zu Musik und Tanz in Göttkendorf

Das Minderheitenfest im südlichen Ostpreußen erfreut sich wachsender Beliebtheit

Es ist schon Tradition, dass das gute Wetter den Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten begünstigt. Das trug dazu bei, dass in diesem Jahr eine Rekordzahl an Menschen zur Veranstaltung erschien. Etwa 300 Personen nahmen an den Festlichkeiten am Dirschausee in Göttkendorf teil, wo sich die Kosaksiedlung Ataman befindet.

Was macht das Fest der Minderheiten so beliebt, dass von Jahr zu Jahr mehr Menschen kommen? Zweifelsfrei liegt es an der gut durchdachten Organisation. Die Vorbereitungen beginnen viele Monate zuvor und im Vorfeld wird eine Auswahl von Gruppen getroffen, die auf einer großen Bühne ihr Können zeigen.

Für die Musik während der diesjährigen Feierlichkeiten in der idyllischen Wald- und Seeumgebung sorgten Vertreter der ukrainischen, tatarischen, deutschen, ziganischen und lemischen Volksgruppen. Die polenweit bekannte ukrainische Musikgruppe Horpyna, die 1999 gegründet wurde, und die auf eine lange, erfolgreiche künstlerische Karriere zurückschauen kann, legte einen professionellen Auftritt hin und brachte das vor der Bühne versammelte Publikum mit

Liedern wie „Moloko“ oder „Daj my myla“ zum Tanzen. Einen unvergesslichen Eindruck auf die Festbesucher machte ein besonderer Gast – die tatarische Tanz- und Gesangsgruppe Bunczuk, die im Laufe ihrer künstlerischen Tätigkeit zu einem Mehrgenerationenensemble wurde. Die Rhythmen, die dargebrachten Lieder in tatarischer Sprache, die schmuckvollen Trachten sowie die ausdrucksvolle Choreografie ließen die Festbesucher in die Welt der Tatarenbräuche eintauchen.

Außerdem trat die Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein in ostpreußischen Trachten auf, die Gruppe „Wodohraj“ der ukrainischen Schule in Bartenstein, die Kindergruppe „Roma“ von der Grundschule Nr. 2 in Allenstein und die Osteroder Jugendvokalgruppe „Tannen“ der Deutschen Minderheit. Der abwechslungsreiche künstlerische Teil der Veranstaltung spiegelt die kulturelle Vielfalt Ostpreußens wider. Das ist ein weiterer Faktor, der dazu beisteuert, dass die Popularität des Minderheitenfestes steigt.

An die kulturelle Vielfalt Ostpreußens knüpfte in seiner Eröffnungsrede Landrat Andrzej Abako an. Seiner Ansicht nach sei das südliche Ostpreußen der Teil



Freuten sich, ihr Können zu zeigen: Auftritt der tatarischen Gruppe

Bild: D.K.

der Republik Polen, in dem Polen, Ukrainer, Deutsche und Tataren ein einträchtiges Zusammenleben führen. „Unsere Kulturen durchdringen und ergänzen sich. Wir können aus diesen Elementen schöpfen, da das polnische Volk dank der Minderheiten bereichert wurde. Darauf bin ich sehr stolz“, sagte Abako. Er fügte hinzu, dass die Selbstverwaltungsbehörden sich immer darum bemühten, nah an jedem Menschen zu sein, abgesehen von seiner na-

tionalen Zugehörigkeit. Diese Nähe drücke sich auf der Wirtschaftsebene in der Zusammenarbeit zwischen hiesigen und ausländischen Unternehmen oder in der Pflege von bestehenden Städtepartnerschaften aus.

Nicht nur das künstlerische Schaffen, sondern auch Verlagsprodukte in Form von Büchern, Flugblättern oder Broschüren sowie Handwerksarbeiten, regionale Kleidung oder typische Speisen verschiedener Minoritätsgruppen

waren auf dem Fest präsent. An den Informationsständen konnte man sich mit den Arbeitsbereichen jeder einzelnen Organisation vertraut machen. Es ergaben sich dabei viele persönliche Gespräche zwischen Minderheitsmitgliedern und Festbesuchern, was einen ausgiebigen Erfahrungsaustausch gewährleistete. Das ist nicht zu unterschätzen, denn je häufiger eine Minderheitsstruktur ihre Wirkungsfelder darstellt, desto mehr werden sich

die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft dessen bewusst, welche eine bedeutende Rolle die Aktivitäten von weniger mitgliedersarken Volksgruppen in gesellschaftlicher, bildungspolitischer wie auch kultureller Dimension erfüllen.

Von diesem Bewusstsein zeugt auch die Anwesenheit der Offiziellen der Lokalbehörden sowie der Gäste aus dem Ausland. Es war schon das 28. Mal, dass das Projekt mit der finanziellen Unterstützung der Woiwodschaft Ermland-Masuren, der Stadt Allenstein, des Generalkonsulates der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration sowie der Gesellschaft der ehemaligen Einwohner der Stadt Allenstein in Gelsenkirchen umgesetzt wurde. Die Organisatoren hoffen, dass das Fest die Integration der nationalen und ethnischen Minderheitsgruppen stärkt und ihre Zusammenarbeit vorantreibt. Die Begegnungen von führenden Aktivisten regionaler Minderheiten mit Vertretern der lokalen Behörden begünstigen bestimmt ihre gute Kooperation in den gesellschaftspolitischen Bereichen.

Dawid Kazanski

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli
Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Masuhr, Hans, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. Juli
Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Becker, Ilse, geb. **Stein**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Goertz, Else, geb. **Rathke**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. Juli
Schmidt, Renate, geb. **Joschek**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bartholomeyczik, Waltraud, geb. **Wabbels**, aus Kreuzingen und Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Kolodzey, Elfriede, geb. **Krüger**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 14. Juli
Kowalewski, Dr. Karl, aus Neudorf, Kreis Lyck, am 13. Juli
Suchalla, Berta, geb. **Kopka**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Wilde, Helene, geb. **Fenzau**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lojewski, Fritz, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 16. Juli
Rogowski, Hans, aus Lyck, am 12. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burdenski, Harry, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli

Glasauer, Edith, aus Langheide, Kreis Lyck, am 14. Juli
Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kaminski, Horst, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 14. Juli
Kolenda, Gerda, geb. **Gedaschke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Kugland, Gerhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli
Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli
Piekatz, Oskar, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Timm, Eva, geb. **Motzkau**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Wiesberg, Fritz, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Wietrzychowski, Elise, geb. **Fischer**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hein, Liesbeth, geb. **Kowalzig**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Lullies, Meta, geb. **Beckert**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 14. Juli
Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Juli
Raddeck, Ella, geb. **Strewinski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Schwalm, Edeltraut, geb. **Jendralh**, aus Bartzendorf, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Wagner, Irmgard, geb. **Migge**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Wydra, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 12. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Frey, Anita, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli
Hundsörfer, Helmut, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 12. Juli

Janz, Erwin, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Jordan, Charlotte, geb. **Reuter**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Kahmann, Edith, geb. **Brodén**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Schummek, Gertrud, geb. **Nowitzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 15. Juli
Utecht, Ilse, geb. **Keding**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 16. Juli
Weber, Christel, geb. **Laupsien**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 12. Juli
Weber, Dietlind, geb. **Olschewski**, aus Lyck, Otto-Reinke-Strabe 20, am 17. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ambrosius, Erich, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Baethcke, Gerda, geb. **Petereit**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Bogumil, Kurt, aus Lötzen, am 18. Juli
Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Creuzer, Jutta, aus Königsberg, am 12. Juli
Czernetzki, Liselotte, aus Lichtenfeld, Kreis Heiligenbeil, am 10. Juli
Jaros, Ruth, geb. **Litzbarski**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Keller, Benno, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Klinger, Hans, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Machel, Margerete, geb. **Brehm**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Mey, Erika, geb. **Maurer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Onischke, Herbert, aus Schallenen, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Posdziech, Traute, geb. **Solték**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Riedel, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Juli

Söckneck, Gunter, aus Gaulenden, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Wesolowski, Erna, geb. **Bogumil**, aus Lötzen, am 18. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böhringer, Waltraud, geb. **Forstreuter**, aus Schenknhagen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Borg, Werner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Brincker, Dora, geb. **Ewert**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Juli
Engel, Traute, geb. **Ritter**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Höckendorff, Erika, geb. **Szezenski**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Jacob, Wolfgang, aus Groß Alendorff, Kreis Wehlau, am 15. Juli
Jeziowski, Eva, geb. **Stiller**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 18. Juli
Kaiser, Anna, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kühn, Lydia, geb. **Rimkus**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Juli
Klose, Brigitte, geb. **Hein**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juli
Merchel, Reinhold, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 18. Juli
Meyer, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 18. Juli
Schaper, Irmgard, geb. **Trojan**, aus Treuburg, am 15. Juli
Schneider, Helga, geb. **Wyludda**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Juli
Schultze, Ruprecht, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 12. Juli
Schulz, Brunhild, geb. **Titt**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Schulz, Thea, geb. **Dieckmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Sowa, Erika, geb. **Olk**, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Von Mickwitz, Gerhard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 13. Juli
Voß, Elisabeth, geb. **Lenkewitz**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Juli
Walendy, Arno, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli

Willuweit, Wilhelm, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Allenberg, Günther, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 16. Juli
Beyer, Gerhard, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Böntgen, Renate, geb. **Dittmann**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 15. Juli
Brzezinski, Walter, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Falk, Renate, geb. **Elbing**, aus Ortelsburg, am 16. Juli
Gauda, Manfred, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. Juli
Gettkant, Erika, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Glitz, Klaus, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Kosub, Irmtraud, geb. **Rosowski**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Noruschat, Ernst, aus Wehlau, am 17. Juli
Pukrop, Horst, aus Treuburg, am 14. Juli
Rüggebrecht, Christa, geb. **Naus-sedat**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Söhl, Helga, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 13. Juli
Sökeland, Margrit, aus Visselhövede, Landsmannschaft Bremen, am 18. Juli
Toll, Erika, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Vaillant, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Wiezorreck, Irmgard, geb. **Merker**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Wolf, Gisela, geb. **Graffenberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baust, Irmgard, geb. **Samlinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. Juli
Becker, Renate, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 16. Juli
Beule, Irmhild, geb. **Brenneisen**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 15. Juli
Blasig, Dora, aus Kreuzburg,

Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juli
Elsner, Marlene, geb. **Pest**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 17. Juli
Guminski, Annegret, geb. **Hugo**, aus Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Gwiasda, Helene, geb. **Jedamski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Hellmick, Horst, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Heymuth, Monica, geb. **Noack**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Holfoth, Erika, geb. **Gawehn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Horst, Ilse, geb. **Ipach**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Jautelat, Dr. Manfred, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 18. Juli
Jeglinski, Richard, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kahmann, Ulrich, aus Adelshof, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Klimmek, Ulrich, aus Muschaken/Lahna, Kreis Neidenburg, am 18. Juli
Kuberski, Helmut, aus Rübenthal, Kreis Lötzen, am 17. Juli
Lischinski, Reinhold, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Podubrin, Helmut, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Smollich, Regine, geb. **Supplie**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Stephan, Brigitte, geb. **Palluck**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. Juli
Turner, Siegfried, aus Parkhof, Kreis Ebenrode, am 18. Juli
Wedler-Wodarz, Gertrud, geb. **Wedler**, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 12. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ahrens, Helga, geb. **Ziegann**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Kiaulehn, Wolfgang, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Sulimma, Margot, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 17. Juli

Zusendungen für Ausgabe 30

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 30/2019 (Erstverkaufstag: 26. Juli) bis spätestens Mittwoch, 17. Juli an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO
2019

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

EBENRODE
(STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung.

Programm

Freitag, 6. September
 14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer und Delegiertenversammlung,

16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorträge im Raum Luzern.
 Sonnabend, 7. September
 9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros,
 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant,
 10 Uhr: Film- und Diavorträge und Infostand Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V.,
 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant,

14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung und einem Grußwort von Landrat F. Kethorn, dem Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters und Berichten über die Kreisgemeinschaft und Kirchspielgebiete sowie Wahlen,
 ab 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, plachandern, kleine eigene Beiträge können vorgelesen werden, ab 18 Uhr mit musikalischer Begleitung,

bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern.

Sonntag, 8. September
 10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Gartenfest

Goldap – Sonnabend, 27. Juli, Haus der Heimat, Goldap: Goldap Gartenfest.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Lyrik

Neumünster – Sonnabend, 20. Juli, 15.30 Uhr, Lötzeener Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: „Lieblingsgedichte! Lieblingsgedichte!“ – Die Besucher des Lötzeener

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

zener Museums werden gebeten, Gedichte mitzubringen, die sie vielleicht durch ihr Leben begleitet haben, die etwas mit Heimat und Herkunft zu tun haben oder die in einer Lebenssituation von besonderer Bedeutung waren. - Ute Eichler erzählt die Geschichte vom Gedicht als Geschenk und stellt es und seinen Verfasser vor.

Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.

Eine interessante Entwicklung

Viele Male hatte Erhard (genannt Hardy) Kawlath, Lötzens Kreisvertreter von 1992 bis 2009, diesen Wunsch geäußert: Die Patenstadt der Kreisgemeinschaft Lötzen, die kreisfreie Stadt Neumünster in Schleswig-Holstein, möge doch eine Städtepartnerschaft mit Lötzen, seit 1946 Gizycko genannt, schließen. Dazu kam es im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts aus unterschiedlichsten Gründen nicht. Die Gegenargumente lauteten vor allem: Die Stadt ist zu weit entfernt, zu klein, die Unterschiede sind zu groß. Und dann schloss Neumünster in den 1990er Jahren einen Vertrag über eine Städtepartnerschaft mit Köslin in Pommern und das Thema, für das sich die Kreisgemeinschaft Lötzen eingesetzt hatte, war erledigt.

Alle Seiten »Heimarbeit« auch im Internet

Seit neun Jahren hat die Stadt Neumünster einen offiziell Beauftragten zur Pflege der Städtepartnerschaften und der Patenschaft. Diese Aufgabe wurde dem damals in den Ruhestand eingetretenen Schulleiter Hans Iblher übertragen, der das Amt mit Engagement ausübt.

Auf den großen Begrüßungstafeln, die die Besucher aus allen Richtungen an den Stadtgrenzen Neumünsters willkommen heißen, sind die bisherigen Partnerstädte genannt: Gravesham (Großbritannien), Koszalin (Polen), Parchim (Mecklenburg-Vorpommern). Erfreulich: Auch der Hinweis auf die Patenschaft zu Kreis und Stadt Lötzen, einschließlich des Wappens mit den drei Fischen, fehlt nicht.

Nun ist eine neue Städtepartnerschaft beabsichtigt. Man staune! Im September 2018 hat Neumünsters Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger die Schulleiter der drei regionalen Berufsbildungszentren der Stadt zur Unterzeichnung von Kooperationsvereinbarungen nach Königsberg [Kaliningrad] begleitet. Als Nachklang von Gesprächen mit dem deutschen Generalkonsul entstand die Idee, mit einer Stadt im Königsberger Gebiet eine Partnerschaft einzugehen. Hintergrund dieses Vorhabens ist, dass das Land Schleswig-Holstein 2019 das 20-jährige Bestehen einer Kooperation mit dem Königsberger Gebiet begeht, es ist der Region als Ostsee-Anrainer verbunden, und seit dem Jahr 2000 gibt es zusätzlich eine Partnerschaft.

Im zeitigen Frühjahr wurde an die Lötzener Heimatsammlung die Frage gerichtet: „Habt ihr auch etwas über Gumbinnen?“ Auskunft über diese ostpreußische Kreisstadt zu erteilen, war problemlos und auch aus eigener Kenntnis der Betreuerin des Lötzener Sammlungsbestandes möglich. Im April 2019 reisten Hans Iblher und Klaus-Dieter Bülck von der Stadtverwaltung Neumünster nach Gumbinnen. Sie wollten abklären, ob diese Städtepartnerschaft für Neumünster sinnvoll ist. Inzwischen wurden auch Kontakte zur Wirtschaftsagentur und zum Unternehmensverbund geknüpft. 5. Kassen und Prüfungsverichter, 4. Entlastung des Vorstands und der Kassenfüh-

dort an Schulen 200 Schüler Deutsch als erste Fremdsprache erlernen und weitere 200 Schüler Deutsch als zweite Fremdsprache gewählt haben. Das in der Stadt (heute 28 000 Einwohner) vorhandene Milchwerk könnte Kooperationsmöglichkeiten eröffnen.

Vom 17. bis 19. Oktober werden Neumünsters Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger, Oberbürgermeister Dr. Olaf Taurus und Hans Iblher als der Beauftragte für Städtepartnerschaften zu Sondierungen nach Gumbinnen reisen. Sie begleiten auf Einladung des Justizministeriums Schleswig-Holsteins Ministerin Sabine Sütterlin-Waack auf der Reise zu den „Deutsch-Russischen Dokumentarfilmtagen“.

Die Stadt Neumünster hält - gerade wegen der aktuellen politischen Situation - diese neue Städtepartnerschaft für wünschenswert, da „interkulturelle Kooperation auf Städte-Ebene einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung leisten kann“, heißt es in der Verwaltungsvorlage. Zusätzlich wurde die Feststellung getroffen, viele Neumünsteraner hätten ihre Wurzeln im ehemaligen Ostpreußen. Auch Neumünsters OB Taurus ist familiengeschichtlich dort anzusiedeln.

Ute Eichler

OSTERODE
Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr.

Jahrestreffen

Lüneburg - Freitag, 13., bis Sonnabend, 14. September, Festdiele, Gasthaus Krone, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Jahrestreffen.

Freitag, 13. September (Festdiele), 17 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode, 19 Uhr: Begrüßungsabend.

Sonnabend, 14. September 10 bis 12 Uhr: Führung durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums, beginnend mit „Geschichte Ostpreußens“ oder „Kunst und Kultur Ostpreußens“, ab 11 Uhr „Wild, Wald und Pferde“ oder „Flucht, Vertreibung, Ankunft“, 12 Uhr: Mittagspause, 14 bis 16 Uhr: Feierstunde (Festdiele) mit einem Vortrag von Christopher Spatz „Heimatlos. Das Lager Friedland - ein ostpreußischer Schicksalsort in Niedersachsen“.

RASTENBURG
Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg; Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Versammlung und Sitzung

Wesel - Sonntag, 11. August, 11.30 Uhr, Niederrheinhalle Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistags-Sitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkrestreffens.

Tagesordnung:
1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsverrichter, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenfüh-

rung, 6. Haushaltsplan 2020, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburg Treffen 2019/2020 und 10. Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 2. August einzureichen.

Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter

Hauptkrestreffen

Wesel - Sonnabend, 10., bis Sonntag, 11. August, Niederrheinhalle Wesel: Hauptkrestreffen.

Programm
Sonnabend, 10. August
9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof,

10 Uhr: Kranzniederlegung am dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße,
10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube,
14 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Restaurant „Wacht am Rhein“ in Büderich zum Spaziergang und Kaffeetrinken,

19 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein in der Niederrheinhalle, Wesel.
Sonntag, 11. August
9 Uhr: Einlass in die Niederrheinhalle, Möglichkeit zum Frühstück,
9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wakenbrucher Straße 82,
10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu, in der Feldmark, Wesel,
14.30 Uhr: Hauptkrestreffen in der Niederrheinhalle, Wesel:

- Musikeinführung Blasmusik Lackhausen,
- Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter,
- Gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“,
- Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischen spiel der Blasmusik Lackhausen,
16 Uhr: Großer Zapfenstreich

Bitte melden Sie sich zur rechten Zeit an.

BAYERN
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken - Donnerstag, 25. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten, Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.
Ansbach - Sonnabend, 13. Juli, 14 Uhr, Schernberg/ Herrieden, „Bergwirt“: BdV-Jahreshauptversammlung, anschließend musikalische Heimatreise mit Bildpräsentation von Frau H. Bauer, Herrn R. Schmutzer, Begleitung Herr R. Höhler. - Sonnabend 20. Juli, 15 Uhr, Orangerie: Wir singen Heimatlieder und berichten von der Landeskulturfahrt zum Ostpreußentreffen.
Hof - Sonnabend, 13. Juli, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Treffen zum Thema „Quer durch Ostpreußen“. Im August ist Sommerpause.
Landshut - Dienstag, 16. Juli, 13.30 Uhr, Hotel Gasthof Zur Insel: Kaffee und Kuchen zum Geburtstag von Wolfgang Siebert.

Alle Seiten »Heimarbeit« auch im Internet

Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg,
16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Kontakt: Geschäftsstelle „Patenschaft Rastenburg“, Telefon (0281) 26950.

SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)
Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Deutsch-russisches Kinderlager

Das deutsch-russische Ferienlager der Kreisgemeinschaft Schloßberg-Patenschaft Landkreis Harburg, findet vom 17. Juli bis 29. Juli wieder in der Jugendherberge Otterndorf statt. Wir werden wieder ein interessantes Programm für Euch und den russischen Teilnehmern aus dem Königsberger Gebiet vorbereiten. In der Jugendherberge wird wieder viel gebastelt, gesungen, gespielt und gebadet. Auch andere Sportarten werden auf Wunsch berücksichtigt. Bei Wanderungen wird die nähere und weitere Umgebung erkundet. Ausflüge bringen uns in die Großstadt Hamburg sowie in den Heidepark nach Soltau und in unsere Heimatstube nach Winsen. Für die „Wasserratten“ denken wir uns ganz bestimmt noch etwas Besonderes aus. Des Weiteren wird das Thema Ostpreußen, also die Geschichte des Gebietes, aus dem die russischen Teilnehmer kommen, auf dem Programm stehen, sowie die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Deutschland und Russland für Kinder in der heutigen Zeit. Der Teilnehmerbeitrag liegt bei 240 Euro, die Teilnehmer sollten zwischen elf und 14 Jahren alt sein. Anmeldungen

und weitere Auskünfte bei: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Post: schattauer-wanna@t-online.de

TILSIT-RAGNIT
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Bad Sassendorf - Sonnabend, 31. August, 19 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf: Mitgliederversammlung. Nach der Versammlung findet im Rahmen des abendlichen Beisammenseins ein Vortrag von Christopher Spatz über die ostpreußischen Wolfskinder statt.

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit freut sich besonders, den diesjährigen Träger des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft für einen Vortrag gewonnen zu haben. Der 1982 in Bremen geborene Historiker hat sich in seiner Dissertation ausführlich mit dem Schicksal der Wolfskinder befasst und in seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ seine Forschungsergebnisse und Interviews mit Betroffenen für ein breites Publikum im Jahr 2016 veröffentlicht. Der Vortrag ist für alle Interessierten offen und eintrittsfrei.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

WEHLAU
Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vorsitzender (komm.): Uwe Koch, Schobüller Straße 61, 25713 Husum. Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Heimatreise

Die Kurische Nehrung, Königsberg und das Königsberger Gebiet vom 28. Juli bis 6. August.

Anmeldungen und weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon (04242) 936243, (0421) 3795906, (04241) 5586 oder (04242) 9764444.

Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen
Die Wanderausstellungen sind im Juli 2019 an folgenden Orten zu sehen: „Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“
1. Juli bis 24. Juli
Landratsamt Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 86150 Augsburg, Öffnungszeiten. Mo. bis Mi. 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr. Do. 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 14 Uhr bis 17.30 Uhr. Fr. 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr
„Die Gerufenen - Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“
1. Juli 2019 bis 11. August 2019
Technisches Museum, Wiesenstraße 11a, 57392 Schmallenberg-Fleckenberg
Öffnungszeiten. Di., Do., So. 14 Uhr bis 17.30 Uhr. Sa. 14 bis 18 Uhr
Telefon (0228) 81 007 30

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BAYERN
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

BERLIN
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blb.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

HAMBURG
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

HESSEN
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Landesgruppe - Sonnabend, 20. Juli, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) bis etwa 17 Uhr, Hotel NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40, Hamburg-Lokstedt: Sommerfest der Landesgruppe. Das Residenzhotel liegt etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark (U-Bahn Linie U 2 oder den Buslinien 22, 39, 181 und 281) und ist auf ebenem Wege gut zu erreichen. Christel Neumann trägt mit Versen und Gedichten „Erinnerungen an Ostpreußen“ vor, und es erwartet Sie das „Duo Dreiklang“. Ein Kaffeegedeck (ein Stück Torte und ein Stück Butterkuchen, Kaffee satt) ist für 10 Euro pro Person erhältlich. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Frauengruppe Bergedorf - Sonntag, 14. Juli, 14.30 Uhr, Zuggpferdemuseum Lüttau, Annenhof, Alte Salzstraße 29, 21483 Lüttau: „Mit Pferden auf der Flucht - Die Geschichte der geretteten Trakehnerpferde“. Kaffee und Kuchen. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung: Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

Darmstadt/Dieburg - Monatsbericht - Unsere letzte Veranstaltung vor der Sommerpause am 15. Juni stand unter dem Motto „Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Wolfsburg“.

Plachadern mit Kaffee und Kuchen, man hatte sich ja einiges zu erzählen, wurde rege genutzt. Auch heute war Kaffee und Kuchen frei. Edle Spender, anlässlich ihres Geburtstages, machten dies möglich. Der Tischschmuck, auf der neuen Tischanordnung war hervorragend gelungen, und man bedankte sich bei unserer Blumenfee Waltraud. Die Geburtstagskinder wurden beglückwünscht, und das geistige Wort ebenfalls an die Runde gesprochen.

Im Anschluss daran berichtete Gerhard Schröder ausführlich über die Veranstaltung des Ostpreußentreffens, das im Mai in Wolfsburg stattfand. Bildmaterial hierzu wurde in der Runde herumgereicht. Im Anschluss an den

Alle Seiten »Heimarbeit« auch im Internet

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 16

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

Bericht von Gerhard Schröder verabschiedete man sich und wünschte allen eine erholsame und schöne Sommerzeit. – Unser nächstes Treffen nach der Sommerpause findet am 14. September wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt –Neukirchstein statt. Rechtzeitig werden noch Einladungen verschickt.

Allen Kranken wünschen wir gute Besserung und ebenfalls eine beschwerdefreie und schöne Sommerzeit. *Christian Keller*
Wetzlar – Ausstellung – „Die Königsberger Diakonie der Barmherzigkeit“. So lautet schlicht eine Ausstellung, die von Mittwoch, 17. Juli, bis Freitag, 16. August, im Neuen Rathaus in Wetzlar (Ernst-Leitz-Straße 30) in Mittelhessen zu sehen ist. Auf 24 Tafeln zeichnet sie Entstehung und Werden des Werkes nach, das 1850 in Königsberg in Ostpreußen begann und 1953 im Kloster Altenberg bei Oberbiel eine Fortsetzung fand.

Am Beginn stand die Gründung durch Diakonissen. Heute, so weist der Vorsitzende des Freundeskreises der Königsberger Diakonie, Christian Wagner, darauf hin, dass es früher kaum denkbar war, Arbeit im Kloster sowie in den Pflegeheimen in Wetzlar, Braunfels und Hüttenberg ohne Diakonissen zu versehen. Das wohlthätige und barmherzige Tun dieser Frauen solle aber nicht vergessen werden. Darum hat der Freundeskreis gemeinsam mit der Königsberger Diakonie diese Ausstellung sowie einen 40-seitigen Katalog in Auftrag gegeben, der die heutige Generation an die Anfänge und die Entwicklung erinnern soll. Dabei wird auch die Rolle von Pfarrer Theodor Fliedner und dessen aus Braunfels stammenden Frau Friederike aufgegriffen. Die Ausstellung schildert ferner das Ende des Dienstes in Königsberg, als die Diakonissen evakuiert wurden. Nach einigen Zwischenaufenthalten fanden sie 1953 in dem durch einen Brand

zerstörten ehemaligen Prämonstratenserinnenkloster Altenberg eine neue Heimat. Über Jahrzehnte haben sie im Wetzlarer Krankenhaus und in der Gemeindekrankenpflege ihren Dienst getan.

Eröffnet wird die Ausstellung am Mittwoch, 17. Juli, um 18 Uhr im Neuen Rathaus und ist vier Wochen lang während der Öffnungszeiten zu sehen. Der Eintritt ist frei. Zu der Ausstellung ist auch ein Katalog erschienen, der erstmals wissenschaftlich die Historie der Königsberger Diakonie aufarbeitet.

Wiesbaden – Sonnabend, 13. Juli, 15 Uhr, Erbenheim „Kleingartenverein am Wasserwerk“: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat. Zuvor verwöhnen wir Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen. Mit Musik und Gesang unterhält Sie wieder Mathias Budau. Wir wünschen schönes Wetter und freuen uns auf viele Besucher. Wegen der Essen-Disposition bitte anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 oder Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss das bestellte Essen dennoch bezahlt werden, da wir die gemeldeten Portionen verbindlich gebucht haben. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung. – Donnerstag, 25. Juli, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 19. Juli bei Irmgard Steffen Telefon (0611) 844938 oder Helga

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landmannschaft widersprechen!

Kukwa, Telefon (0611) 373521. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle „Ostpreußenstraße“.

Im August finden keine Veranstaltungen statt.

MECKLENBURG-VORPOMMERN
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kernenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

Bericht
Ein geflügelter Himmelsbote
Ein besonderes Erlebnis auf unserer letzten Masuren-Reise hat mich so sehr berührt, dass ich es hier wiedergeben muss. Mit über 60 Mitreisenden besuchten wir Mitte Juni 2019 das Oberland mit Mohrungen und Osterode, Masuren mit Ortelsburg und Neidenburg, das Ermland mit Allenstein, Frauenburg und Heilsberg sowie Kahlberg auf der Frischen Nehlung, Elbing und zuletzt Danzig. Auch eine Fahrt auf dem Oberlandkanal durfte nicht fehlen. In Heilsberg nahmen wir zum 28. Mal am Ostpreußischen Sommerfest der dort verbliebenen Deutschen teil. Etwa 50 Reisetilnehmer unserer Gruppe traten auf der Bühne als spontaner Ostpreußenchor auf. Im Hotel „Tailor“ in Mohrungen hatten wir an drei Abenden bekannte Volkslieder einstudiert, aber auch das Heydekrüger Heimatlied „Blaues Haff und grüne Wiesen“ und das polnische Volkslied „Hej z góry, z góry, jada Mazury“. Tags zuvor gab es nach der Schiffsfahrt über das Frische Haff ein Orgelkonzert im Frauenburger Dom, danach begab sich unsere Gruppe wie jedes Jahr zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis im Frühjahr 1945. Der



Vor dem Gedenkstein in Frauenburg: Manfred Schukat Bild: Schülke

Landesvorsitzende der Ostpreußen in MV, Manfred Schukat, sprach Worte des Gedenkens, es folgte das Gedicht „Wagen an Wagen“ von Agnes Miegel und das gemeinsam gesprochene Vaterunser. Zum Abschluss trug ich auf meiner Handharmonika den Choral „Harre meine Seele, harre des Herrn“ vor. Und dann passierte „es“: In die andächtige Stille erhob sich aus dem nahen Wacholderbusch eine Heklenbraunelle und verharrte die ganze Zeit während des Spiels im Stehflug direkt neben dem Gedenkstein. Nüchtern betrachtet war



Gedenkstein in Lüneburg Bild: urffhausen

es ihr natürliches Revierverhalten – ich war ihr „Rivale“. Ich selbst habe sie gar nicht bemerkt, ergriffene Teilnehmer berichteten es mir im Anschluss. Bin ich zu poetisch veranlagt? Habe ich eine zu starke religiöse Ader? Denn mir ging es wie anderen, die dabei waren: Eine Erscheinung! Und die Botschaft von ganz oben: Es ist gut, was ihr hier macht. *Friedhelm Schülke*

NIEDERSACHSEN
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Die Vertriebenen gedachten der Opfer des

17. Juni 1953. Auch in diesem Jahr gedachten Vorstand und Mitglieder des Bundes der Vertriebenen – Kreisverband Lüneburg und der Landmannschaft Ostpreußen der mutigen Deutschen, die beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR ihr Leben für die Freiheit opferten. Das Gedenken fand statt an dem Mahmal das auf Initiative des langjährigen verdienstvollen, aus Elbing stammenden Oberbürgermeisters Horst Nickel in Lüneburg errichtet worden war. *B. Loeffke*

Osnabrück – Freitag, 19. Juli, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe. – Dienstag, 23. Juli, 16.30 Uhr, Hotel Select, Blumenhaller Weg 152, 49078 Osnabrück: Kegeln.

NORDRHEIN-WESTFALEN
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Sonnabend, 20. Juli, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Montag, 22. Juli, bis Mittwoch, 31. Juli, GHH, II. Etage, Bismarckstraße 90: Bücherflohmarkt. Antiquarische Bücher zu West- und Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Böhmen und Mähren. – Im August ist das Gerhart-Hauptmann-Haus geschlossen.

Gütersloh – Sonnabend, 3. August: Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. In der Lüneburger Region sind Anfang der 1950er Jahre so viele Ostpreußen ansässig, dass man hier zeitweise von „Klein-

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Schüttelrätsel:

Maßeinteilung an Messgeräten	Instrumentalfantasie	ungarischer Nationaltanz	ohne Geld, arm	Ehemann	fruchtiges Heißgetränk	Handwerksberuf	europäischer Strom	deutsche Bundeskanzlerin (Angela)	zu einem Erdteil gehörend	poetisch: Biene	Laubbaum, Ruster	Baby Speise	weiden (Vieh)
hart überzogen (Speise)			feierliche Namensgebung		geistliches Lied		Verhalten, Betragen (ugs.)		metallisch grau glänzend		brasil. Währungs-einheit	Hauptstadt Afghanistans	
Küstenstaat Brasiliens		Schutz- und Wachhund		Angehöriger eines Reitervolkes	Dreschplatz in der Scheune		die Länder Vorderasiens	kleines, armliches Haus	Doppelkontinent		ein Planet	heißes; klingendes	
schnell, blitzartig	Ansammlung kleiner runder Steine	Lochvorstecher, Priem		herbeischafter			engl. Adelstitel: Graf		Balsam, Creme				
offizieller Vertreter eines Staates			gefragt, begehrt, angesagt (engl.)	Sohn des Zeus und der Alkmena		Leiter, ranghöchste Person	die Ackerkrume lockern	eine Zahl	blutstillendes Mittel		leise (Musik)		gut erzogen
lang gezogener Strand (ital.)	von Wasser umgebenes Land			Oper von Verdi	Geliebte des Zeus	gehacktes Schweinefleisch							Hauptgeschäfts-, Hauptreisezeit
Fluss durch Paris				Stadt in der Champagne			Weg im Labyrinth		Lebenshauch	Märchen-, Sagen-gestalt			
									Kniegeige	Südfrucht			
				entbehrlich, verzichtbar	der geregelte Zustand	enges, steilwandiges Tal	begründeter Anspruch		Leberabsonderung	von einer Form Umschlüssenes			
				Klavierstück träumerischer Art				selbstsüchtiger Mensch					
						Schall, dröhnender Klang; Echo	getrocknetes Gras	höckerloses Kamel		äußerste Armut			
				Stern im Sternbild Walfisch	fegen, mit dem Besen reinigen	vor dem Erkenntwerden schützen			Spiel-, Wettkampfkategorie	Stuhlteil			
				Fadenverknüpfung			bayer. Benediktinerabtei		Seebad und Hafen in England	saure Flüssigkeit zum Würzen	Ver-suchsraum (Kzw.)		römischer Kaiser
				fischähnliches Wirbeltier	Sinnesorgan	englisches Bier	Staat in Westafrika	nur geistig vorhanden	Vorname Laurets				
				Seeheld der griechischen Sage	Name Griechenlands			Anzeige, Ankündigung (Wirtsch.)	Herausgeber		chem. Zeichen für Beryllium		
				nörd. Schicksalsgöttin			britischer Sagenkönig		bargeleiser Zahlungsverkehr				

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Brochen, 2. Konserven, 3. Spielzeug, 4. Anleger, 5. Löffel, 6. Melonen, 7. Kabinen – Telefon

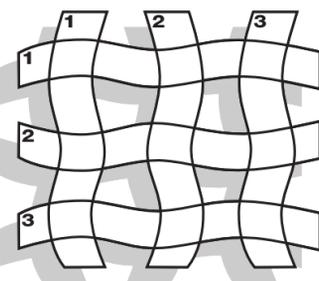
Magsisch: 1. Fernweh, 2. anbeten, 3. Venedig

Schüttelrätsel
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAEF GHRW	AIST	EEHST	AEGR	AEKLM	EILW	EEHR	AEGR
AEMSS				EEH			
EEIK LS		EGIR RW					
				AEL			

Mittelworträtsel
Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Fernsprechapparat.

1	LACHS					TEIG
2	OBST					DOSE
3	HOLZ					AUTO
4	KLEIN					SCHUTZ
5	TEE					ENTE
6	HONIG					ERNTE
7	WAHL					KOFFER



Magisch
Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Sehnsucht nach der Fremde
- 2 vergöttern, verehren
- 3 Lagunenstadt in Italien

Landmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 16

Ostpreußen“ spricht. 1958 entsteht das Ostpreußische Jagdmuseum. 1994 geht die Trägerschaft auf die Ostpreußische Kulturstiftung über. Nach mehrjähriger Modernisierung und Erweiterung wollen wir uns die 2000 Quadratmeter große Ausstellung einer faszinierenden Kulturgeschichte ansehen. Es werden mehrere Zustiegsmöglichkeiten angeboten. Näheres zur Abfahrtszeiten und Preisen bei der Anmeldung bei Block, Telefon (05241) 34841 oder Jagalla, Telefon (05241) 403872.

Witten – Montag, 15. Juli, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Ein frohes Sommerfest mit dem Treffen der Chöre hatte die Gruppe LVS am 23. Juni vorbereitet und alle Heimatvertriebenen dazu eingeladen. Es fand in der Johanniskirche in Reichenbach in der Oberlausitz statt. An diesem herrlichen, sonnigen Sonntag machten wir uns schon sehr früh auf den Weg von Chemnitz, denn wir wollten ja den Gottesdienst nicht verpassen. Der Pastor Wiesener sprach wie immer aus dem heutigen Leben und fesselte alle mit seinen Worten. Danach gab es eine Pause und wir nutzten sie für gute Gespräche bei einer Tasse Kaffee und Kuchen. Den Frauen der Kirchgemeinde herzlichen Dank. Sie hatten sehr viele wunderbare Kuchen für uns gebacken.

Um 11.15 Uhr begann die Festveranstaltung mit den einzelnen Chören. Wir wurden alle herzlich begrüßt von der freundlichen Gisela Lossak, die uns immer als Moderatorin durch das Programm führt. Zu Beginn sang uns der Chor des DFK Waldenburg bekannte alte Heimatlieder. Gisela Lossak bedankte sich für den schönen Gesang und führte mit lustigen Sprüchen von Dichtern und Denkern weiter im Programm. Nun gab sie den Ehrengästen die Möglichkeit, Grußworte für diesen schönen Tag zu übermitteln. Wir hörten noch den Chor DFK von Oppeln. Herr Dr. Jens Baumann vom sächsischen Innenministerium sprach über die geleistete Arbeit der Heimatvertriebenen und die Wanderausstellung „Nation und Minderheiten in Europa“. Herr Friedrich Zempel schloss sich den Ausführungen an und sprach Herrn Mario Morgner seinen Dank aus bei der Vorbereitung der Wanderausstellung.

Die Totenehrung führte Pastor Wiesener durch. Danach sangen wir alle gemeinsam die Hymnen der Landmannschaften unter der Begleitung von Frau Angela Volke.

Um 12.45 Uhr folgte die Eröffnung der Wanderausstellung „Nation und Minderheiten in Europa“ im Via Regio-Haus.

Das Konzert der Chöre in der Johanniskirche erfreute uns weiter. Dabei war es besonders fröhlich, unserer Moderatorin Gisela Lossak zuzuhören, die mit gut ausgesuchten Dankesworten die Überleitung zur nächsten Darbietung bestens schaffte.

Der Chor 776 aus Reichenbach stellte sich mit seinen Liedern vor. Das Kinderensemble „Sonneschein“ aus Leipzig sang frohe Volkslieder und wurde natürlich mit großem Beifall belohnt. Es folgte der Kulturkreis „Simon Dach“ aus Chemnitz. Danach sang der Chor „Lied der Heimat“ aus Leipzig, der Chor der VS Hoyers-

werda, der Chor „Heimatmelodie“ aus Dresden, der Chor „Silberklang“ aus Dresden.

Zum Abschluss sangen alle gemeinsam das Lied „Kein Schöner Land“.

Die Abschlussworte sprachen Gisela Lossak, unsere freundliche Moderatorin und Peter Wolf.

Es war ein herrliches Sommerfest und sehr gut vorbereitet und durchgeführt. Für das leibliche Wohl wurde bestens gesorgt. Die Auswahl an Speisen war vielseitig und köstlich. Das gesamte Kulturprogramm war sehr gut und das schönste zur Freude aller - wir durften mitsingen.

Allen Helfern sagen wir herzlichen Dank für eure Mühe.

Ein Dankeschön gilt dem sächsischen Innenministerium für die finanzielle Unterstützung, ohne diese Hilfe könnten wir so eine Veranstaltung nicht durchführen.

Diesen herrlichen Tag werden wir noch lange in guter Erinnerung behalten. Wir freuen uns schon auf das nächste Wiedersehen in Reichenbach.

Harald und Hannelore Kedzierski



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 888939, E-Mail: birgit@krel.info

Kiel – Auf der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Schleswig-Holstein am 23. Juni unter der Leitung des Vorsitzenden Edmund Ferner im Haus der Heimat in Kiel hielt Ferner in seiner Funktion als Landeskulturreferent vor 56 Teilnehmern folgenden Vortrag: „Ungarn, ein Vorbild für die deutschen Minderheiten in anderen Ländern.“ „Meine lieben Landsleute, obwohl wir schon das Jahr 2019 schreiben, möchte ich Ihnen eine Rede Victor Orbáns, des ungarischen Ministerpräsidenten vom vorigen Jahr nicht vorenthalten. Victor Orbán, der Vielgescholtene, Victor Orban, der angebliche Populist, Victor Orbán, unter dessen Regierung Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit eingeschränkt sein sollen und nach Ansicht unserer Medien die Korruption fördert.

Nein, Victor Orbán ist ein Politiker, dessen Herz zuerst für Ungarn schlägt. Doch mehr noch, er ist ein Politiker, der sich der Geschichte stellt, der Schuld eingesteht und Fehler bekennt. Seine Rede zur Verschleppung und Vertreibung der Deutschen jedenfalls ist bemerkenswert – und sie ist einmalig in Europa.

Und Polen zeigt nicht im mindesten Zeichen eigenen Unrechtsbewusstseins, sondern fordert trotz immenser Gebietsanexionen heute noch Reparationszahlungen in einer Höhe, die dem Deutschen Reich in Versailles auferlegten Verpflichtungen weit in den Schatten stellen. Polen erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als die Hälfte von Ostpreußen, Danzig mit Westpreußen, fast ganz Schlesien und Ostbrandenburg.

Auszug aus der Rede von Victor Orban: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor 73 Jahren, am 19. Januar 1946, verließ Ungarn der erste Eisenbahnzug, der unsere vertriebenen deutschen Landsleute nach Deutschland transportierte. Allein am 19. Januar 1946, an einem einzigen Tag, nahm man 1000 Menschen mit. Bis zum Anfang Februar war Wudersch bereits vollkommen leer, und bald ereilte landesweit hunderte von Siedlungen, in denen Schwaben – wie man die Ungarndeutschen in Ungarn nannte –, lebten, ein ähnliches Schicksal!

Wenn die Vertriebenen vor 73 Jahren all das mitgenommen hätten, was die Ungarndeutschen oder Menschen deutscher Abstammung seit ihrer Ansiedlung



Edmund Ferner

Bild: privat

für die ungarische Wirtschaft und Kultur getan hatten, dann wäre Ungarn bedeutend ärmer. So hätte es zum Beispiel unsere erste Literaturgeschichte und das Gebäude des Kulturhistorischen Museums Ödon Lechner – sowie einen bedeutenden Teil des ungarischen Druckwesens, Maschinenbaus und der Medizin nicht gegeben.

Ungarn war einst die Heimat von mehr als einer Million von Familien, die auf ihre deutschen Wurzeln stolz sowie fleißig waren und auf ihren eigenen Füßen standen. Wir lebten lange über die Jahrhunderte hinweg zusammen und zu Hunderttausenden liegen deutsche und ungarische Soldaten europaweit nebeneinander in der Erde. Die Sorgen und Mühen des Alltags haben wir gemeinsam gelöst, so wie wir auch Ungarn nach den Verwüstungen der Kriege gemeinsam wieder aufgebaut haben. Und wir haben viel voneinander gelernt. Wir, Ungarn, haben von den schwäbischen Menschen zum Beispiel gelernt, dass die tätige, fleißige Arbeit der einzig mögliche Weg zum Erreichen ehrlichen Wohlstands ist. Die Ungarndeutschen haben über dieses gemeinsame Schicksal Zeugnis abgelegt, als sie sich unter der Fahne von Kossuth aufreichten statt unter der Fahne mit Doppeladler. Dies bekräftigten sie, als sie Schulter an Schulter mit den Ungarn an den Fronten des Ersten Weltkrieges kämpften. Diese Zusammengehörigkeit bekundeten sie auch bei der 1941-ger Volkszählung, als sie sich als Personen ungarischer Nationalität, aber deutscher Muttersprache bezeichneten. Und schließlich gaben sie ebendiesem Gefühl nach, als einige Jahre später viele von ihnen in die Armut, in das Elend, in die Erniedrigung durch das kommunistische System heimkehrten.

Viele Tausende waren nämlich für etliche Jahre zur Zwangsarbeit nach Sibirien deportiert worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde,

Die wichtigste Lehre aus der Geschichte der 1940er Jahre, als die Straßen Europas immer wieder mit aus ihrem Zuhause vertriebenen, hungernden und tatsächlich um ihr Leben rennenden Völkern gefüllt waren, ist, dass man ein Verbrechen durch ein anderes Verbrechen nicht wieder gut machen kann, ein vermeintliches Verbrechen durch ein anderes Verbrechen noch weniger, und ein angenommenes Verbrechen durch eine kollektive Bestrafung erst recht nicht. Wir können stolz darauf sein, dass die ungarischen Menschen nach 20 verworrenen, postkommunistischen Jahren des Übergangs endlich eindeutig auf die bürgerliche Einrichtung votiert haben, und das Parlament endlich die erste demokratische bürgerliche Verfassung Ungarns vollenden konnte.

Die wichtigste tragende Säule der bürgerlichen Welt ist die Gerechtigkeit und Billigkeit, wir geben einem jeden das, was ihm zusteht. Aus diesem Grunde hat das Parlament schon im Jahre 2013 beschlossen, dass der 19. Januar der Gedenktag der Verschleppung und der Vertreibung der Ungarn-

deutschen sei. Als ein ewiges Memento für die nach Sibirien zur Zwangsarbeit verschleppten 65000 Menschen und für die zur Aussiedlung verurteilten deutschen Familien. Der heutige Tag ist aber nicht nur ein Gedenktag, sondern auch ein Aufruf, all das nicht zu vergessen, was die Ungarndeutschen für Ungarn getan haben und bis auf den heutigen Tag tun.

Die ungarische Regierung unterstützt die Bewahrung der Identität und der Kultur der in unserer Heimat lebenden deutschen Mitbürger. Seit 2014 kann man im ungarischen Parlament sich auf Deutsch zu Worte melden, der Sprecher der Deutschen kann in seiner Muttersprache im Parlament reden. Es erfüllt uns mit Freude, dass in den vergangenen Jahren sich die Zahl der deutschen Schulen vervielfacht und die Zahl der dort lernenden Schüler sich verdreifacht hat. Und wir sind auch stolz darauf, dass sich die Zahl derer, die sich als zur Gemeinschaft der Ungarndeutschen gehörig bekennen, heute schon beinahe 200000 erreicht.

Die Ungarndeutschen können bis auf den heutigen Tag eine Kultur die ihre nennen, deren Fäden tief in das Gewebe der ungarischen Kultur eingeflochten sind. Wenn wir diese Fäden herauszogen, so würde das gesamte Gewebe zerfallen. Die ungarisch-schwäbische Gemeinschaft stellt einen organischen und unveräußerlichen Bestandteil der ungarischen Kultur dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Leidensgeschichte der Ungarndeutschen soll uns dran erinnern, dass es das unveräußerliche Recht des Menschen ist, dort zu leben, wo er geboren worden ist, in der Kultur, in dem Land, in der Siedlung, die sein eigenes Zuhause ist. Und uns möge der Herrgott ausreichend Ausdauer und Geduld geben, damit wir Europa verteidigen und erhalten können und er möge uns genügend Kraft geben, damit wir das Recht darauf, in der eigenen Heimat bleiben zu dürfen, auch außerhalb Europas durchsetzen können. Im Namen der ungarischen Regierung wünsche ich unseren in Ungarn lebenden deutschen Mitbürgern, dass sie das Andenken ihrer Ahnen bewahren und ihre Kinder als in der deutschen Kultur aufgewachsene gute Ungarn erziehen sollen. Ehrfurcht den Opfern. Gebührende Erinnerung an die Leidenden. Ein Verneigen vor der Erinnerung an die Unschuldigen. Anerkennung und Ruhm jenen, die den in Not geratenen Ungarndeutschen geholfen haben. Alles Gute unseren mit uns zusammenlebenden Mitbürgern.“

Edmund Ferner

Neumünster – Vorankündigung: Der Jahresausflug findet am 14. August 2019 statt. Abfahrt – hinter dem Finanzamt am Bahnhof – um 13.30 Uhr nach Rendsburg.

Bericht

Die Juni-Veranstaltung der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, war wieder gut besucht auch mit mehreren Gästen, die gerne über Land und Leute – was gibt es Neues über die Landesteile Samland, Frisches Haff und Nehrung, Kurisches Haff und Nehrung, Ermland, Natangen, das Oberland, die Romintener – und Johannsburger Heide, über das Memelland und Masuren hören und Bilder sehen wollten.

Die Beiträge, vorgetragen von der Vorsitzenden Brigitte Profé wurden vom Landmann Dietmar Anger mit seinen privaten wunderschönen Aufnahmen begleitet. Zwischendurch wurden zu den Provinzen passende Lieder gesungen.

Man staunt, was Ostpreußen vorzeigen kann an Burgen, den Oberland-Kanal, Städte, das Landleben, die Seebäder mit den Stränden und die schöne Land-

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Inge Wenzek

geb. Liedtke

* 13. 4. 1936

Georgenburg

† 10. 6. 2019

Celle

Jürgen Wenzek

Traueradresse:

Jürgen Wenzek, Mozartstraße 18, 29303 Bergen

schaft mit den preußischen Al-

leen. Das Programm war sehr abwechslungsreich, und viel zu schnell verging der Nachmittag.

Brigitte Profé



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Schmalkalden – Die Heimat-treuen Schwägerauer, Eichensteiner und Waldhausener haben sich vom 19. bis 22. Mai zum neunten Mal in Schmalkalden getroffen. Unser Thema war diesmal „Acht Jahre“ Treffen der Schwägerauer.

Die Anreise erfolgte am Sonntag, entweder mit dem Pkw oder mit der Bahn. Gegen 17 Uhr waren alle angekommen. Leider konnten vier Schwägerauer krankheitsbedingt nicht anreisen. Aber dafür waren zum ersten Mal Erika Block aus Schwägerau mit Mann, Tochter und Schwiegersohn angereist. Somit haben sich 14 Heimat-treue zusammgefunden. Nachdenkliches und Freudiges waren dicht beieinander. Unser 9. Treffen begann wie immer mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“.

Am Sonntagabend haben wir das zurückliegende Jahr mit seinen Höhen und Tiefen Revue passieren lassen. Es wurde plachandert, diskutiert und Begebenheiten ausgetauscht, und natürlich wurde auch gesungen. Willy und Siegfried haben Königsberger Marzipanherzchen verteilt. Bevor es zu Bett ging hat Siegfried noch für die kommenden Tage den Ablauf konkretisiert.

Am Montag haben Siegfried und Heinz einen Rückblick und eine Übersicht vom Entstehen des Schwägerauer Treffens, von 2011 bis 2019 gegeben. Unser erstes Treffen haben Alfred und Siegfried 2011 zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt organisiert. Siegfried war der Meinung, dass zum Deutschlandtreffen einige Schwägerauer kommen würden, besomit wäre es doch möglich, vorab mit ihnen zu sprechen, ob sie teilnehmen würden. Für uns aus der ehemaligen DDR war es eine einmalige Gelegenheit, „Alte Schwägerauer“ zu treffen. Denn wir hatten vor 1990 keine Möglichkeit, an einem Deutschlandtreffen der Ostpreußen teilzunehmen. Alfred und Siegfried haben sich die Familien aufgeteilt, um mit ihnen zu sprechen. Alfred mit einigen Schwägerauer aus der ehemaligen BRD und Siegfried mit Schwägerauern, die in der ehemaligen DDR wohnen. Viel Arbeit und Zeit haben

beide in die Vorbereitung investiert. Es war das erste Zusammentreffen der Schwägerauer nach der Flucht im Januar 1945. Unsere Frage dabei war, wie wird die erste Begegnung verlaufen. Es waren 66 Jahre vergangen, und viele hatten sich nicht mehr gesehen oder gesprochen. Wir plachanderten über Flucht und Neuanfang im geteilten Deutschland. Nachbarn und ehemalige Schüler trafen sich nach so vielen Jahren, Kindheitsereignisse tauchten auf. Dummheiten, die man zusammen gemacht hatte, brachten uns zum Lachen. Es wurde über die Schule und den Lehrer Mücke plachandert.

Alfred und Siegfried haben viele Dokumente, Bilder und Karten ausgelegt, dabei sind wir mit vielen ins Gespräch gekommen. Dank der Mithilfe vieler Schwägerauer ist dann das Büchlein „Die Erinnerung bleibt“ von Alfred und Siegfried geschrieben worden. Für das zweite Treffen wurde eine erweiterte Bilderauslage vorbereitet. Das Ankommen nach der Flucht in den Ländern, sei es in der sogenannten Westzone oder in der sogenannten Sowjetischen Zone gewesen. Es waren sehr unterschiedliche und schwierige Anfänge in der neuen Heimat. Solche Treffen sind Momente, die Mut machen. Daran haben auch Tagessgäste wie Familie Haase, Muschkatet und Willy Plewka teilgenommen. Natürlich haben wir auch einige Schwägerauer zu Jubiläen wie Goldene Hochzeiten, runde Geburtstage typische Ostpreußische Geschenke überreicht. Ab dem dritten Treffen fanden diese in Schmalkalden statt. Für jedes Treffen haben wir uns bestimmte Schwerpunkte gesetzt, Heinz hat dazu Vorträge gehalten wie über Leben und Arbeiten von Agnes Miegel, die Salzburger in Ostpreußen, Flucht und Vertreibung aus unserer Heimat Ostpreußen (70 Jahre). Dazu haben wir über 100 Fotos ausgelegt und dabei ein Kurzporträt über die Schwägerauer Historie sowie einige ostpreußische Sprachgewohnheiten auf Schwägerauer Platt zum Besten gegeben. Die Diskussionen erstreckten sich über die UN-Feindstaatenklausel bis hin zu Fragen in Bezug auf erforderliche Friedensverträge. Diese Vorträge waren für uns sehr lehrreich und interessant. Siegfried hat eine Ton-Bild-Schau über Insterburg (von Klaus Marciniowski) gezeigt, die die Situation dieser einstmaligen sehr schönen Stadt vor 1945 und jetzt aufzeigt. Unvergleichbar die Eindrücke, Ergriffenheit unter uns, Momente, die wir schon mehrfach erlebt haben, die uns aber immer wieder berüh-

Landmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 18



Schmalkalden: Treffen der Schwägerauer

Bild: privat

Gemeinsam gedenken, zusammen erleben

Zum traditionellen Treffen auf Schloss Burg kamen zahlreiche Ostpreußen, Schlesier und Pommern

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Zum traditionellen landsmannschaftlichen Treffen auf Schloss Burg bei Solingen waren erneut zahlreiche Ostpreußen, Schlesier und Pommern gekommen. Es waren erlebnisreiche Stunden im Bergischen, die mit Plachandern, Singen und Genießen wie im Flug vergingen.

Am Sonntag des ersten Juli-Wochenendes war das Plateau vor der Gedenkstätte des Deutschen Ostens und der Vertreibung auf Schloss Burg an der Wupper wieder Schauplatz einer Kulturveranstaltung der besonderen Art. Das frühere „Kleine Ostpreußentreffen“ hat sich in den letzten Jahren zu einem kulturellen Stelldichein entwickelt, an dem auch Vertreter der schlesischen und pommerschen Landsmannschaften aus Nordrhein-Westfalen teilnehmen.

Beim fröhlichen Wiedersehen mit alten Weggefährten, aber auch in Gesprächen mit neuen Gleichgesinnten konnte man Erinnerungen aus der ehemaligen Heimat auffrischen, Neuheiten austauschen und auch in die Zukunft blicken.

An den Ständen der drei Landsmannschaften sowie beim Bund Junges Ostpreußen (BJO) und bei „Café Lorbas“ war eine Fülle an Informationen, Büchern, Landkarten, Reiseführern und Ansichten von anno dazumal und von heute zu sehen und zu erwerben. Zu den jüngsten Veröffentlichungen gehörte der Band „Hermann Sudermann – Erinnerungen an einen ostpreussischen Dichter mit Beiträgen von Bärbel Beutner und Walter T. Rix“. Die Broschüre wurde im Selbstverlag von Werner Schuka aus Anlass des 90. Todestages von Hermann Sudermann herausgegeben.

Erstmals waren Ulrike und Hans-Werner Hösterey aus Solingen mit Büchern von Gert O. E. Sattler beim Treffen auf Schloss Burg dabei. Der Ostpreußen- und Heimatdichter (1921–2017) hat die meisten seiner Gedichtbände mit Bezug zu den früheren deutschen Ostgebieten selbst verlegt. Die Nichte des Schriftstellers verwaltet den Nachlass und informierte die Interessenten über Titel wie die „Ostpreußen-Septimologie“ und die „Bernstein-Quintologie“.



Offizielles und kulturelles Programm: Stephan Grigat (o.) bei seiner Rede, Bärbel Beutner und die Sängerin Isabelle Kusari (u.v.l.)

Bilder: D.G.

Für das leibliche Wohl der Besucher wurde bestens gesorgt. Zum Probieren gab es typische kulinarische Spezialitäten wie „Schlesischer Mohnkuchen“ und „Pommerscher Salzkuchen“. Hinzu kamen edle Tropfen wie „Bärenfang“ oder „Schit-Lot-Em“.

Das Bläserensemble der Dabringhausener Musikanten aus dem Bergischen Land sorgte für gute Stimmung und bot unter der Leitung von Torben Krause ein abwechslungsreiches Platzkonzert mit beliebten Volksliedern.

Jürgen Zauner, der ehemalige, langjährige Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, moderierte den offiziellen Teil der Veranstaltung. Stimmungsvolle Momente waren die Andacht, das Geläut der Glocken vom Königsberger Dom und von der Jakobuskirche Breslau sowie das Totengedenken mit Kranzniederlegung und nicht zuletzt das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ in der Interpretation der Dabringhausener Musikanten.

In ihren Grußworten wandten sich die Vorsitzenden der drei Landesgruppen Rudi Pawelka (BdV Nordrhein-Westfalen, Schlesien), Wilhelm Kreuer (Ostpreußen) und Adalbert Raasch (Pommern) an alle Teilnehmer und freuten sich



über die gute Resonanz der Kulturveranstaltung.

Das „Wort der Jugend“ überbrachte Tobias Link, der Vorsitzende des Bundes Junges Ostpreußen (BJO). Er verriet unter anderem, dass der BJO seit Kurzem auch auf

Instagram vertreten sei, so dass Interessenten jederzeit einen „heißen Draht“ zu aktuellen Veranstaltungsterminen, Brennpunktthemen und Reiseprogrammen haben. „Ostpreußen lebt!“ – so begrüßte Stephan Grigat, Sprecher der

Landsmannschaft Ostpreußen, die Teilnehmer der Kulturveranstaltung auf Schloss Burg. Es sei wichtig und richtig, dass man sich durch Begegnungen dieser Art zur ostpreussischen Heimat bekenne und die Erinnerung an die Vergangenheit aufrechterhalte. Mit Blick in die Zukunft verwies Grigat auf das Jahr 2020, wenn das Deutschlandhaus mit der geplanten Gedenkstätte der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung in Berlin der Öffentlichkeit übergeben wird. Die dort geplante Dauerausstellung soll voraussichtlich 2021 eröffnet werden.

Für die Festansprache konnte Heiko Hendriks – seit 2018 Vorsitzender des NRW Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen – gewonnen werden. Er unterstrich die Tatsache, dass das Land Nordrhein-Westfalen viele Vertriebene und geflüchtete Deutsche aufgenommen hat. Diese Menschen haben hier eine neue Heimat gefunden, sie haben Brücken aufgebaut und Völkerverständigung gelebt.

Das von Bärbel Beutner betreute musikalische Kulturprogramm des diesjährigen Treffens bestritt die Mezzosopranistin Isabelle Kusari. Die Solistin brachte „Kulturschätze aus Ostpreußen, Schlesien und Pommern“ zu Gehör. Viel Freude bereitete den Teilnehmern die gemeinsam gesungenen Lieder „Ännchen von Tharau“, „Wem Gott will rechte Gunst erweisen“, „Wo die Ostseewellen trecken an den Strand“ und „Kein schöner Land“. Zu den ostpreussischen Höhepunkten gehörten unter anderem die Solo-Gesänge „Wenn ich ein Vöglein wär“, „Es dunkelt schon in der Heide“ oder „Freiheit, die ich meine“.

Viele der Teilnehmer nutzten auch die Gelegenheit, um die im Batterieturm des Schlosses eingerichtete Gedenkstätte des Deutschen Ostens und der Vertreibung zu besuchen. Dort zeigte die Pommersche Landsmannschaft ihre Wanderausstellung „Vertrieben – und vergessen?“

Am Ende des ereignisreichen Tages waren sich alle Anwesenden einig: Auf Wiedersehen bei Schloss Burg im nächsten Jahr!

Dieter Göllner

ren. In diesem Zusammenhang wurde daran erinnert, dass wir, die in Ostpreußen geboren wurden, mit denen, die nach Flucht und Vertreibung zur Welt kamen, eines eint: „Der Begriff Heimat“. Heimat ist untrennbar, ist im Herzen, ist Verantwortung und Verpflichtung zugleich.

Wir haben auch über die Satzungsänderungen der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land gesprochen, über die Mitgliederversammlung, ihre Aufgaben (§9) und Auflösung (§14). Danach wurde rege diskutiert. Nach einer Kaffeepause haben wir über Deutschlands vergessene „Wolfskinder“ gesprochen. Sie mussten jahrzehntelang für Dinge büßen, die sie selbst nicht zu verantworten hatten. Sie leiden bis heute unter ihren Nachkriegserfahrungen und sind in ihrer Lebensqualität zum Teil noch immer massiv eingeschränkt. Auf der Grundlage eines Interviews zeigte ein Rollenspiel die jeweilige Situation der Wolfskinder auf. Das war eine sehr nachdenkliche Aussage über die Erlebnisse dieser „Kinder“. Als Abschluss dieses Treffens hat Siegfried eine Collage über diese Zeit mit einem dazugehörigen selbstgemachten Bärenfang überreicht.

Zum Abschluss unseres 9. Treffens haben wir über das Treffen der Landsmannschaften Ostpreußens, insbesondere die Rede des Sprechers Stephan Grigat in Wolfsburg gesprochen. Heinz hat die Rede ausschnittsweise vorgelesen und wir haben darüber gesprochen, hinterfragt und uns darüber ausgetauscht. Wir sind dabei übereingekommen: Ostpreußen lebt, denn das ist und bleibt unsere Heimat. So wie wir Schwägerauer sagen „Schwägerau, Eichenstein und Waldhausen leben“.

Zu diesen neun Jahren gehörte dazu: das Gedenken an unsere Verstorbenen, das Plachandern, Singen, Erinnern an Reiseberichte aus unserer unvergessenen Heimat sowie ostpreussische Köstlichkeiten. Mit diesen Jahren gingen viele erlebnisreiche Tage mit vielen Eindrücken zu Ende. Wir sagen Danke der Familie Jäger und deren Personal für die gelungene Gastfreundschaft in ihrem Haus.

Wenn wir gesund bleiben, werden wir uns vom 17. bis 20. Mai 2020 in Schmalkalden wiedersehen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Heute ist es nur noch grün«

Preußens kleinste Stadt Kupferberg im Riesengebirge ist tot – doch einmal im Jahr lebt sie zum Miedzianka-Fest wieder auf

O bwohl es erst zum dritten Mal stattfindet, genießt das Kulturfestival „Miedzianka-Fest“ (miedz heißt Kupfer auf Polnisch, Fest in deutscher Sprache) in Kupferberg im Riesengebirge [Miedzianka] bereits Kultstatus und zieht neben Touristen renommierte Literaten und Künstler aus ganz Europa an. Auf Besucher warten vom 23. bis 25. August Literaturabende und Konzerte im Freien sowie Dokumentarfilm- und Theateraufführungen.

Es gibt Text-Ausflüge in die Welt des Journalismus. Als Besonderheit versprechen die Organisatoren ein Reportage-Experiment, an dem die Kupferberger und Touristen mitwirken. Es trägt das Motto: „Wie dem auch sei“ (było nie było), „denn die Reportage ist heute nicht mehr nur eine bloße Wiedergabe von Fakten. Das Interessante ist heute das Ineinanderfließen verschiedener Formen, wenn die Fiktion die Form eines Dokuments erhält und das Dokument wie eine Fiktion wirkt. Für uns ist es dann am interessantesten, wenn der Le-

ser konfus wird und überlegen muss, was wahr ist und was sich der Autor ausgedacht hat. Eben in dieser Unsicherheit liegt die wahre Kraft der Literatur“, so Włodzimierz Nowak, Ideengeber des Miedzianka-Festes.

Der in Posen lebende polenweit bekannte Journalist und Autor Nowak arbeitet seit 1993 als Publizist bei der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Er schreibt literarische Reportagen für die Beilage „Großes Format“ (Duzy Format). Nowak wurde 2008 mit dem Deutsch-Polnischen Journalistenpreis ausgezeichnet und erhielt 2010 zusammen mit der Übersetzerin Joanna Manc den Ehrenpreis des Georg-Dehio-Buchpreises für seine Reportagensammlung „Die Nacht von Wildenhagen“. In Kupferberg sammelt Nowak Erzählungen, Essays und Beiträge, aus denen während des Miedzianka-Festes eine Art improvisiertes, multimediales Feature entsteht.

Einer, der Kupferberg – die mit 600 Einwohnern einmal kleinste Stadt Preußens – polenweit be-

rühmt machte, ist der Journalist und Fotograf Filip Springer. Vor Jahren verliebte er sich in Kupferberg – einen Ort, den es eigentlich nicht mehr gibt. Springer, der für Politikmagazine wie „Polityka“, „Polska The Times“ oder „Newsweek Polska“ arbeitet, unterrichtet an der Posener Hochschule für humanistische Wissenschaften und Journalistik. Vor zehn Jahren begann er Reportagen über Kupferberg zu schreiben. In einer heißt

es: „Karl Heinz Friebe steht zwischen Brennesseln und zeigt ruhig mit seinem Schirm: Dort stand das Breuer-Restaurant, dort die Apotheke. Hier, wo wir stehen, war die Stube meiner Großmutter, von hier betrat man den Flur und ging hinaus zu einem wunderschönen Apfelbaum. Kupferberg war einmal sehr schön und grün. Heute ist es nur noch grün“. Diesen Text schrieb Springer bereits 2009 in der „Polityka“. 2011 folgte sein

Buch „Kupferberg. Die Geschichte des Verschwindens“ (Miedzianka. Historia znikania).

Springer, der von Beruf Archäologe ist, archiviert seine ausgegrabenen „Erinnerungs-Protesen“ und macht sie in seinem Buch und den Reportagen wieder lebendig. Der Ort, von dem nach dem Ende des Uranerzabbaus Anfang der 70er Jahre quasi nur noch die Kirche überdauert hat, lebt dank ihm zumindest für ein Wochenende im

Jahr, beim Miedzianka-Fest, wieder auf. Dann kommen ehemalige Einwohner zurück, die in den 70er Jahren vom polnischen Staat in die Großstadt Hirschberg [Jelenia Gora] umgesiedelt wurden.

Fast schon wäre das Miedzianka-Fest 2019 ausgefallen, da das polnische Ministerium für Kultur und Nationales Erbe die finanzielle Unterstützung strich. Am 11. Juni startete das Institut für Reportage in Posen eine Internet-Sammelaktion. Springer traute seinen Augen nicht, als er nur einen Tag darauf die noch fehlende Summe von 15000 Zloty auf dem Spendenkonto sah, was ein Viertel des Gesamtetats ausmachte.

Kupferberg erreicht man vom zwei Kilometer entfernten Bahnhof Jannowitz [Janowice Wielkie] zu Fuß. Nach Jannowitz gibt es als Endpunkt im touristisch gut ausgebauten Riesengebirge nach wie vor Direktverbindungen aus Warschau und Posen. Mit der Niederschlesischen Eisenbahngesellschaft [Koleje Dolnoslaskie] erreicht man Jannowitz zudem aus Breslau, Hirschberg und Waldenburg. Chris W. Wagner



Ruft zum Besuch in Kupferberg auf: Filip Springer

Bild: miedzianka-fest.pl

Die pommersche Bibliothek in Stettin

Historischer Arbeitskreis Stettin besuchte Bibliothek, an der einst Erwin Ackerknecht wirkte



Foto: Dahle

Unveränderlich seit über 100 Jahren dient die Pommersche Bibliothek den Einwohnern Stettins und der Region als eine der wichtigsten kulturellen Einrichtungen der Stadt. Sie entwickelt und verändert sich, um am besten ständig wachsenden Anforderungen der gegenwärtigen Welt gerecht zu werden, ohne dabei die Vergangenheit zu vergessen. – Die Pommersche Bibliothek in Stettin ist die Kulturinstitution der Selbstverwaltung der Wojewodschaft Westpommern, eine regionale und die größte öffentlich-wissenschaftliche Bibliothek Westpommerns. So liest man es in dem Flyer der Bibliothek.

An dieser Bibliothek wirkte Erwin Ackerknecht, *15. Dezember 1880 in Baiersbrunn; †24. August 1960 in Ludwigsburg. Als deutscher Literaturhistoriker und Bibliothekar hat er sich in Stettin in der Zeit der Weimarer Republik einen Namen als Pionier des Volkshochschulwesens und der Volksbüchereibewegung gemacht. 1905 kam er als Bibliothekar an die Stadtbücherei in Stettin und baute hier ein einzigartiges Bücherei- und Volksbildungswesen auf. Als Leiter der Stadtbücherei von 1907 bis 1945, die er mit einem Bestand von 20.000 Bänden übernahm und

zu einer wissenschaftlichen Studienbücherei und einer Volksbücherei mit insgesamt 200.000 Bänden ausbaute. Die Stettiner Volkshochschule rief er 1919 ins Leben, wurde deren Leiter und Dozent. Bücher waren sein Leben, so gründete er 1923 die Pommersche Landeswanderbücherei, 1932 die Staatliche Büchereischule in Stettin. Er gehörte zu den Initiatoren der Gründung (1921) des Vereins Deutscher Volksbibliothekare, heute aufgegangen im Berufsverband Information Bibliothek. BS

Ein Programmpunkt des diesjährigen HAST-Treffens war der Besuch der alten Stadtbibliothek an der Grünen Schanze.

Im Lesesaal, der sich im zweiten Stock des alten Gebäudeteils befindet, wurden uns die Aufgaben und die Funktionsweise dieser Einrichtung im Rahmen der Bibliotheksstruktur erläutert und Fragen beantwortet. Frau Kacprzykowska leitet die Einrichtung seit dem Tode von Barbara Sztark, die sich sehr um die Kontakte nach Deutschland und die Bewahrung der alten Bestände verdient gemacht hatte. Ihre Vorgängerin hatte sich zu diesem Thema auch des Öfteren in unserem „Stettiner Bürgerbrief“ geäußert, der bei dieser Begegnung überreicht wurde. Über die neue Leiterin und die Aufgaben der Bibliothek hat Bernd Aischmann im Stettiner Bürgerbrief von 2018 unter anderem berichtet: Mit fast 13 500 Büchern und Broschüren sowie über 32 000 Dokumenten des gesellschaftlichen Lebens, darunter Plakate, Handzettel und Flugblätter, zählt die Regionalsektion der Pommerschen Biblio-



Die Stadtbibliothek heute

Foto: Jan Surudo

thek in Stettin (Dział Regionalny Książnicy Pomorskiej) zu den bedeutendsten bibliografischen Pommernzentren diesseits und jenseits der Oder. Viele Jahre geprägt von ihrer 2017 leider viel zu früh ver-

storbenen Leiterin Barbara Sztark und nun geführt von Sylwia Wesolowska ist sie eine nahezu uner-schöpfliche Fundgrube für Historiker und geschichtlich Interessierte. Ihre Bestände leisten gute Dienste

bei wissenschaftlichen Projekten oder bei Magister- und Abiturarbeiten. Und sie sind von hohem Wert für die Deutschen und Polen, die sich mit ihrer einstigen oder heutigen pommerschen Heimat eng verbunden fühlen und sich für ihre Geschichte und Gegenwart interessieren. Zwar muss man aus deutscher Sicht wegen solch wertvoller hier vorhandener Originale an den Pommerschen Urkundenbuch, dem Pommerschen Wappenbuch, dem von Thomas Kantzow verfassten vierzehnbändigen Werk Pomerania oder Ursprung, Altheit und Geschichte der Völker und Lande Pommern, Caßuben, Wenden, Stettin, Rhügen..., der Chronik der Stadt Stettin von Friedrich Thiede oder der Geschichte der Stadt Stettin von Martin Wehrmann nicht unbedingt in die Pommersche Bibliothek nach Stettin fahren. Sie sind auch in deutschen Büchereien zugänglich. Doch das Besondere an den Sammlungen der Pommerschen Regionalsektion ist, dass ihre deutschen Bestände durch polnische Beiträge zur einstigen deutschen und heutigen polnischen sowie gemeinsamen deutsch-polnischen pommerschen Geschichte und Gegenwart ergänzt werden. So ergibt sich die interessante Möglichkeit des direkten Vergleichs historischer Ansichten und aktueller Entwicklungen unmittelbar an einem Ort. – Soweit Aischmann.

Eine weitere Besichtigung erfolgte im Hause in den vor Jahren errichteten zwei Leseräumen mit der deutschsprachigen Literatur nebst Katalogen und weiteren Hilfsmitteln, die zur segensreichen Zeit von Dr. Erwin Ackerknecht beschafft, verwaltet und später

gerettet werden konnten. Diese Bestände machen einen Teil des Kulturellen Erbes aus, das hier, wie im Stettiner Staatsarchiv, gepflegt wird. Alte Katalogzettel aus den frühen Jahren des vorigen Jahrhunderts weckten das Interesse der Teilnehmer, denn heute ist ein Nachweis der Zugänge fast nur noch digital möglich. Auf die neuen Möglichkeiten einer Recherche in der Digitalplattform „Pomerania/Zachodnia Biblioteka Cyfrowa Pomerania“ hatte bereits der oftmals Gast vor Ort Bernd Aischmann hingewiesen. Ein Austausch zu diesen Fragen erfolgt ständig in einem Netzwerk mit den Direktoren der deutschen Universitätsbibliotheken in Greifswald, Schwerin und Rostock.

Für die Sammlung der Dokumente aus der deutschen Zeit wurde der Bibliothek ein Beleg aus den 1960er Jahren mit Fotos überreicht, in dem Erwin Ackerknecht aus seiner alten und wieder neuen Heimat in Ludwigsburg (Baden-Württemberg) an eine frühere Mitarbeiterin, Frau Barbara Zobel, antwortet und sich an die jahrzehntelange Arbeit in der Stettiner Stadtbibliothek erinnert.

Die Kontakte zur Bibliothek sollen weiter gepflegt werden; auch gemeinsame Ausstellungen werden in Erwägung gezogen. Ein Höhepunkt in der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Stettin wird die Übernahme von Gegenständen aus der bekannten Stoewer-Sammlung von Manfred Bauer im Odenwald durch das Technik-Museum im heutigen Szczecin noch in diesem Jahr sein.

Wolfgang Dahle

Pommerns „Krone der Fürstenfrauen“

Anna von Pommern – eine unglaubliche Lebensgeschichte

Anna von Pommern war eine geborene Prinzessin von Pommern-Wolgast. Zeitgenossen bezeichneten sie wegen ihres attraktiven Aussehens sowie ihrer geistigen Vorzüge als „Esther von Charakter“, „Abigail von Verstand“ und „Krone der Fürstenfrauen“. Sie war in Jugendjahren begehrt, heiratete als Lutheranerin vor 400 Jahren den katholischen Herzog Ernst von Croy und erscheint in den Geschichtsbüchern allerdings nur noch als „letzte Greifin“, deren Grabdenkmal in Stolp erhalten blieb. Außerdem besteht ein enger Bezug zum berühmten Croy-Teppich, der jetzt in der Dauerausstellung des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald zu bewundern ist.

Die Fürstin wurde am 3. Oktober 1590 auf dem Schloss der Greifen in Barth geboren. Ihr Vater war Herzog Bogislaw XIII. von Pommern-Wolgast. Als Mutter ist Clara von Braunschweig-Lüneburg überliefert, die in erster Ehe mit dem Fürsten Bernhard von Anhalt verheiratet war, als junge Witwe nach Pommern kam und in zweiter Ehe mit dem Pommernherzog verheiratet wurde. Prinzessin Anna war die jüngste Tochter unter mehreren Geschwistern und hatte glückliche Kindertage bis ihre Mutter 1598 starb. Nach der Wiederverheiratung des Vaters mit Anna von Holstein lebte die Prinzessin zunächst noch abwechselnd in Barth und Stettin, ehe sie in die Obhut ihrer Tante Anna, einer Schwester ihres Vaters, an den Hof nach Güstrow

kam. Nach dem Tod des Herzogs Ulrich von Mecklenburg wechselte die Tante Anna als Witwe mit ihrer gleichnamigen Nichte, die inzwischen zu einer attraktiven und gebildeten Prinzessin gediehen war, auf ihren Witwensitz Grabow, wo man zahlreiche Gäste empfing.

Unter den Besuchern, die mehrheitlich ihre Fühler nach der umworbenen Prinzessin Anna von Pommern ausstreckten, war auch Herzog Ernst von Croy aus der fürstlichen Linie Havré. Die Adelsfamilie Croy stammte ursprünglich aus der französischen Picardie, war im Dienst der Herzöge von Burgund, der Habsburger und auch Frankreichs in den Fürstenstand aufgestiegen. Dazu war als Krönung der Herzogstitel gekommen.

Zwischen dem katholischen Fürstenspross und der evangelischen Prinzessin aus dem Greifenhaus knisterte es sofort. Doch die unterschiedlichen religiösen Orientierungen schienen zunächst unüberwindlich, um inmitten der vielen Zweckheiraten unter den Fürstenhäusern auch einmal eine Liebesheirat zu ermöglichen. Doch das Liebespaar setzte in beiden Familien seinen Heiratswillen durch. Es wurde ein komplizierter Ehevertrag abgeschlossen, der die Zugehörigkeit der Braut sowie eventueller Kinder zum evangelischen Glauben sicherte und als Leibgedinge den Croy-Besitz Vinstingen mit Herrschaft und Schloss festlegte. Vinstingen liegt an der oberen Saar rund 40 Kilometer von Saarbrücken, gehörte abwechselnd zu Deutschland und Frankreich

und ist jetzt unter dem Namen Fénétrange eine mittelalterlich anmutende Kleinstadt im französischen Arrondissement Sarrebourg-Chateau-Salins. Nach der vertraglichen Festlegung über die Hochzeits-, Glaubens- und Erbangelegenheiten folgte am 4. Au-

Croy als kaiserlicher Offizier in den Dreißigjährigen Krieg. Er erlebte nicht die Geburt seines Sohnes, starb selbst kurz danach in Oppenheim und hinterließ seine Witwe Anna in großen Schwierigkeiten. Die katholische Verwandtschaft aus den Häu-



Schloß der pommerschen Herzöge in Stolp

(Foto: Jubiläe)

gust 1619 in Alt-Stettin die Heirat. Anschließend übersiedelte das Paar nach Vinstingen, der von der Croy-Familie überlassenen Residenz. Vierzehn Monate dauerte nach der ungewöhnlichen Liebesheirat das Eheglück.

Dann zog der Herzog Ernst von

ern Croy und Havré verlangte ihren Übertritt zum Katholizismus und verweigerte angesichts ihrer Weigerung die Aushändigung des ehevertraglich festgelegten Erbes. Anna von Croy lief Spießbruten und folgte nach zwei Jahren der Pein der Einladung

ihres Bruders Bogislaw XIV., der inzwischen Pommern regierte. Sie zog mit ihrem Sohn Ernst Bogislaw von Croy nach Stettin, bekam vom Bruder einen außerplanmäßigen Witwensitz in Stolp mit zahlreichen Gütern und stand ihm fortan in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges mit ihrer Intelligenz als Beraterin zur Seite. Herzogin-Witwe Anna erlebte den Erbvergleich ihres Bruders mit dem Schwedenkönig 1630, dann den Tod aller ihrer Geschwister und 1637 auch noch den Verlust von Bogislaw XIV., der keinen Sohn hinterließ und als letzter männlicher Greifenspross starb. Damit trat der Erbfall Pommerns an Schweden ein. Das Herzogtum fiel als Schwedisch-Pommern an Schweden und wurde später zwischen Schweden und Preußen geteilt.

Die letzte Greifin erbt mit ihrem Sohn nicht das Herzogtum Pommern, sondern nur große Teile des persönlichen Nachlasses des Toten. Darunter war der berühmte Teppich, der die Maße von ca. 6,80 x 4,32 hat, 1554 von Herzog Philipp I. von Pommern in Auftrag gegeben worden war und die Hochzeitsgesellschaft seiner Heirat mit Maria von Kursachsen, mit Martin Luther auf der Kanzel zeigt. Diese Tapiserie gilt bis heute als einzigartige kulturhistorische Arbeit aus der Zeit der Reformation. Weil Ernst Bogislaw von Croy, der Sohn der letzten Greifin, den Teppich vor seinem eigenen Ableben der Greifswalder Universität übereignete, ist seitdem nur noch vom Croy-Teppich die Rede.

Für Anna von Croy bedeutete der Tod ihres Bruders 1637 eine neuerliche Umstellung. Sie wechselte mit ihrem Sohn nun dauerhaft auf ihren Witwensitz Stolp, brachte den Besitz auf Vordermann und besuchte oft die Witwe ihres verstorbenen Bruders Bogislaw XIV. in Rügenwalde sowie die Universitätsstadt Greifswald, wo ihr Sohn studierte. Diese wachsende Bindung an Greifswald hatte Folgen. Die Fürstin sorgte in Stolp für eine neue Kirche, organisierte die Kranken- sowie Armenpflege und engagierte sich für die Bildung der armen Kinder. Dann kam der schwedisch-polnische Krieg und Anna von Croy musste zunächst auch aus Stolp flüchten. Auf Maßgabe des Kurfürsten von Brandenburg konnte sie sich auf Schloss Rügenwalde niederlassen. Doch ihre Lebensgeister schwanden. Sie starb 1660 und fand in der Schlosskirche zu Stolp ihre letzte Ruhe, wo ihr Sohn, der später neben ihr bestattet wurde, ein Marmordenkmal aufstellen ließ. (siehe auch PAZ Nr. 5/2019) Ihr Sohn Ernst Bogislaw von Croy, der als evangelischer Bischof von Cammin sowie brandenburgischer Statthalter in Hinterpommern fungierte, starb 1684 in Königsberg. Er vermachte der Greifswalder Universität den Siegelring von Bogislaw XIV. und den berühmten Teppich aus dem Familienbesitz, der heute als Croy-Teppich in der Dauerausstellung des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald zu sehen ist.

Martin Stolzenau

Einsatz der Wehrmacht war vorbildlich und sollte nicht vergessen werden

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Der Leserbrief zu Herrn Grigats Rede ist ein Musterbeispiel für die gelungene Gehirnwäsche an den Deutschen durch die Siegermächte der beiden Weltkriege, auch „Charakterwäsche“ genannt. Der Sieger schreibt seit alters her die Geschichte, und in Deutschland sogar die Geschichtsbücher. Bekanntlich ließen die Alliierten nach 1945 über 32.000 Buchtitel in Deutschland vernichten

und erlaubten nur Verlage, die im Sinne der Sieger publizierten. Dennoch ist es möglich, sich über die wahren Kriegstreiber zu informieren. Allerdings ist es nicht leicht, im deutschsprachigen Raum Schriften oder Aussagen verlässlicher und objektiver Historiker zum Thema „Ursachen beider Weltkriege“ zu finden.

So wie Polen heute gar nicht abwarten kann, bis die USA Soldaten und Waffen im Land stationieren, um Russland zu provozieren, hat es Deutschland seit seiner Neugründung nach dem Ersten

Weltkrieg durch Grenzübergreifung und marodierende Überfälle provoziert. Besonders die Deutschen im sogenannten Korridor hatten Unsägliches zu leiden. Kein wehrfähiges Land hätte diese Übergriffe so lange geduldet wie das Deutsche Reich. Die Polen freilich verschweigen diese Vorkommnisse. Sie sind sogar der Überzeugung, dass dieses 700 Jahre lang deutsch besiedelte Land „urpolnisches Gebiet“ sei.

Den Tod von zirka 2,5 Millionen Deutschen, meist Frauen, Kindern und Alten, haben die Vertreiber-

staaten verursacht, ebenso die Vertreibung und Enteignung von zirka 15 Millionen Ostdeutschen. Selbst die ehemaligen Feinde sprachen mit Hochachtung von der Wehrmacht, in welcher Vergehen, wenn sie vorkamen, streng bestraft wurden.

Dass unwissende und indoktrinierte Nachfahren die eigenen Soldaten diffamieren, ist ungeheuerlich und wohl einmalig in der Welt. Der Einsatz vieler Wehrmachtseinheiten und der deutschen Marine bei der Rettung einer großen Zahl Vertriebener war

vorbildlich und sollte nie vergessen werden.

Hätte die Mutter oder Großmutter des Leserbriefschreibers in den deutschen Ostgebieten gelebt und wären unter dem Schutz deutscher Soldaten den Russen, Polen oder auch Tschechen entkommen, würde er vermutlich anders urteilen, auch, weil er dann über das Verhalten der polnischen und tschechischen Bevölkerung sowie der Roten Armee besser unterrichtet wäre.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main

Er ist diskreditiert

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

PAZ-Leser Maußhardt rügt, dass der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, den „deutschen Wehrmachtssoldaten“ dafür gedankt habe, dass sie „den Überlebenden aus Ostpreußen“ die Flucht ermöglicht hätten. Es ist keine Wortklauberei, wenn ich dazu feststelle, dass Grigat bei seiner diesjährigen Rede das Wort „Wehrmacht“ überhaupt nicht gebraucht hat, sondern schlicht „den deutschen Soldaten“, gedankt hat, die unter Einsatz ihres Lebens die „Flucht hunderttausender Ostpreußen“ ermöglicht hätten.

Grigat hat damit ganz konkret denjenigen Soldaten gedankt, die ab 12. Januar 1945 in Ostpreußen zehn Wochen lang unter größten Verlusten gekämpft haben, um den Fluchtweg für die Bevölkerung, insbesondere zuletzt aus dem Heilsberger Kessel über das Frische Haff und die Frische Nehrung, offenzuhalten. Grigat erhielt für seinen Dank lebhaften Beifall. Auch von mir. Meine Mutter erreichte mit meinen drei Geschwistern und mir dank des zähhaltenden Kampfes der deutschen Soldaten am 21. Januar 1945 aus dem zentralen Ostpreußen kommend noch einen der letzten Züge, die aus Elbing abgingen.

Schon zwei Tage später war die Flucht nur noch unter furchterlichen Umständen und mit sehr vielen Todesopfern über das Eis des Frischen Haffes und die Frische Nehrung möglich. Unter den Toten auf dieser Fluchtroute befanden sich auch mein von mir sehr geliebter Spiel- und Klassenkamerad sowie ein zweimonatiges Baby und zwei Frauen, die ich alle kannte. Sie fuhrten auf den drei von insgesamt sieben Treckwagen des Gutshofes, auf dem ich aufgewachsen bin. Nur diese drei konnten nach Einholung durch die Front bei Landsberg den sowjetischen Truppen noch einmal entkommen. Die Familien auf den vier anderen Treckwagen gehören zu den 390.000 Ostpreußen, die noch bis Mitte der 60er Jahre als verschollen galten. Es war an deren Alter zu erkennen, dass die meisten mit mir Applaudierenden wohl wie ich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nur dank der Soldaten überlebt haben, denen Grigat gedankt hatte.

Weil die Kritiker der Vertriebenenverbände wie Maußhardt das hinsichtlich der Schuld anders sehen, nutzen sie jede vermeintliche Gelegenheit für den Versuch, die Landsmannschaften der Vertriebenen in Misskredit und endlich zum Schweigen zu bringen. Ein weiterer Grund dafür ist, dass es sie stört, daran erinnert zu werden, dass die Vertriebenen durch den Verlust der Heimat und ihres ganzen dortigen Vermögens Lasten zu tragen hatten, die ihnen – bei nicht geringerer „deutscher Schuld“ – erspart geblieben sind. Nicht Grigat hat sich diskreditiert, sondern der Leserbriefschreiber und Journalist Maußhardt.

Friedrich Gastell, Isernhagen

„Um denjenigen deutschen Soldaten zu danken, die unter Einsatz und tausendfachem Verlust des eigenen Lebens den Überlebenden die Flucht aus Ostpreußen ermöglicht haben.“ Gemäß der Forderung des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, vom 11. Mai ein Grund für das Jahrestreffen der Ostpreußen



Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden?

Zu „Ostpreußen ist nicht sterblich“ (Nr. 20)

Genade frisch zurück von einer privaten Reise über Danzig nach Königsberg haben die Einblicke noch nach Eine Reise in eine geschichtsträchtige Region, geprägt vom jahrhundertalten Mittel- und schlesischen slawischer, deutsch und holländischer Bewohner. Mir als gebürtigen Schwaben war es ein Vergnügen, unter anderem auch das erst vor knapp zwei Jahren eröffnete Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig die Ausstellung über einen guten Überblick über Entstehung, Verlauf und Folgen der größten Katastrophe des letzten Jahrhunderts zu sehen. Die von Deutschland eingeleitete und unbeschreibliche Unruhe bei den Menschen brachte Unruhe bei den Verantwortlichen der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, 24 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs zu lesen. Da Grigat den deutschen Wehrmachtssoldaten dankt, die die nationalsozialistische Führung der Wehrmacht

Schlägt auch nach über einem Monat noch hohe Wellen: Der in der PAZ am 7. Juni abgedruckte Leserbrief zur Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat

Bild: PAZ

Verlorener Realitätssinn

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Nach der Lektüre des Leserbriefs kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die Geschichtskennntnisse des Autors, was Polen und die deutsche Wehrmacht betrifft, ausschließlich auf seinem Besuch eines Danziger Museums beruhen. Eventuell käme auch noch Reemtsmas Wehrmachtsausstellung in Betracht. Auf jeden Fall hat er keinerlei Kenntnis von den mörderischen Aktivitäten Polens, beginnend mit den Verhandlungen in Versailles, in den deutsch-polnischen Grenzgebieten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Um es vorwegzunehmen: Polen ist weltweit das einzige Tätervolk, das verstanden hat, von seinem völkerrechtswidrigen Verhalten, egal ob gegen Deutsche oder Juden, abzulenken und sich als die großen Leidtragenden der deutschen Wehrmacht darzustellen. Beginnend mit dem 19. Juli 1919 startete die extreme Hetze gegen Deutsche. Der Starost von Culm, Ossowski, erklärte: „Wenn ein Deutscher oder Jude wagt, irgend etwas gegen den polnischen Staat zu sagen, so bindet ihn mit Stricken und schleift ihn durch die Straßen.“

1921 empfing Ministerpräsident Witos in Warschau eine Abordnung deutscher Domänenpächter, gewährte ihnen zwei Minuten und erklärte: „Dies ist der erste Vorstoß gegen die deutsche Intelligenz, und es ist höchste Zeit, dass die sogenannten deutschen Kulturträger verschwinden.“ Der offene Terror gegen Deutsche begann und hörte nie auf.

1932/33 versuchte der polnische Außenminister, die Franzo-

sen und Engländer zu animieren, einen Krieg gegen Deutschland zu beginnen, mit dem Ziel einer späteren gemeinsamen Grenze mit Frankreich an der Elbe. 1933 schloss Deutschland mit Polen einen Nichtangriffspakt ab. Danach kündigte die polnische Regierung den Minderheitenschutzvertrag. Die Entdeutschung wurde fortgeführt, der Terror gegen Deutsche verschärfte sich nach der Garantieerklärung Englands vom 31. März 1939. Im Juni 1939 hielt der polnische Oberbefehlshaber, Marschall Rydz-Smigly, an polnische Offiziere eine Rede und hob hervor: „Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte.“

Die Teilmobilmachung Polens wurde bekanntgegeben. Am 22. August 1939 begann Polen, deutsche Verkehrsflugzeuge zu beschleßen. Schließlich führten folgende Ereignisse, die für sich alleingegenommen nach damaligem Recht ein Kriegsgrund waren, am 31. August 1939 zum Ausbruch des Krieges: Der Eisenbahnverkehr von Ostpreußen ins Reich wurde durch die Sprengung der Dirschauer Brücke durch Polen unterbrochen. Beuthen wurde von polnischer Artillerie unter Beschuss genommen. Das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ wurde von der widerrechtlich zur Festung ausgebauten Westerplatte unter Gewehrfeuer genommen. Und der deutsche Generalkonsul in Krakau wurde ermordet.

Der von polnischen Politikern beteuerte Gedanke zur Unschuld am Ausbruch des Krieges, mag von deren Brüdern und Schwestern im Geiste geglaubt werden, aber nicht von jenen, die sich noch einen Rest von Realitätssinn bewahrt haben. **Gebhard Knüll, Buxtehude**

Unangebrachte Beschimpfungen

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Dass der von Hitler begonnene Zweite Weltkrieg ein Verbrechen war, und zwar für alle Beteiligten, sowohl die von uns zuerst überfallenen Polen als auch zum Schluss uns Deutsche und unsere Wehrmachtssoldaten selbst, ist wohl unbestritten.

Und das, auch wenn für das unterlegene Deutschland der Keim dazu schon mit den Bedingungen des Versailler Vertrages gelegt wurde. Sowie auch wenn die polnische Regierung trotz des Zugewinns Westpreußens und Ostoberschlesiens auf weitere Landnahme gierig war, was mit in einer polnischen Generalstabsübung schon während der Zeit der Weimarer Republik (also schon gegen das friedliche Deutschland) geübt wurde, nämlich weitere Gebiete mit Ostseeküste bis möglichst Kolberg mit einen Krieg gegen das geschwächte Deutschland zu erobern.

Wenn der Leserbriefschreiber wohl meint, für einen (deutschen) Diktator hätte es keine andere Lösung gegeben, so sollte man doch auch von einem Diktator erwarten dürfen, dass er solche sich dann ergebenden Konstellationen rechtzeitig erkennt und hinsichtlich eines Überfalls auf das benachbarte Land entsprechend nicht handelt.

Aber statt eines Krieges hätte Deutschland andere Möglichkeiten gehabt, schwierige Nachkriegsbedingungen zu korrigieren. Zum Beispiel Polen durch wirtschaftlichen Druck zur Einrichtung eines nur für den deutschen Verkehr nach und von Ostpreußen genutzten und deutsch verwalteten Korridors durch den polnischen Korridor zu bewegen.

Bei fortgeführter polnischer Ungefälligkeit hätte es bis zur vollkommenen Schließung der deutsch-polnischen Grenzen wie zu DDR-Zeiten mit gleichzeitigem Abbruch der Handelsbeziehungen kommen können. Also, kein Schnellzug Paris-Berlin-Warschau-Moskau mehr. Kein Pole hätte dann mehr auf dem Landwege durch Deutschland in den Westen Europas reisen können. Millionen polnischer Erntehelfer in Deutschland hätten sich bei uns nichts mehr verdienen können. Und auch die Schließung des Nord-Ostsee-Kanals für polnische Schiffe hätte eine Option sein können. Und anderes mehr.

Da auch Russland durch weite Gebietsverluste an Polen diesem nicht gerade so freundlich gesonnen war, um ihm irgendwelchen wirtschaftlichen Ausgleich zu bieten, wären die Polen in der Korridorfrage Deutschland vielleicht irgendwann entgegengekommen. Man hätte es zumindest versuchen können – aber niemals einen Krieg anzetteln, der war das Verbrechen.

Es war gerade für unsere deutschen Soldaten so sinnlos, dass man sich niemals bei ihnen bedanken kann – wofür denn auch? –, sondern grenzenloses Bedauern für ihren Missbrauch durch die Nazis empfinden muss. Nachträgliche Beschimpfungen der Wehrmachtssoldaten sind ganz und gar ungerechtfertigt und daher unangebracht.

Helmut von Binzer, Hamburg

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Eine Anmaßung

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Der PAZ gehört alle Achtung so vorzügliche, ehrliche, wissenschaftliche Abhandlungen und Meinungen der Allgemeinheit zu veröffentlichen. Natürlich sind wir nicht mit allem, was wir lesen, einer Meinung. Das wäre ja langweilig. Aber: Als wir Philipp Maußhardts Leserbrief vor Augen hielten, da brach unsere gute Laune. Nun war Schluss mit der Toleranz. Sein Leserbrief ist nicht korrekt, anmaßend und eine wahre Unverschämtheit.

Ich habe als Soldat in Russland, Polen und Frankreich meine Pflicht getan wie auch hunderttausende von deutschen Männern. Wir haben für das Vaterland gekämpft gegen eine Übermacht, die sich schon seit Ende des Ersten Weltkrieges auf eine Vernichtung des deutschen Volkes verschworen hatte. Aber Herr Maußhardt würde das nicht wissen.

Erdmute und George Kuester, New Minas/Kanada

Exkommuniziert

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Mit seiner Aussage, „Ostpreußen galt als ‚Muster-Gau‘“, beleidigt Leserbriefautor Maußhardt meine verstorbene Mutter, meinen vermissten Vater und alle Ostpreußen. Die Ostpreußen werden aus der deutschen Geschichte exkommuniziert. Dazu passt die Aussage vom polnischen Generalkonsul in Königsberg 1925: „Keine Opfer können zu groß sein, um Ostpreußen in den Kreislauf des Polentums einzubeziehen.“ **Edwin Falk, Eutin**

Zutiefst verletzend

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Mich hat der Leserbrief des Herrn Maußhardt zutiefst verletzt. Nach meinem Empfinden spricht der Herr wie der Blinde von der Farbe. Sicher hat ihn das polnische Weltkriegsmuseum beeindruckt.

Herrn Grigat, dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, bin ich dankbar, dass er der deutschen Wehrmacht gedenkt. Ich verdanke der Marine von damals mein Leben. Mein junger Vater verlor seines in Russland, obwohl er kein Nazi war, wie mir meine Mutter versicherte. Meine Eltern haben Hitler nicht gewählt, und in die Partei wurde ja auch nicht jeder aufgenommen. Hätte mein Vater den Kriegsdienst verweigert, wäre sein Leben auch verwirkt gewesen.

„Ostpreußen galt als ‚Muster-Gau‘“, schreibt er. Soweit mir bekannt ist, war der Gauleiter in Ostpreußen aus dem Rheinland, und die „Stadt der Bewegung“ war München, und die großen Aufmärsche und Feiern fanden in Nürnberg statt. Ostpreußen war eine abgetrennte deutsche Provinz, die darunter litt. Die Propaganda hat damals schon funktioniert, genauso wie heute.

Der Leserbriefautor besitzt die „Gnade der späten Geburt“ und sollte sich informieren, bevor er durch seine „Weisheiten“ Menschen verletzt. **Waltraud Schmidt, Henstedt-Ulzburg**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Zur Schau gestellt

Madame Tussauds geistige Erben – In der Kaiserzeit verzückte ein Wachsfigurenkabinett die Berliner

Selbst der Kaiser kam zu Menschen, Tieren, Sensationen. Vor 120 Jahren starb Gustave Castan, der Schöpfer des legendären „Castans Panoptikum“ von Berlin.

Eine skurrile „Alles-Schau“ im Berlin der Kaiserzeit: Preussische Herrscher in Lebensgröße, plastische Nachbildungen berühmter Gemälde, Totenmasken von Prominenten, spektakuläre Fossilien, aber auch merkwürdige „Bärenweiber“, hindustanische Gaukler, und zwei fast 130 Kilogramm schwere „Herkulesknaben“ aus Danzig und noch vieles mehr: Das alles gehörte im Laufe der Zeit zu den zahlreichen „Attraktionen“ des legendären Panoptikums der Gebrüder Castan.

1869 hatte es Gustave Castan in bescheidenen Räumlichkeiten in der ehemaligen Straße „An der Stechbahn“ im „Roten Schloss“ eröffnet, so genannt, weil es ein wenig wie das Berliner Rathaus aussah. Gustave Castan, geboren 1837 in Berlin als Nachfahre hugenottischer Glaubensflüchtlinge, war von Beruf eigentlich Bildhauer, ebenso wie sein neun Jahre jüngerer Bruder und späterer Panoptikums-Mitinhaber Louis, der schließlich für eine Weile nach England ging, um das Herstellen von anatomischen Modellen zu erlernen. Schon der Vater, Jean Charles Louis Castan hatte einen künstlerischen Beruf, er war Schauspieler.

Das Anliegen der geschäftstüchtigen Brüder war zunächst, dem geneigten Publikum Zeitschichten anhand plastischer Darstellungen von Persönlichkeiten zu vermitteln. Marmor als Arbeitsmaterial schien ihnen dann aber nicht mehr zu genügen, und so stiegen sie auf Wachs um und entdeckten das Material als Grundlage für einen spektakulären Unterhaltungsfaktor.

1872 wurde das Kabinett durch einen Brand zerstört, es zog in

eine standesgemäße Behausung in der Kaiser-Galerie (Unter den Linden) um und wurde dort vom Kaiserpaar anlässlich der Eröffnungsfeier begutachtet. 1888 erfolgte ein weiterer Umzug in den Pschorr-Palast, benannt nach der Münchner Brauerei.

War das Panoptikum anfangs noch eine recht gesittete Angele-

gruseln konnte, dafür aber noch ein zusätzliches Eintrittsgeld zahlen musste. Der Reiz des Verbote- nen, der Laster und des Schreckens ließen zunehmend auch die Kassen klingeln. „Fehlt's ihr nicht an Geld, alsdann / Strengt der Castan sich auch an, / Manches Bild von größern Mördern / Fleißig an das Licht zu fördern“ und

ten beschrieben, doch als in einem Fall der Ausstellungskatalog darüber keinerlei Abscheu bekundete, verbot die Berliner Polizei im April 1879 kurzerhand die Ausstellung über zwei besonders grausame „Mordbuben“.

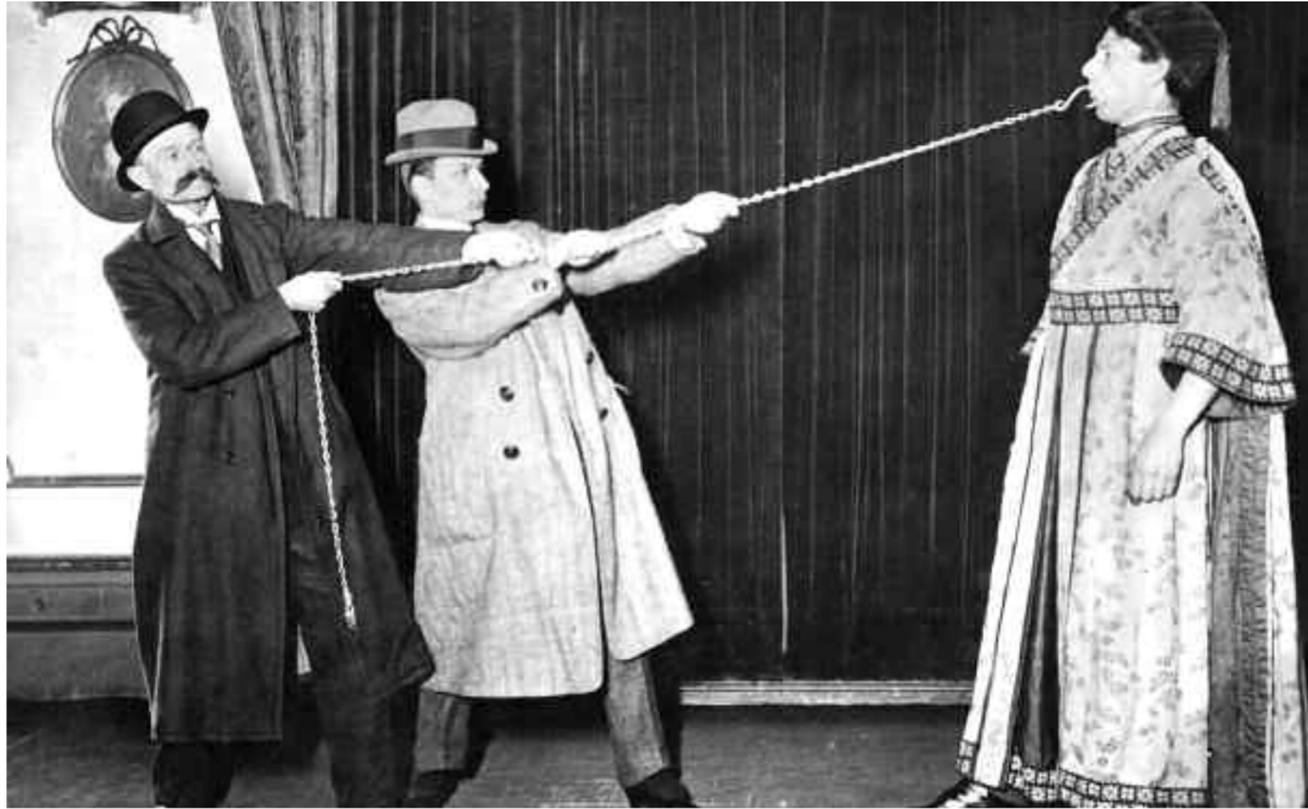
Nach und nach wurde auch in anderen Städten ein Castans Panoptikum errichtet, so auf der

senschaftler, angeführt von Professor Rudolf Virchow, der die Berliner Anthropologische Gesellschaft mitbegründet hatte. Immer häufiger wurden Menschen aus fernen Ländern zur Schau gestellt, die auf verschiedene Art und Weise nicht den gesellschaftlichen Normen entsprachen, darunter zum Beispiel ein

nicht ausreichend gewährleistet war. Durch Beziehungen zu dem Hamburger Zoodirektor Carl Hagenbeck, der ebenfalls für „Völkerschau“-Ausstellungen verantwortlich war, zogen dann auch noch lebende Tiere temporär in das Panoptikum ein.

Welche Lehre die Zuschauer aus solchen Darbietungen ziehen sollten, blieb das Geheimnis der Castans, die das Publikum trotz aller Bemühungen unter dem Motto „Menschen, Tiere, Sensationen“ nicht bei der Stange halten konnten. Gegen Ende der 1880er Jahre hatte es schon angefangen, leicht zu kriseln, dann kam vermutlich eine Intrige erschwerend hinzu: Louis Castan wurde 1895 wegen „Verbrechens gegen die Sittlichkeit“ – involviert war ein junges Mädchen, das ihm Modell gestanden und ihn schließlich beschuldigt hatte – unter Anklage gestellt, aber freigesprochen. Gustave Castan starb am 21. Juli 1899 in Charlottenburg, da gab es das Unternehmen in seiner alten Form schon nicht mehr, es war drei Monate zuvor in eine GmbH übergegangen.

Louis war zunächst einer der drei Gesellschafter, schied jedoch bald wieder aus, nachdem er sein gesamtes Vermögen inklusive seiner Potsdamer Villa in der Neuen Königstraße 78 verloren hatte. Er starb am 14. Juli 1908 völlig verarmt und auf milde Gaben seiner Freunde angewiesen in einem Schöneberger Krankenhaus. Das Publikum verlor nun immer mehr das Interesse an den Wachsfiguren, der aufkommende Stummfilm war wesentlich interessanter, weil dort vor allem echte Menschen am Werk waren. Die wirtschaftliche Lage nach dem Ersten Weltkrieg kam erschwerend hinzu, und so wurde 1922 die Berliner Institution „Castans Panoptikum“, das Lebenswerk der Brüder Castan, für immer geschlossen. *Bettina Müller*



Zäher Bursche: Ein indischer Fakir ließ sich um 1912 in Castans Panoptikum selbst mit Haken am Mund nicht abführen

Bild: Bpk

genheit, in der man zum Beispiel das komplette preußische Königshaus im Ornat, aber in Wachs geboten bekam, wurde es im Laufe der Zeit zunehmend skurriler, und schließlich schufen die Castans sogar eine „Schreckenskammer“, in der man sich angesichts der geballten Ladung von Mördern und Henkern gepflegt

„Ströme hin in Masse, lasse / Leer nicht Castan's Tageskasse“, wurde bereits im Juli 1874 in dem Gedicht „Reklame“ in der Zeitschrift „Berliner Wespen“ die Geschäftstüchtigkeit der Brüder auf die Schippe genommen.

Ausführlich wurden in der „Schreckenskammer“ stets auch die Gräueltat spektakulärer Mordta-

Köln der Hohe Straße, aber auch in Belgien, wo es in Brüssel von Moritz Castan geleitet wurde, einem unehelichen Sohn von Pauline Castan, der Schwester Gustaves und Louis'.

Doch dann überschritten die Castans eine moralische Grenze, und das unter dem wohlwollenen Nicken einiger Berliner Wis-

junger Mann namens Hassan Ali aus der libyschen Wüste, der mit 16 Jahren bereits 2,40 Meter groß war. Oder man karnte „20 Sioux-Indianer, lebend“ heran, die vom Publikum begafft wurden, und setzte dafür die Menschen den völlig fremden und ungewohnten Situationen aus, bei denen zudem die medizinische Versorgung

Ein Walzertraum an der Nordsee

Vor 200 Jahren machten die Dänen den Ort Wyk auf Föhr zum Seebad – Im Juli wird mit Johann Strauß gefeiert

Ein rundes Jubiläum feiert in diesem Jahr das Seebad Wyk auf Föhr. Vor 200 Jahren wurde die kleine Inselstadt zum ersten Seebad an der Nordsee-Küste gekürt. Könige, Kronprinzen und Künstler haben das Seebad besucht, den kleinen Ort und die Insel tief ins Herz geschlossen und mit ihren Besuchen die Insel geprägt.

Für die Nordseeinsel Föhr war der Titel Seebad, der dem Kleinstädtchen Wyk 1819 verliehen wurde, ein großer Gewinn. Das Baden in der Nordsee wurde damit schlagartig sehr attraktiv. Dass König Christian VIII. von Dänemark Föhr liebte und 1842 erstmals den Sommer dort verbrachte, war die beste Werbung für die rund 83 Quadratkilometer große, damals zu Dänemark gehörende Insel.

Der königliche Gast sorgte dafür, dass das Seebad Wyk und damit auch die Insel Föhr bald in aller Munde waren und zunehmend mehr Gäste auf die Insel reisten. Außerdem lud der König in den folgenden Jahren Künstler wie den Dichter Hans Christian Andersen nach Wyk ein. Der dänische Märchenautor sprach 1844 über seine Zeit am Strand von Föhr von dem „unvergesslichsten Wasser, in dem ich je gewesen bin“. Eine Aussage, die wohl etliche andere Gäste zu ihrem ersten Besuch im Seebad inspiriert haben wird.

Nach dem Deutsch-Dänischen Krieg wurde im Jahr 1864 der Dannebrog, die dänische Flagge, eingeholt. Damit endete die Ära des Seebades Wyk als Sommerziel des dänischen Königs. Stattdessen verbrachte ab 1866 der preußische Kronprinz Friedrich III. gerne die Sommerzeit auf Föhr. Auch die Künstler, die nun die Insel besuchten, waren andere. So reiste Johann Strauß 1878 auf seiner Hochzeitsreise nach Wyk, seinerzeit bereits berühmter Konzertmeister. Ein Jahr später kam er wieder auf die Insel und schrieb während seines Aufenthalts im Seebad Wyk den Walzer „Nordseebilder“.

Daher wundert es nicht, dass ausgerechnet ein Werk von Johann Strauß beim 200. Jubiläum in diesem Sommer aufgeführt wird. Der Aufführungsort ist dabei ebenso besonders wie die Inszenierung selbst. Die Bühne für die Operette „Die Fledermaus“ wird in dem Haus aufgebaut, in dem Johann Strauß damals logierte. Das Haus mit der Adresse Sandwall 38 in Wyk – heute der Kurgartensaal – ist zur 200-Jahr-Feier des Seebades Wyk der Ort, an dem die Strauß-Operette präsentiert wird.

Die Inszenierung, die sich Regisseur Franz Garlik für das Jubiläum ausgedacht hat, ist eine ganz besondere Fassung dieses Werks: Die Fledermaus wurde eigens für die 200-Jahr-Feier für

ein Quartett umgeschrieben. Die vier Künstler von Voice Passion übernehmen dabei zahlreiche Doppelrollen. Die Musik entspricht dem Original, die Texte haben jedoch eine Überarbeitung erfahren. Die Künstler der Gruppe Voice Passion, die sich im Juli für die Jubiläums-Feier des Seebades Wyk auf den Weg nach Föhr machen, sind auf den gro-

hervorragend gepflegten Kapitänshäusern und historischen Gebäuden, die für das Bewahren von Traditionen und Werten stehen. Die Mischung ist bei den regelmäßigen Insel-Besuchern beliebt. Auch wenn heute keine Könige und Kronprinzen mehr dazu zählen, zieht es doch jede Menge Prominenz nach Föhr: Ende des 20. Jahrhunderts waren



Bild: Föhr Tourismus GmbH Moritz Kertzecher

Bei Flut bringt die Fähre neue Gäste nach Wyk auf Föhr

ßen Bühnen zuhause, tourten 2017 mit dem Theaterstück „Maria und die Callas“ durch Europa. Im Juli 2019 holen die vier Künstler die weite Welt in das beschauliche Wyk.

Damit folgt Föhr seinem Prinzip: Die Welt auf die Insel holen, aufgeschlossen sein für viele kreative Ansätze, das gehört auf der Insel einfach dazu. Und es bildet einen Kontrast zu den kleinen,

es TV-Stars wie Helga Feddersen und Hans Rosenthal, die ihren Urlaub hier verbrachten. Später war es Harald Schmidt, der auch heute noch immer wieder gerne nach Föhr kommt. Die Insel ist offenbar ein Magnet für Künstler.

Auch das Museum der Westküste feiert in diesem Jahr ein rundes Jubiläum. Vor zehn Jahren gegründet greift das Museum in diesem Jahr das 200. Jubiläum des

Stierkämpfe und Almkühe

Für den berühmten US-amerikanischen Stargeiger Yehudi Menuhin muss es Liebe auf den ersten Blick gewesen sein, als er das erste Mal in den Schweizer Ort Gstaad kam. 1957 siedelte er in dem 7000-Einwohner-Ort im Berner Oberland über und gründete im selben Jahr dort nach zwei Konzertauftritten das „Gstaad Menuhin Festival“.

Bis 1996 blieb Menuhin dem Festival als dessen Leiter treu. Drei Jahre später starb er in Berlin. Doch das Festival hält die Erinnerung an den Wundergeiger aufrecht. Vom 18. Juli bis 6. September findet es nun zum 63. Mal statt. Im Festivalzelt von Gstaad und in den Kirchen des Saanenlandes werden den Besuchern 65 hochkarätige Konzerte angeboten.

Im Mittelpunkt steht diesmal aber nicht die Alpenwelt, sondern die französische Metropole Paris, die auch das Zentrum der französischen Musik ist. Davon zeugen die Meisterwerke, die dort über Jahrhunderte hinweg entstanden sind – von der École de Notre Dame bis hin zu Tristan Murail, bei dem das Festival eine Komposition in Auftrag gegeben hat. Aber dies belegen auch Komponisten wie George Bizet, der in Paris geboren wurde. Seine Stierkampfo-Oper „Carmen“ wird in Gstaad in einer konzertanten Aufführung zu erleben sein. Hoffentlich fühlen sich die Almkühe dabei nicht auf die Hörner genommen. Programm und Karten: www.gstaad-menuhinfestival.ch *H. Tews*

Seebads Wyk auf. Die Ausstellung „200 x Badesaison. Seebad Wyk auf Föhr 1819–2019“ wurde bereits Anfang März eröffnet und ist noch bis zum 15. Juli zu sehen. Der 15. Juli ist das offizielle Gründungsdatum des Seebades vor 200 Jahren und damit der Startschuss für die großen Feierlichkeiten. Dazu gehört neben der Aufführung der Johann-Strauß-Operette „Die Fledermaus“ auch eine Wattenpolonaise auf der Sandbank Preester und ein historischer Handwerkermarkt mit Gauklern, Barden, Seilerei und anderen Gewerken, die vor 200 Jahren in Mode waren. Stattfinden wird dieser Markt vom 16. bis 18. Juli auf dem Gelände des Dr.-Carl-Häberlin-Friesen-Museums. Während vor dem Haus die Vergangenheit lebendig gestaltet wird, zeigen im Museum elf Künstler ihren Blick auf das heutige Wyk und die Insel Föhr. Die Ausstellung „Föhr im Blick“ (23. Juni bis 1. September) zeigt Werke von Künstlern der Gruppe Norddeutsche Realisten, die anlässlich des Seebadjubiläums im Sommer 2018 auf Föhr gemalt haben. „Wir wollen gemeinsam die Geschichte des Seebades Wyk auf Föhr erlebbar machen und damit die Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart schlagen“, sagt Andreas Miler, Veranstaltungleiter der Wyk-auf-Föhr-Touristik zum Jubiläumsprogramm. *Stephanie Sieckmann*

Tschechin verarbeitet Vertreibung der Deutschen

Langsam beginnt das Eis zu schmelzen. Lange Zeit war das Wort „Vertreibung“ der Deutschen in den Staaten Osteuropas tabu. In Polen besteht man noch heute darauf, dass es eine „Aussiedlung“, eine „Umsiedlung“ gewesen sei. Andere Töne sind aus der Tschechischen Republik zu hören. Dort wird seit Jahren offen darüber gesprochen und eingestanden, dass den Deutschen Unrecht geschehen sei, auch wenn die NS-Besatzung allen Grund dafür gegeben habe.

Vor zehn Jahren hat die heute knapp 40 Jahre alte, in Brünn geborene Schriftstellerin Katerina Tucková einen Roman über die Vertreibung der Deutschen aus Brünn am Beispiel des Mädchens Gerta Schnirch veröffentlicht. Dafür erhielt sie 2010 den wichtigsten Literaturpreis des Landes. In diesem Jahr ist das Buch zur Leipziger Buchmesse mit Förderung des tschechischen Kultusministeriums in einer deutschen Übersetzung herausgekommen.

Gerta hat einen deutschen Vater und eine tschechische Mutter. Obwohl in beiden Kulturen zu Hause, wird ihr im Mai 1945 ihr deutscher Anteil zum Verhängnis. Mit vielen anderen Deutschen wird sie brutal aus der Stadt getrieben und erlebt mit ihrer kleinen Tochter Barбора den berüchtigten Brünnener Todesmarsch, dem damals Hunderte, wenn nicht Tausende zum Opfer gefallen sind. Kurz vor ihrem Tod durch Erschöpfung und

Misshandlung gelingt das Wunder der Rettung: Mit einigen anderen Mädchen kommt sie in einem Gutshof unter, wo sie jahrelang bleiben und später bei einer örtlichen Behörde arbeiten kann.

Anfang der 50er Jahre kann sie nach Brünn zurückkehren, wird aber noch immer als Tochter eines „Henleiners“ (Konrad Henlein war der berüchtigte NSDAP-Repräsentant in Mähren) ange-

Anteilnahme für das Schicksal einer Deutschen

feindet. Das kurze Glück mit einem tschechischen Jugendfreund endet, als dieser im Zuge der Slansky-Prozesse spurlos verschwindet. Der Roman reicht bis in Gertas Alter, das sie in bescheidensten Verhältnissen, aber zumindest unbehelligt, mit Tochter und Enkelin erreicht. Die Tochter resümiert nach der Beerdigung, ihre Mutter habe von ihrem Leben „rein gar nichts“ gehabt: „Ich kann mir nicht helfen, aber ich habe den Eindruck, dass Mamas gesamtes Leben, abgesehen von den zwei drei Jahren mit Onkel Karl, unerfüllt und sinnlos war.“

Die Autorin schreibt mit viel Anteilnahme für das Schicksal ihrer Protagonistin und damit letztlich für das Schicksal aller

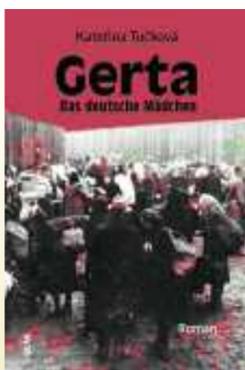
damals betroffenen Deutschen. Sie schildert die Gräueltaten des Todesmarsches und die ebenso grausamen Tötungen deutscher Gefangener, geht auf die Deutschfeindlichkeit in der Bevölkerung ein, führt manche Tschechen an, die auf die Verbrechen des NS-Regimes verweisen, was Rache- und Vergütungsverlangen erkläre, bringt dann aber auch Zeichen großer Menschlichkeit sowohl von Tschechen als auch von verbliebenen Deutschen, allen voran einer Frau Zípfelová vom Gutshof, die ihren deutschen Namen tschechisiert hat und die Gerta wie eine zweite Mutter wird. Über viele Verbrechen können und wollen die Menschen noch lange nach Kriegsende nicht sprechen. Anders als einige ihrer Leidensgenossinnen ist Gerta keine Kämpferin, sie fügt sich resignierend in ihr Schicksal. Soviel Stolz allerdings hat sie, dreisten Anwerbungsversuchen der Staatssicherheit zu widerstehen.

Tucková's Roman ist konventionell erzählt, und vielleicht gerade deshalb gut lesbar. In seiner

Intensität, in seiner genauen Milieu- und Zeitschilderung ist er ein großer Wurf. Der Leser geht mit wachsender Anteilnahme durch all die Jahre, die bis zur Wende 1989 reichen. Am Ende erlebt er eine von Gertas Enkelin angeregte Petition, die Stadt Brünn möge sich für die damaligen Verbrechen bei den deutschen Bürgern entschuldigen. Diese steht beispielhaft für die Haltung der Autorin, – ob für die heutigen Menschen in Brünn insgesamt, mag man nicht beurteilen.

Dass ausgerechnet ein Prager Ministerium die deutsche Übersetzung finanziert hat, kann man als hoffnungsvolles Zeichen für Verständigung sehen. Von der Qualität her hätte dieses Buch eigentlich einen großen deutschen Verlag verdient. Nun hat der kleine Berliner Klak Verlag das Risiko auf sich genommen. Man möchte ihm wünschen, dass es sich gelohnt hat.

Dirk Klose



Katerina Tucková: „Gerta. Das deutsche Mädchen. Roman“, aus dem Tschechischen von Iris Milde, Klak Verlag, Berlin 2019, gebunden, 548 Seiten, 19,90 Euro

Bewegte Geschichte

Die promovierte Autorin Dörthe Binkert studierte Germanistik, Kunstgeschichte und Politik. Sie hat mit ihrem Roman „Vergiss kein einziges Wort“ einen wort- und seitenstarken Familieneinblick in Oberschlesien abgeliefert.

Die Einbandseiten enthalten Schwarz-Weiß-Karten, in der vorderen Klappe eine von Oberschlesien mit den Grenzen der Schlesischen Teilung 1921/22, und die hintere Klappe enthält eine Karte des heutigen Schlesiens. Die ersten drei Seiten nehmen ein Personenverzeichnis ein. Das ist sehr hilfreich, kommen doch auf den 630 Seiten sehr viele Namen und Verstrickungen vor, sodass ein Blick in das Personenverzeichnis den Überblick ermöglicht.

Ein Anhang enthält eine weitere Orientierungshilfe, und zwar eine Zeittafel mit für den Romanverlauf wichtigen historischen Ereignissen von 1138 bis 2007. Der Roman selbst beginnt 1921 und endet

2004. Die Schrift ist sehr großzügig, sodass der Leser seine Augen nicht anstrengen muss. Angestrengt wird jedoch das Gemüt. Oberschlesien erfährt in diesem Zeitraum viele Veränderungen, wie den Konflikt Deut-

sche gegen Polen, Protestanten gegen Katholiken, Nationalsozialisten gegen Andersdenkende und Gläubige, und das in instabilen politischen Verhältnissen.

Erzählt wird die Familiengeschichte der Familie Strebel in der Gleiwitzer Paulstraße. Martha und Carl Strebel haben sechs Kinder, ein siebtes ist bereits nach vier Monaten gestorben. Mit der Geburt der jüngsten Tochter Luise (eigentlich Emma Luise) beginnt die Geschichte, die aus Szenen zusammengesetzt ist. Immer sind ein Familienmitglied oder Luises Freundinnen Maria und Magda Protagonist dieser Szenen. Die Szenenwechsel sind durch Absatzzeichen kenntlich gemacht. Der Roman ist in vier Teile gegliedert: 1921 bis 1938, 1939 bis 1945, 1946 bis 1970, und der Epilog aus dem Jahr 2004 beendet diesen Roman. Der Leser wird das Buch in einem Rutsch lesen – trotz der vielen Seiten.

Christiane Rinser-Schrot



Dörthe Binkert: „Vergiss kein einziges Wort“, dtv Verlagsgesellschaft, München 2018, gebunden, 671 Seiten, 22 Euro

Reflexionen über das Klima

Eine „Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570 bis 1700“ wollte der in Wien lebende Historiker und Journalist Philipp Blom mit seinem Buch „Die Welt aus den Angeln“ vorlegen. Das ist ihm aber leider nur zum Teil gelungen. Zwar schildert der Autor die wesentlichsten Veränderungen in Europa während der Zeit der Klima-Abkühlung und deren Folgen für die Menschen damals. Jedoch gleitet er dabei zu oft ins Philosophische ab – so entsteht der Eindruck, dass ihm die diesbezüglichen Reflexionen wichtiger sind als das eigentliche Thema. Und Bloms abschließende weitschweifige Überlegungen über die mög-

lichen Konsequenzen der angeblichen Klima-Erwärmung von heute gehören auch nicht unbedingt in ein Buch über die Kleine Eiszeit. Sehr viel relevanter ist hingegen, dass es demonstriert, wie flexibel der Mensch auf Klimaveränderungen reagieren kann, wenn ihn weder von oben verordnete Unwissenheit noch ideologischer Dogmatismus daran hindern.

W.K.

Philipp Blom: „Die Welt aus den Angeln. Eine Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570 bis 1700 sowie der Entstehung der modernen Welt, verbunden mit einigen Überlegungen zum Klima der Gegenwart“, dtv Verlagsgesellschaft, München 2018, 302 Seiten, broschüriert, 14,90 Euro



Wie Vergewaltigungsverbrechen bis heute nachwirken

Bereits 2015 hat Miriam Gebhardt in ihrem Buch „Als die Soldaten kamen“ die massenhaften Vergewaltigungen deutscher Frauen durch die Soldaten der Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkriegs thematisiert. Insbesondere fokussierte sie sich dabei auf die Sexualdelikte der westlichen Alliierten. In ihrem aktuellen Buch „Wir Kinder der Gewalt“ folgt sie den individuellen Spuren der Gewalt in den Familien der betroffenen Frauen.

Im Mittelpunkt stehen die seelischen Probleme der Kinder, die aus den Sexualdelikten der Besatzungssoldaten gegen ihre Mütter hervorgingen. Die Vergewaltigungen wurden von der Sowjet-, der US- und der französischen Armee begangen. Da die Herkunft dieser Kinder mit Scham und Schande verknüpft war, wurde ihre Identität in den meisten Familien verschleiert. Für einen Großteil von ihnen bedeutete das, mit dem ungelösten Rätsel ihrer väterlichen Herkunft leben zu müssen, da ih-

re Mütter sich in Schweigen hüllten. Viele wuchsen in prekären Verhältnissen und emotional vernachlässigt bei Verwandten oder Fremden auf.

Aufgrund ihres ersten Buches hatten sich bei Gebhardt Personen gemeldet, die den Verdacht hatten, bei Kriegsende durch einen grausamen Zeugungsakt ins Leben gerufen worden zu sein. Sie bekundeten Interesse an einem Gespräch mit der Autorin, weil sie sich mit ihren Familiengeschichten allein gelassen und stigmatisiert fühlten. Einige der über 70-Jährigen waren neurotisch und hatten schon mehrere Therapien hinter sich. Für ihre Studie führte Gebhardt Interviews mit vier Frauen und einem Mann. Sein Fallbeispiel erinnert an die Vergewaltigungen deutscher Frauen in den sibirischen Arbeitslagern. Frauen, die diese Torturen überlebten, fanden nach ihrer Rückkehr nach Deutschland manchmal keinen Weg mehr zurück in ein normales Leben. Zu den Opfern der an ihnen begangenen Sexualverbre-

chen zählt Gebhardt auch ihre Kinder, die erst später zur Welt kamen, aber in Hilf- und Ratlosigkeit mit einer seelisch und körperlich gebrochenen Mutter aufwuchsen.

Jeder Falldarstellung folgt ein Kapitel zur Einordnung der persönlichen Situation der Berichterstatter und ihrer Familien in den zeitlichen Kontext. Neben den Themen Erziehung und Sexualmoral in der Gesellschaft der Nachkriegszeit, Gesundheit, Bildungs- und Berufschancen greift die Autorin auch die Schwierigkeiten auf, denen Antragstellerinnen auf eine Rente für sich und ihr Kind aus dem „Fonds für Besatzungsschäden“ begegneten: Sie mussten

durch Zeugenaussagen nachweisen, dass ihr Kind tatsächlich aus einer Vergewaltigung hervorging.

Wie etliche Psychoanalytiker hat auch Gebhardt Hinweise darauf gefunden, dass die Gewalterfahrungen bei Kriegsende, Flucht, Hunger und die massenhaften Sexualdelikte in den Familien schicksalhaft bis in die heutige Enkelgeneration fortwirken. D. Jestrzemska



Miriam Gebhardt: „Wir Kinder der Gewalt. Wie Frauen und Familien bis heute unter den Folgen der Massenvergewaltigungen bei Kriegsende leiden“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2019, gebunden, 301 Seiten, 21,99 Euro

Israelischer Autor spricht Klartext über die muslimische Parallelgesellschaft

Der aus Israel stammende muslimische Psychologe Ahmad Mansour wirft in seinem autobiografischen Buch „Klartext Integration“ in schonungsloser Offenheit der bundesdeutschen Gesellschaft eine blaugäugige Immigrationspolitik und das Scheitern der Integration vor. Diese hat er als Immigrant selbst in Deutschland erlebt.

Dem Problem der muslimischen Massenzuwanderung und Integration stehen Staat und Gesellschaft bisher trotz „Wir schaffen das“ planlos gegenüber, es mangelt an konkreten Konzepten und langfristigen Plänen. Mansour beschäftigt sich seit vielen Jahren mit diesen Problemen, auch weil er sie selbst durchge-

macht hat. Ohne falsche Rücksichtnahme spricht er offen an, wo die Politik versagt hat, aber auch, welche Werte beim Aufeinanderprall der Kulturen unverhandelbar seien.

Auch dem Islam und seiner verbandsmäßigen Organisation in Deutschland gibt er eine Mitschuld am Entstehen der Parallelgesellschaften und dem Scheitern der Integration. Die Islamverbände, wie die aus der Türkei gesteuerte DITIB, treiben mit bundesdeutschen Hilfsgeldern die Muslime in Parallelgesellschaften, anstatt sie zu integrieren, ein Skandal, wie nicht nur Mansour meint.

Die Funktionsweise von Parallelgesellschaften ist eines der Hauptthemen in diesem höchst

interessanten Buch. Warum sollen muslimische Männer sich in die bundesdeutsche Gesellschaft integrieren, in der ihre Frauen gleichberechtigt sind, wenn sie in der Parallelgesellschaft der Chef sind, fragt sich der Autor. In der Parallelgesellschaft sei sein Patriarchat unangefochten und erlaube wie seine Religion keine Zweifel. Dazu

lebe der muslimische Immigrant in der Parallelgesellschaft, wie er in Syrien/Palästina etc. gelebt hat,



Ahmad Mansour: „Klartext zur Integration. Gegen falsche Toleranz und Panikmache“, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2018, gebunden, 304 Seiten, 20 Euro

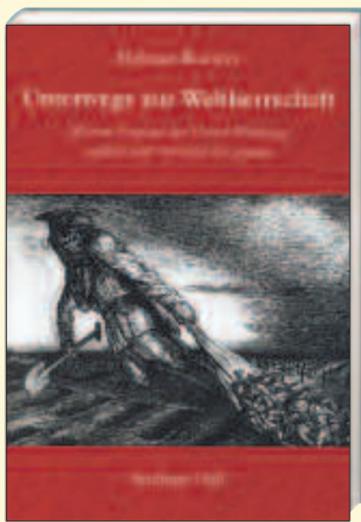
nur, dank Sozialstaat, sicherer und sorgenfreier.

Durch Mansour könnten auch Politiker mit Scheuklappen verstehen, warum sich gerade arabische Männer so schwer tun mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft, in der sie viel zu verlieren und wenig zu gewinnen haben. Nicht bloß den Respekt und die Ehre, die ihnen so wichtig ist – ihre Macht wäre dahin, würden sie die Gleichberechtigung der Geschlechter akzeptieren.

Auch die Islamisierung und Radikalisierung einer jungen Generation von Deutschen mit nahöstlichem Immigrationshintergrund treibt Mansour um, er sieht eine „Generation Allah“ heranwachsen. Seine zehn Vorschläge zur

Integration für die Politik und die deutsche Gesellschaft sind so etwas wie die letzte Chance für das, was endlich getan und durchgesetzt werden müsse, damit in deutschen Städten nicht noch größere Parallelgesellschaften und noch mehr Clans entstehen. Der islamische Fundamentalismus habe sehr wohl etwas mit dem Islam zu tun, behauptet Mansour, ohne das Deutungsmonopol darüber zu beanspruchen. Angesichts linker Beschönigungen und eines „planlosen Durchwurstelns“ der Mainstream-Politik liest sich Mansours radikal aufklärerische und autobiografische Streitschrift wie eine wohlthuende Rückbesinnung auf die Realität.

Bodo Bost



Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
 Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann
 Im Sommer 1914 löste eine kleine Gruppe britischer Staatsbürger innerhalb von wenigen Tagen den Ersten Weltkrieg aus. Die Akteure waren Angehörige einer anglo-amerikanischen Geld- und Machtelite. Jahrelang hatten sie dieses Ereignis konsequent und heimlich vorbereitet. Ihr Ziel war es, die aufstrebende Wirtschaftsmacht Deutschland zu vernichten, die ihren globalen Phantasien im Wege stand. Das Deutsche Reich wehrte sich, bis es nach viereinhalb Jahren Kampf aufgeben musste. Dieses Buch schildert, was passierte. Der Autor: Helmut Roewer, geboren 1950, studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Geschichte. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen wurde er Rechtsanwalt und promovierte zum Dr. jur. über ein rechtsgeschichtliches Thema. Später arbeitete er als Beamter im Sicherheitsbereich des Bundesinnenministeriums in Bonn und Berlin, zuletzt als Ministerialrat. Von 1994 bis 2000 war er Präsident einer Verfassungsschutzbehörde. Heute lebt und arbeitet er als freiberuflicher Schriftsteller in Weimar und Skagen. 364 Seiten
 Nr. P A1182 **Kartonierte** **24,95 €**



Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
 Band 2: Warum eine anglo-amerikanische Allianz Deutschland zum zweiten Mal angriff und die Rote Armee in Berlin einmarschierte
 Der Streit, den die Sieger des Ersten Weltkriegs um die deutsche Beute untereinander nicht beilegen konnten, führte zum Monstrum des Diktats von Versailles. Deutschlands Ruin folgte auf dem Fuße, denn den meisten ehemaligen Feindstaaten ging es lediglich darum, Reparationszahlungen zu erpressen. Die Auseinandersetzungen der Sieger verschärften sich, als amerikanische Finanzfirmen ihre Kredite bei den ehemaligen Verbündeten eintrieben und mit ihren überschüssigen Dollars in Deutschland Geschäfte machen wollten. Mit der mutwillig erzeugten Weltwirtschaftskrise von 1929 verschoben sich die Fronten erneut, denn nunmehr wurden die Industrienationen auf das Niveau von Deutschland herabgedrückt. Als dieses sich nun wider Erwarten als erstes zu erholen schien, kamen die vom Jahrhundertbeginn bekannten Kriegsbeiführer unter den anglo-amerikanischen Eliten erneut zum Zuge. Sie führten ihre Länder konsequent in den Zweiten Weltkrieg. 398 Seiten
 Nr. P A1183 **Kartonierte** **24,95 €**



Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
 Band 3: 1945 bis heute. Warum das US-Imperium so lange bei uns Erfolg hatte, jedoch bei der Umerzierung der Ostdeutschen scheiterte.
 Das Buch ist der dritte Band der Trilogie. Es beginnt mit den im Zweiten Weltkrieg einsetzenden alliierten Planungen für ein besiegt Deutschland und deren Umsetzung mit Hilfe der militärischen Variante des Morgenthau-Planes. Von dort geht der Weg durch den Kalten Krieg, den Rüstungswettlauf der Großmächte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion. So wurde die deutsche Einheit möglich. Das Ende des kalten Krieges führte dann keineswegs in eine befriedete Welt, sondern in ungezählte Kriege. In diesen Kriegen der letzten drei Jahrzehnte musste die optimistisch, jedoch alsbald als illusionär zu erkennende amerikanische Annahme der Existenz einer alleinigen Weltmacht USA korrigiert werden. Infolge dieses Umdenkens entdeckten Weltmachtstrategen der USA Deutschland erneut als lästigen Konkurrenten, den es endgültig auszuschalten gilt. Dr. jur. Helmut Roewer war Ministerialrat und von 1994 bis 2000 Präsident einer Verfassungsschutzbehörde. 487 Seiten
 Nr. P A1291 **Kartonierte** **24,95 €**



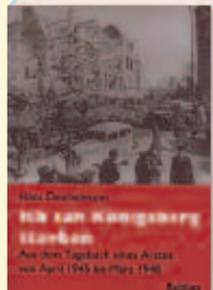
Konrad Löw
Adenauer hatte recht
 Warum verfinstert sich das Bild der unter Hitler Lebenden Deutschen?
 203 Seiten/Kartonierte
 Nr. P A0750 **15,90 €**

Antisemitismus war ein Kernelement des Nationalsozialismus. Er kulminierte in der Ermordung von Millionen Juden. Hat das deutsche Volk mehrheitlich Hitlers brutale Judenpolitik gebilligt und sich damit kollektiv an einem der schlimmsten Verbrechen der Geschichte schuldig gemacht? Dazu äußerte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer 1953 vor dem Deutschen Bundestag: „Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt...“ 50 Jahre später veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung einen Text, der genau das Gegenteil besagt und das deutsche Volk der aktiven Mitwirkung am Holocaust bezichtigt. Die Zeitzeugen, gerade auch die jüdischen geben eine klare Antwort.



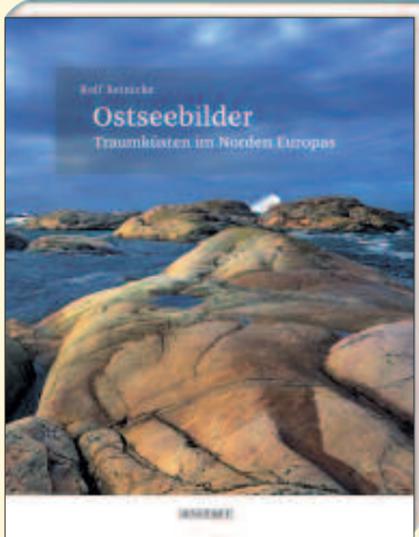
Jürgen Nolte
Die Angst fuhr immer mit
 Unsere dramatische Flucht 1945
 160 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0840 **14,90 €**

Kälte, Hunger, Angst und die Ungewissheit, ob man den Vater wiedersehen würde, waren die ständigen Begleiter während der dramatischen Kutschfahrt im Januar 1945 auf der Flucht vor den heranrückenden Russen gen Westen. Mit viel Geschick und Mut meisterte die Mutter manch kritische Situation, immer bemüht, ihre drei Kinder zu beschützen. Der Vater, Verwalter des Gutes Jerzew bei Litzmannstadt (Lodz), war zunächst im Wartheland zurückgeblieben, um einen nachfolgenden Flüchtlingstreck zu organisieren... Gekonnt verbrachte Jürgen Nolte seine eigenen Erlebnisse mit den Tagebuchaufzeichnungen seiner Eltern aus dieser Zeit und erzählt die spannende und bewegende Geschichte einer Flucht, wie sie um 1945 vieltausendfach erlebt wurde.

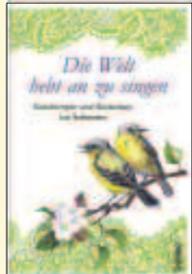


Hans Deichmann
Ich sah Königsberg sterben
 Aus dem Tagebuch eines Arztes von April 1945 bis März 1948
 288 Seiten/Kartonierte
 Nr. P A0682 **19,80 €**

Hans Deichmann arbeitete als Arzt in Königsberg, der alten Hauptstadt Ostpreußens, und erlebte die Einkesselung der Stadt durch die Truppen der Roten Armee im Frühjahr 1945. Sein Tagebuch dokumentiert authentisch und auf erschütternde Weise das Leiden und Sterben der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung in Königsberg. Von den 110.000 eingeschlossenen deutschen Zivilisten in Königsberg überlebten nur 27.000 das Martyrium. Ein fast vergessenes Kapitel deutscher Geschichte wird durch die Tagebuchschilderungen Dr. Deichmanns wieder lebendig.



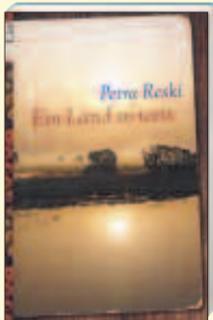
Rolf Reinicke
Ostseebilder
 Traumküsten im Norden Europas
 Eine Reise an eines der schönsten Meere der Welt Ein Buch eine Reise. Eine Reise in den Norden Europas, an eine Küste, die über 7000 Kilometer umfasst und durch ihre Vielfalt überrascht. Seit Jahrzehnten ist Rolf Reinicke an der Ostsee unterwegs: als Geologe, Autor, Fotograf. Die »Ostseebilder« sind sein Opus magnum. Der Ostsee-Experte zeigt das Abwechslungsreiche der Landschaften im Angesicht des Meeres und erzählt in anschaulichen Texten kurze Geschichten. Er folgt dem Lauf der Jahreszeiten, vom eisigen Winter über das Frühjahr mit der erwachenden Natur über den lichten Sommer bis zum frühen Herbst. Er berichtet vom Leben am Meer, von den Tieren, den Pflanzen, den Menschen, von Stürmen, Spuren im Sand. Und er macht mit jedem Bild und jedem Satz deutlich, warum nicht nur ihn der Lebensraum Ostsee fasziniert. 224 Seiten im Großformat
 Gebunden **39,99 €**
 Nr. P A1075



Die Welt hebt an zu singen – Geschichten und Gedanken aus Schlesien
 Schlesien verzaubert zu jeder Jahreszeit, das macht dieses christliche Jahreslesebuch deutlich. Es sammelt frische Geschichten und Gedichte von so bekannten Autoren wie Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Gustav Freytag und Jochen Klepper, die zwischen Oder, Weichsel und dem Riesengebirge entstanden sind, und zeugt so an jedem Tag des Jahres von der einzigartigen Schönheit dieses Landstrichs. 128 Seiten.
 Nr. P A1033 **Gebunden** **9,95 €**

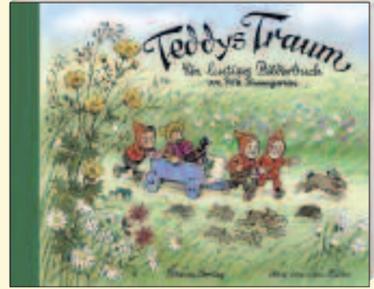


Aleksia Sidney (Hrsg.)
Wenn der Garten blüht
 Die schönsten Geschichten und Gedichte
 Wenn der Garten blüht... fangen die Dichter an zu schreiben: über die Wunder und Wonnen der Natur, die Freuden des Gärtnerns, über die Verantwortung für ein Stückchen Erde, über die Geheimnisse hinter der Gartenmauer. Der Garten ist ein Ort der Inspiration für Geschichten und Gedichte. Die schönsten sind in diesem Band versammelt, passend zum Ausspruch von Cicero: „Wenn du einen Garten und dazu noch eine Bibliothek hast, wird es dir an nichts fehlen.“ 240 Seiten
 Nr. P A0997 **Gebunden** **15,00 €**

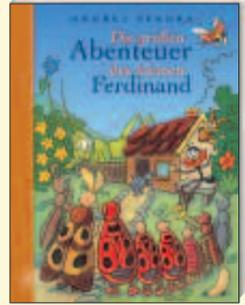


Petra Reski
Ein Land so weit
 342 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P 9075 **9,95 €**

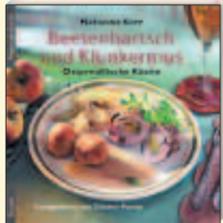
Als Kind hat Petra Reski die sentimental Geschichten, die ihre Familie über Ostpreußen erzählte, nicht mehr hören können. Doch dann führt sie der Zufall in das Heimatdorf ihres Vaters. In den Bewohnern des Dorfes findet sie ihre Großeltern wieder. Die Erzählungen vom Leben und Überleben verbinden sich mit der Geschichte ihrer Familie. Und der lang vergessene Klang der Sprache ruft Erinnerungen an die Kindheit wach. Eine sehr persönliche Annäherung an das Thema Heimat. Und eine ungewöhnliche Familiengeschichte, wunderbar witzig und melancholisch erzählt wie ein großer Roman. Ein Buch, das, von erzählerischem Witz und großen Emotionen getragen, die Suche nach der eigenen Identität beschreibt.



Fritz Baumgarten
Teddys Traum
 (Format 26,5 x 21 cm)
 Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
 Nr. P A0795 **Gebunden** **8,95 €**



Ondrej Sekora
Die großen Abenteuer des kleinen Ferdinand
 Was der Ameisenjunge Ferdinand zusammen mit seinen Freunden Fräulein Siebenpunkt, Frau Grille oder dem Käfer Tollpatsch zu Lande, zu Wasser und in der Luft erlebt, ist spannend, lustig und manchmal ganz unerhört... 176 Seiten
 Nr. P A1253 **Gebunden** **14,90 €**

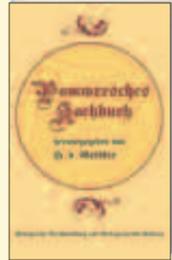


Marianne Kopp
Beetenbarsch und Klunkerms – Ostpreussische Küche
 Königsberger Klopse und Königsberger Marzipan sind heute Allgemeinut der deutschen Küche und überall bekannt und beliebt. Die Küche des alten Ostpreußens hat jedoch an kulturhistorischen Schätzen noch weit mehr zu bieten, was eine Wiederentdeckung lohnt. Süß oder herzhaft, gehaltvoll und sättigend, in dem rauen Klima Ostpreußens brauchte man kräftiges Essen. Bewährte, überlieferte Familienrezepte, bereichert um mancherlei Zitate und Hintergründe zu den Gerichten und Zutaten, sind in diesem Kochbüchlein zusammengetragen. 96 Seiten
 Nr. P A0569 **Gebunden** **9,95 €**

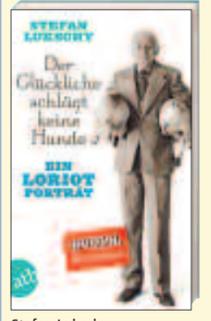


Helfried Hölke
Usedomer Geschichten
 Zwischen Stettiner Haff und Ostsee
 206 Seiten/Kartonierte
 Nr. P A0681 **12,90 €**

Auf der Insel Usedom zwischen Stettiner Haff und Ostsee hat der Autor seine Kindheit und Jugend verbracht. Es war eine unruhige Zeit. Der Schulbeginn, noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges, der Bombenangriff auf Swinemünde, die Ankunft der Russen, die neue Grenze zu Polen, das Dorfleben, die Hafffischerei und die Oberschulzeit haben seine frühen Lebensjahre geprägt. Vieles, was er damals erlebt hat und was ihm Freunde und Bekannte aus der Gegend erzählt haben, ist in diesem Buch niedergeschrieben: wahre Begebenheiten und Erlebnisse, Gedichte und lustige Anekdoten... Tauchen Sie ein in eine Welt, die es so nicht mehr gibt.

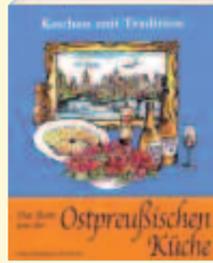


H. von Geibler (Hrsg.)
Pommersches Kochbuch
 Mit 631 selbst erprobten Rezepten
 Reprint des Originals aus dem Jahr 1925!
 Als Vorspeise „Körbsengemüß“, danach „Gespickter Hecht mit Sahnesoße“ und als Dessert einen „Ostsee-Kiesel“? Und wie wäre es mit einem „Arrak-Punsch“ als Getränk oder einem „Ei mit Sahne und Rum“? Das „Pommersche Kochbuch“ enthält 631 Rezepte traditioneller, regionaler pommerscher Küche zu Urgrümmers Zeit. 256 Seiten
 Nr. P 3634 **Gebunden mit Schutzumschlag** **14,95 €**



Stefan Lukschy
Der Glückliche schlägt keine Hunde
 Ein Loriot Porträt
 345 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A0888 **9,99 €**

Vicco ante portas! Ihr Hund kann überhaupt nicht sprechen? Macht nichts, dafür können Sie das Porträt eines der beliebtesten Humoristen Deutschlands lesen. Stefan Lukschy, langjähriger Weggefährte und enger Vertrauter Loriot, erzählt voller Respekt, Witz und Liebe von dem Mann, der die Deutschen das Lachen gelehrt hat. Loriot's Sketche sind Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden – wer kann sich heute noch eine Liebeserklärung ohne Nudel vorstellen? Stefan Lukschy lernte Vicco von Bülow 1975 kennen, als er dessen Regieassistent wurde. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine langjährige Freundschaft – bis zu Loriot's Tod im Jahr 2011. Er schildert den für seinen Perfektionismus berühmten Künstler ebenso wie den Privatmann Loriot, der seinen Freunden ein inniger und loyaler Vertrauter war.



Susanne Rohner
Das Beste aus der Ostpreussischen Küche
 Kochen mit Tradition
 Mit vielen original ostpreussischen Rezepten.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0313 **5,00 €**

Die ostpreussische Küche bietet vielfältige kulinarische Genüsse. Die Palette reicht von einfachen Gerichten wie Suppen und Eintöpfen über herzhaft Fleischgerichte wie den berühmten Königsberger Klopsen bis zu raffinierten Speisen wie geschmorter Hammelkeule oder Entenbrust in Quittensosse. Wild-, Geflügel und Fischgerichte runden die Vielfalt der Rezepte ab: Rehkoteletts, gebackene Tauben und gefüllter Hecht garantieren unvergleichliche Gaumenfreuden. Nicht gespart wird mit Buttermilch und Schmant und die Kartoffel hat ebenfalls ihren festen Platz in der ostpreussischen Küche genauso wie Süßspeisen und ostpreussisches Gebäck.



Evamaria Moeke
Das Beste aus der Schlesischen Küche
 Kochen mit Tradition
 Mit vielen original schlesischen Rezepten.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0314 **5,00 €**

Dieses Buch präsentiert die schlesische Küche, in all ihrer Vielfalt. Einige haben vielleicht noch die Eltern oder Großeltern von den Leckereien schwärmen hören, die sie aus ihrem „Schlätterland“ noch kennen: Das Schlesische Himmelreich, Hächkerle, Mohnklöße und natürlich der weithin bekannte und gerühmte „Sträselkucha“. Hier kann man diese Gerichte wiederentdecken und ausprobieren. Aber auch „Neuentdecker“ sind herzlich willkommen diese traditionelle, aber noch lange nicht altmodische Küche kennenzulernen. Die schlesische Küche hat einiges zu bieten, von ganz einfachen und schnellen Gerichten, über schmackhafte Festgerichte, zu den bekannten verführerischen Süßspeisen, für die die Schlesier bekannt waren.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
 Straße/Nr. Telefon
 PLZ/Ort
 Datum Unterschrift

MELDUNG

Balkanroute
füllt sich wieder

Sarajewo – Der Wanderungsstrom auf der Balkanroute schwillt wieder an. Wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, meldet, sind allein in Bosnien-Herzegowina in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 50 Prozent mehr illegale Einreisen gezählt worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In den vergangenen zwölf Monaten seien es annähernd 33 000 Menschen gewesen. Da nicht einmal 2000 von ihnen Asyl in dem Land beantragt haben, ist anzunehmen, dass die allermeisten weiterziehen wollen. Hauptzielland dürfte wie in den vergangenen Jahren Deutschland sein. *H.H.*



ZUR PERSON

Hoffnung für
Griechen und EU

Die 280 Milliarden Euro Rettungshilfe der EU für Griechenland haben Alexis Tsipras nicht retten können. Der Ministerpräsident von der linken Syriza-Partei wurde bei den Parlamentswahlen abgewählt, obwohl die Wirtschaft nach zehn Jahren erstmals wieder wächst und die Arbeitslosigkeit gesunken, mit 18,6 Prozent aber immer noch die Höchste der Eurozone ist.

Weil den Griechen das nicht genügt, haben sie **Kyriakos Mitsotakis** zum neuen Regierungschef gewählt. Mit seinem Versprechen von Steuersenkungen für die gebeutelte Mittelklasse, von riesigen Investitionsprogrammen und Privatisierungen von Staatsunternehmen hat er erfolgreich die Wähler ködern können. Bei vielen Nationalisten punktete er mit der Drohung, jener Nachbarrepublik, die sich seit Januar gegen sein Votum als „Nordmazedonien“ bezeichnen darf, auf dem Weg zur EU einen Stein in den Weg zu legen.

Dass der neue Regierungschef der bürgerlichen Partei Nea Dimokratia einer Politikerdynastie entstammt, schreckte die Wähler nicht ab. Politik, so hoffen sie, stecke in seinen Genen. Sein Vater Konstantinos Mitsotakis war von 1990 bis 1993 griechischer Ministerpräsident, seine Schwester Dora Bakogianni erst Oberbürgermeisterin von Athen und danach griechische Außenministerin, sein Großonkel Eleftherios Venizelos zwischen 1910 und 1933 insgesamt über 15 Jahre griechischer Premierminister. Ein Großvater und zwei Urgroßväter waren Parlamentsabgeordnete.

Als Kind ist der 1968 in Athen geborene Mitsotakis in Paris aufgewachsen, wohin seine Eltern nach dem Staatsstreich der griechischen Militärjunta ins Exil gegangen waren. Später war der Elitestudent der US-Universitäten Harvard und Stanford für mehrere Banken und für die Beraterfirma McKinsey tätig, ehe er 2004 in die Politik ging, von 2013 bis 2015 Minister für Verwaltungsreform war und 2016 den Vorsitz der Nea Dimokratia übernahm.

Jetzt hat der verheiratete Vater dreier Kinder vier Jahre Zeit, das Land mit seinen wirtschaftsliberalen Ideen zu reformieren. Die EU wird ihn dabei sicher nicht fallen lassen, hat er doch versprochen, die EU-Rettungsmilliarden den Gläubigern zurückzugeben – aber nur, wenn die griechische Wirtschaft kräftig anläuft. *H. Tews*



Bild: EVP

Du liebe Güte, wer war's denn nun? Wer hat uns mit der erfrischenden Idee überrascht, Ursula von der Leyen an die Spitze der Europäischen Union zu setzen? Als der jüngste Wochenrückblick noch geschrieben wurde, rutschte die Nachricht durch, EU-Ratspräsident Donald Tusk habe das auf dem Kerbholz. Stimmt wohl gar nicht, denn während die PAZ bereits in Druck ging, redeten alle nur noch von französischen Präsidenten Emmanuel Macron als Urheber. Oder ist es Angela Merkel als erste eingefallen, die dann nur jemand anderen vorgeschickt hat?

Alles Spekulation. Daran beteiligen wir uns nicht mehr. Müssen wir auch gar nicht, weil wir nunmehr mit absoluter Sicherheit wissen, wer es wirklich getan hat. Es war kein anderer als: Nigel Farage, der Chef der britischen Brexit-Partei!

Jetzt wollen Sie natürlich erfahren, woher wir das haben. Sie werden staunen: Das haben wir ganz alleine herausgefunden. Es musste sich um jemanden handeln, der die EU mit allen Fasern abgründet hasst. Nur so einer konnte auf die glänzende Idee verfallen, Frau Ursula obendrauf zu setzen, auf dass sie die Europäische Union in den gleichen Zustand befördern möge, in den sie zuvor die deutschen Streitkräfte manövriert hat.

Nun wissen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht, ob sie den Posten auch bekommt. Farrage muss um den Erfolg seiner genialen Operation noch ein bisschen bangen, denn das EU-Parlament muss die fatale Personalie noch abknicken.

Geht das aber glatt, ist der erste Schaden schon in dem Moment angerichtet, da die bisherige deutsche Verteidigungsministerin siegerlächelnd in die Kamera winkt. Denn das Parlament (das eigentlich keines ist) wird schwer beschädigt aus seiner Zustimmung hervorgehen. Hatte man den Wählern doch versprochen, dass der siegreiche „Spitzenkandidat“ bei den EU-Wahlen Chef der Kommission werden würde – als Zeichen von mehr „Bürgerbeteiligung“ und „Demokratisierung der EU“. Zumindest und zuvörderst das Parlament sollte hier

fest im Wort stehen. Wer denn sonst? Tut es das nicht, kann sich der gute, böse Nigel schon mal die erste Zigarre anzünden. Am Ende der Amtszeit einer EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wird die Zigarrenkiste leer sein.

Deutsche Medien sind gerade emsig mit dem beschäftigt, was sie seit einigen Jahren am besten können: So lange am Licht drehen, bis selbst die dunkelsten Stellen im Antlitz der politischen Führung zu strahlen scheinen.

Eine große Boulevardzeitung lobt die Nominierung von der Leyens für das höchste EU-Amt und untermal das mit über-

schwänglichem Lobgesang. Sie sei „eine sehr gradlinige Frau“, wird Viviane Reding zitiert, eine frühere Vizepräsidentin der EU-Kommission. Die Luxemburgerin gehört laut dem Blatt „zu von der Leyens internationalem Frauennetzwerk“ (aha?). Von der Leyen, so die Zeitung, „neigt zum Perfektionismus“, verfüge über eine „eiserne Disziplin“ und „findet, dass Frauen jeden Job können“.

Früher wäre so ein Text für den derart Gelobten ein propagandistischer Hauptgewinn gewesen, denn alle Leser hätten ganz verzückt den Kopf auf die Seite gelegt. Heute hingegen muss man da vorsichtig sein. Die Deutschen haben eine Fähigkeit zurückgewonnen, die bis 1989 nur DDR-Bewohner draufhaben mussten: zwischen den Zeilen und gegen den Strich lesen.

Ja, von der Leyen hat die Bundeswehr tatsächlich mit erstaunlicher „Gradlinigkeit“ an die Wand gefahren und beim Kurs ins Verderben „eiserne Disziplin“ an den Tag gelegt. Das Desaster ist ohne Zweifel „perfekt“, der militärische Feind kann kommen. Frauenquote und Vätermomente werden ihn so sehr einschüchtern, dass er sich kaum an uns heranwagt.

Auch, dass Frauen jeden Job können, wagt heute kaum noch jemand zu bestreiten. Als Beispiel dafür aber ausgerechnet diese Mi-

nisterin anzuführen, dürften die meisten Leser als fiese Ironie eines verkappten Frauenverächters interpretieren.

Auf Ironie versteht sich von der Leyen indes ganz gut, wie sie jetzt bewiesen hat. Sie fände das System, dass der von den Bürgern bevorzugte Spitzenkandidat bei den EU-Wahlen Kommissionspräsident wird, eigentlich gut, und wolle es bei der nächsten Wahl in fünf Jahren auch wieder einführen. Wie bitte? Das kann sie nur ironisch meinen, denn meinte sie es ernst, hätte sie ihre Nominierung durch die Hinterzimmer-Runden der Staats- und Regierungschefs niemals akzeptieren dürfen.

Von der Leyen hört sich hier an wie einer dieser zahllosen afrikanischen Putschisten, die auch immer behaupten, nur nach der Macht gegriffen zu haben, um die Demokratie wieder einzuführen. Tatsächlich bleiben sie an der Macht, bis sie selbst gewaltam vom Sockel gestoßen werden oder im Amt sterben. Dann folgt der nächste Demokratieretter aus dem gleichen Holz. So wissen wir wenigstens jetzt schon, was aus von der Leyens Versprechen in fünf Jahren werden wird.

Was wir nicht für möglich hielten: In der Fraktion der EU-Christdemokraten, der „Europäischen Volkspartei“ (EVP), hat die Kandidatin mit dieser Einlassung für gute Stimmung gesorgt. Wir hätten da eher hämisches Gelächter oder grimmiges Murren erwartet. Als erfahrene Küchenpsychologen könnten wir auf die Idee kommen, das die EU-Parlamentarier das Gesabbel von der „Bürgerbeteiligung“ und der „Demokratisierung der EU“ selbst nicht ganz so ernst genommen haben, wie sie immer taten.

Ja, die Psychologie ist ein rutschiges Feld. Da kommt manches ans Licht, was man lieber verborgen hätte. Madeleine Henfling ist da gerade etwas auf die Füße gefallen. Die Thüringer Grünenpolitikerin skandal in der Fraktionzeitung der CDU im thüringi-

schen Landtag gestoßen. Dort gibt es immer ein Kreuzworträtsel. Das Lösungswort im jüngsten Rätsel lautet „Messerangriff“, was Frau Henfling völlig aus der Fassung brachte. Die CDU habe sich hier „ganz klar einer typischen AfD-Rhetorik bedient“. Und die Grünen ist sich sicher: „Natürlich ist das Absicht! Damit versucht die CDU, Wähler von der AfD zurückzuholen.“

So, so, die CDU versucht Leute, die bislang etwas anderes gewählt haben, zu sich herüberzuziehen. Tun das aber nicht irgendwie alle Parteien? Ach was, darum geht es doch gar nicht. Sondern? Jetzt wird es peinlich, aber nicht für die CDU oder die AfD.

Wenn eine wie Frau Henfling „AfD-Rhetorik“ schnaubt, dann meint sie etwas, das rassistisch, fremdenfeindlich oder sonst irgendwie „nazimäßig“ sein soll. Was für Gedanken, ja „Vorurteile“ aber kreisen im Kopf von Frau Henfling herum, wenn sie beim Wort „Messerangriff“ automatisch an bestimmte „Rassen“ oder fremdländische Völker und deren mutmaßliche Diskriminierung denken muss? Na? Reingefallen!

Die Thüringer Grünen-Politikerin teilt sich ihre Misere mit einem ganzen Pulk von „Hilfsorganisationen“ und Afrika-Verstehern. Jedes Mal, wenn auf dem schwarzen Kontinent irgendetwas schiefliegt, suchen sie die Verantwortung bei den Europäern und fordern Geld und Schuldbekennnisse.

Offenbar leben diese Leute in der festen Überzeugung, die Afrikaner seien dermaßen unbeholfen, dass sie ohne unser rabenväterliches Zutun nicht auch mal was alleine verbocken könnten. Überall müssen erst die Europäer oder „der Westen“ oder schlicht „die Weißen“ ihre Finger reinhalten, damit's was wird. Dahinter haust ein Überlegenheitsfimmel, der dem 19. Jahrhundert Ehre gemacht hätte. So hüllt sich alte koloniale Arroganz in die neuen Kleider der Humanität.

War noch was? Ach ja, „Messerangriff“: Die CDU erklärt, das Lösungswort beziehe sich immer auf das zentrale Thema der jeweiligen Zeitungsnummer. Diesmal sei es ums Waffengesetz gegangen. Das war alles.

MEINUNGEN

Stefan Schmidt, Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen für das Land Schleswig-Holstein, träumt in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (2. Juli) von einem **Einmarsch in Italien** wegen Roms Grenzschutzpolitik:

„Wenn ich nicht so ein friedliebender Mensch, sondern der Kaiser von Deutschland wäre, würde ich am liebsten mit den maritimen Gebirgsjägern in Italien einreiten.“

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (5. Juli) verurteilt Kommentator **Eric Gujer** die großspurigen **Belehrungen**, welche Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** und andere deutsche Spitzenpolitiker über **Italien** wegen der „Sea-Watch“-Affäre ausgegossen haben, scharf:

„Steinmeier wollte den hässlichen Rechtspopulisten demaskieren und steht nun selbst als ein Deutscher da, der die Rechtsordnung anderer Staaten geringschätzt und sich herausnimmt, zu definieren, was in Europa eigentlich zu gelten hat ... Der hässliche Deutsche trägt nicht mehr Stahlhelm und Wehrmachtsuniform. Er hält stattdessen in allen Lebenslagen eine gesinnungsethische Lektion bereit.“

Kristina Antonia Schäfer geht in der „Wirtschaftswoche“ (3. Juli) scharf ins Gericht mit dem **Postengeschacher in der EU-Spitze**:

„Es wäre der Moment gewesen, die so vorgefertigten wie ausgetretenen Pfade zu verlassen und frisch zu überlegen, wo die EU eigentlich hinsteuern soll ... Stattdessen wiederholt die EU ihre schlimmsten Fehler und setzt ihr letztes bisschen Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Das könnte gefährliche Konsequenzen haben.“

Josef Urschitz blickt in der **Wiener „Presse“** (5. Juli) düster auf das, was den **Sparern** durch die neue **EZB-Chefin Christine Lagarde** droht:

„Die Notenbanken sind mit ihrem Latein am Ende, die Schuldenorgien der reformunwilligen Staaten werden wohl per Abschöpfung der Guthaben der Eurozonbürger bezahlt werden. Und die neue Chefin (der EZB, Christine Lagarde) bringt von ihrem früheren Job (beim Internationalen Währungsfonds) umfassendes theoretisches Wissen mit, wie man solches bewerkstelligt, ohne dass die Bürger den Notenbankern per Bargeldhortung eine lange Nase drehen können. Schöne Aussichten sind das nicht.“

Nach Auffassung des Juristen und ehemaligen Kanzleramts-Mitarbeiters **Matthias Buth** werden die **deutschen Soldaten „alleingelassen“**. Sie wüssten kaum noch, wofür sie eigentlich kämpfen sollen, kritisiert Buth im **Deutschlandfunk** (28. Juni):

„Die Frage bleibt doch: Für wen und was setzen unsere Soldatinnen und Soldaten wo ihr Leben ein? Sie gründet auf dem Begriff, das fast Fremdwort geworden ist: Vaterland. Im Deutschlandlied singen zwar die Fußballerinnen und Fußballer davon. Aber die Soldatinnen und Soldaten? Binden sie ihr Leben an dieses Wort? Die Bundespolitik meidet es schon lange, auch die Kanzlerin.“

Charme-offensive

Er war's!

Wer wirklich auf Ursula von der Leyen gekommen ist, warum er das gemacht hat, und wie eine Grüne zum Rassismus fand / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

So reden afrikanische Putschisten, die Demokratie retten zu wollen